

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich...

Vorwärts

Die Interflon-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereine...

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 28. Mai 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Steuerbelastung der deutschen und der englischen Arbeiter.

II (Schluß)

Das die offiziellen Rechenmeister, indem sie alle diese Unterschiede absichtlich übersehen und ihren Zwecken entsprechend korrigieren...

Vergleichen wir nun, was bei gleichem Jahreskonsum der Berliner und der Londoner Arbeiter an Steuer trägt...

Table with columns: Steuerbelastung des Berliner Arbeiters, Steuerbelastung des Londoner Arbeiters. Rows include Staats-Einkommensteuer, Rindfleisch, Schweinefleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Butter, Margarine, Schweineschmalz, Mehl, Rüböl, Reis, Gerste, Zucker, Kaffee, Thee, Erbsen, Bohnen, Kartoffeln, Cigarren, Schnupftabak, Weißbrot, Schwarzbrot, Käse, Eier, Wurst, Salz, Petroleum, and Bier.

Obgleich in der vorstehenden Tabelle nur die Sähe des bestehenden Vertragstarifs (nicht des allgemeinen Tarifs) in Anrechnung gekommen sind...

also pro Woche etwa 8 M. Dagegen beträgt die Miete in den Arbeiter-Vorstädten Londons für ein modernes Häuschen von 6 Zimmern...

Es ist echt junkerlich-konservativer Dumbbug, wenn dem deutschen Arbeiter von der offiziellen Presse vorgerechnet wird, er sei weniger durch Steuern belastet...

Wahlkampf.

Die Kandidaten der Socialdemokratie. In der ersten Beilage des heutigen Blattes geben wir eine Liste unserer Reichstagskandidaten...

Singer in einer konservativen Versammlung. Während die Konservativen draußen im Lande bemüht sind, nur ja Socialdemokraten aus ihren Versammlungen fernzuhalten...

Das die konservative Wahlbewegung in Berlin nichts ist, als ein Schmarotzer der socialdemokratischen Wahlbewegung, konnte man wieder so recht an Dienstagabend wahrnehmen...

Glaubens kein wahrhafter Vertreter der deutschen Volkinteressen sein könne. Nachdem er sich mit den sozialpolitischen Ausführungen seines Vorredners identifiziert hatte...

Genosse Singer, der nach diesen circa zweistündigen Ergüssen der konservativen Redner das Wort erhielt — abermals von brausendem Zorn begrüßt — hatte keine allzu glückliche Aufgabe...

Ein großes, dickes Fragezeichen

lebte am Dienstag im dritten Wahlkreis an den Anschlagtaulen und erregte die Aufmerksamkeit der Passanten. Es nahm

ziemlich die ganze untere Hälfte eines Plakates ein, das die Freisinnigen des Kreises zu einer Wählerversammlung einlud. Das ursprünglich wirkende Fragezeichen stand unter der Frage „Berlin, die Hauptstadt der Socialdemokratie?“, die der freisinnige Landtags-Abgeordnete Stadtverordneter Goldschmidt den Versammelten beantwortete. Zutritt sollten nur Wähler haben, die den Freisinnstandbuden des dritten Kreises unterstehen, aber die Versammlung wurde mit bekannter Dreifachheit als „öffentliche“ Wählerversammlung bezeichnet. Am Abend erschienen dann trotz der Fragezeichen-Bekanntmachung nicht mehr als rund 200 Mann, fast nur Freisinnige.

Herr Goldschmidt beantwortete seine Frage mit einem recht zuversichtlich klingenden „Nein“. Daß der Freisinn in Berlin bei den Reichstagswahlen längst nicht mehr die erste Geige spielt, leugnete er nicht. Er versicherte aber, es sei noch möglich, weiteres Vordringen der Socialdemokratie in Berlin zu verhindern und dem Freisinn sogar seine verlorene Position zurückzuerobieren. „Ich habe die feste Hoffnung“, renommierte er, „daß die freisinnige Partei schon diesmal die Mehrzahl der Berliner Wahlkreise wiedergewinnen —“ aber hier stockte der Redner, wohl weil plötzlich das große, viele Fragezeichen gegen ihn selber wandte, und er beendete dann den stolzen Satz mit einem kleinlauten „mühte“. Für den Fall, daß die freisinnige Partei sich dieses „mühte“ zu Herzen nimmt, verpricht ihr das Goldschmidtsche Orakel, daß sie nicht nur den 1. und 5. Kreis behaupten, sondern auch den 2. und 3. Kreis zurückerobern soll und nur den 4. und 6. Kreis bis auf weiteres noch der Socialdemokratie zu überlassen braucht.

Die freisinnige Partei, eiferte Redner, verdiene es, daß sie wieder Berlin beherrsche, daß Berlin wieder ihre Hauptstadt werde, „auch bei den Reichstagswahlen“. Berlin sei die Stadt der Intelligenz, die Stadt der großen industriellen Unternehmungen und der gemeinnützigen Werke, der Wissenschaft und der Kunst — da müsse sie doch auch die Stadt des Freisinnens sein. Sie sei es übrigens noch immer — wenn man die Stimmen nicht zähle, sondern wäge. Natürlich will Herr Goldschmidt „das Reichswahlrecht nicht antasten“. Als vorsichtiger Mann fügte er das ausdrücklich hinzu — offenbar weil ihn die Spuren des Herrn Jzuid schreckten. Herr Goldschmidt meint nur so, und er führt nichts Böses im Schilde, wie auch Herr Jzuid, der Freisinnstandbuden des 5. Kreises, der auf die Steuerkraft der Freisinnigen hinwies und ihnen eine entsprechende Vertretung im Reichstage wünschte, nur so meinte. Aber auffällig ist es doch, wie die Redner des Freisinn sich über dieses Thema äußern. Der eine hebt hervor, daß die Freisinnigen steuerkräftiger, der andre, daß sie intelligenter seien als die Socialdemokraten, der eine wünscht dem Freisinn eine der Steuerkraft entsprechende Vertretung im Reichstage, der andre kommt auf die Idee, die mit der Intelligenz beschwerten Stimmen des Freisinn nicht mehr zu zählen, sondern zu wägen — ja, was soll denn das alles heißen! Hinter all diesen Reden steht doch nur das heimliche Bedauern, daß bei dem nach „Wohlfahrt und Bildung“ nicht fragenden Reichswahlrecht der Freisinn nicht zur Geltung kommen kann, weil hier ein gleiches Wahlrecht den socialdemokratischen Massen das Übergewicht giebt, und aus all diesen Klagen spricht der stille Wunsch, daß es anders sein möchte, weil es für sie anders besser sei. Da wird man doch gut thun, hinter die Frage, wie der Freisinn heute über das ihm unbehagene Reichswahlrecht denkt, das bewußte große, viele Fragezeichen zu setzen.

Herr Goldschmidt brachte dann das übliche Geschimpfe auf die Socialdemokratie vor; es soll und wenig kümmern. Daß die Socialdemokratie im Reich wie in der Kommune treu an dem als richtig erkannten Prinzip festhält, ist ihm, dem Freisinnigen ein Greuel. Als Beispiel führte er die Frage des Urlasses der Berliner Gemeinde-Arbeiter an. Hier habe die Socialdemokratie noch einmal Ausschuhberatung beantragt, um Urlaub schon nach einjähriger Dienstzeit durchzusetzen. Er selber habe im Ausschuh die Gewährung nach fünfjährigem Dienst durchgesetzt, aber die Ausschuhberatung habe die Angelegenheit so verzögert, daß nun in diesem Jahre von Urlaub keine Rede mehr sein könne. Herr G. hält es also für besser, daß eine Sache sofort, aber halb gemacht wird, als daß verjagt wird, durch gründliche Beratung etwas Vollkommeneres zu erreichen! Noch standhafter ist seine Erklärung, Urlaub schon nach einjährigem Dienst zu gewähren, sei unmöglich, weil dann die städtische Einrichtung nicht der Privatindustrie als Vorbild dienen könne. Herr G. hat wohl nie etwas davon gehört, daß „ein großes Muster Nachahmungswert“ ist. Er hält es mit den kleinen und halben Maßregeln und erwartet von diesen, daß sie dem Urteil des Privatunternehmers „höhere Gesetze geben“ werden. Das Unternehmertum wird es ihm danken.

Nach Herrn Goldschmidt sprach noch der Freisinnstandbuden Herr Jäger — wenig, aber aus gutem Herzen — und dann war's aus. Diskussion wollte niemand, obwohl es erlaubt war und dazu aufgefordert wurde. Der Vorsitzende schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung auf Sieg. Als wir auf die Straße hinausstritten, lagte uns von der nächsten Anschlagtafel vernünftig das große, viele Fragezeichen entgegen. Möge die Arbeiterschaft Berlins dafür sorgen, daß es sich am Wahltag für die Socialdemokratie zu einem kräftigen Ausrufungszeichen aufrichtet! —

Die Socialdemokratie und die Beamten. Eine alberne Verdrehung der Worte unfres Genossen Antrid in einer Versammlung in Bremen wird wieder durch die ganze Presse geschleift. Danach soll Antrid gesagt haben, daß für die Fortentwicklung unfres Volkes und unfres Kultur allein die Arbeiter von Bedeutung seien und „daß dagegen unser ganzes Beamtenheer, vom Minister bis zum Nachtwächter, vollständig überflüssig ist, daß ohne diese Beamten das Deutsche Reich nicht zu Grunde geht. Die liehen sich sehr leicht beschaffen, aber ohne seine fleißige und intelligente Arbeiterschaft würde Deutschland zu Grunde gehen; denn wenn wir (i) nicht arbeiten, so haben die nichts zu essen, die vom Ertrage untrer (i) Arbeit leben.“

Wir konnten uns wohl ungefähr denken, was Antrid wirklich gesagt haben könnte; um aber sicher zu gehen, fragten wir bei ihm an und Antrid schreibt uns darauf:

Ich habe in meiner Bremer Rede gelegentlich der Besprechung der Witwenversorgung ungefähr folgendes gesagt:

Wir Socialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß der Staat die Verpflichtung habe, für die Witwen und Waisen der Arbeiter genau so zu sorgen, wie er das heute für seine Beamten thue.

Nachdem ich hierbei die niedrigen Pensionen der kleinen und die hohen Pensionen der höheren Beamten kritisiert hatte, fuhr ich fort:

Kein volkswirtschaftlich genommen ist für die Fortentwicklung der Produktion und der Kultur des deutschen Volkes eine gut bezahlte und gut genährte Arbeiterklasse wichtiger als das ganze Beamtenheer. Und als auch für diese Thesen eine ausführliche Begründung gegeben war, habe ich weiter ausgeführt: Wenn unser ganzes Beamtenheer, vom Minister bis zum Nachtwächter, plötzlich verschwinden würde, so würde dadurch allein das Deutsche Reich nicht zu Grunde gehen, denn bei der großen Intelligenz des deutschen Volkes würde ein Ersatz sich in kürzester Zeit beschaffen lassen.

Dagegen würde durch den Verlust einer fleißigen und intelligenten Arbeiterschaft allerdings Deutschland zu Grunde gerichtet werden: Denn die Arbeiter seien es, welche die Werte schaffen, von denen auch alle die leben, welche nichts — oder doch fast nichts arbeiten; wenn die Arbeiter nicht Werte schaffen würden, dann würden nicht nur nicht sie, sondern die nichts zu essen haben, welche heute vom Ertrage der Arbeit anderer leben.

Antrid hat also nur die Unwahrheit ausgesprochen, daß die Kultur eines Volkes auf der Arbeit beruht und daß deshalb jeder Staat das lebhafteste Interesse daran hat, sich eine leistungsfähige Arbeiterkraft zu erhalten. Er hat besonders mit keinem Worte, wie die „N. N.“ zu ihrem gefälschten Citat bemerkt, den Beamten vorgeworfen, daß sie ihre Schuldigkeit nicht thun, sondern nur gesagt, daß es genug Intelligenzen im deutschen Volke gäbe, um die Beamtenstellen zu besetzen.

Der rote Mann und die Pflückergarde (3. Kreis-Compagnie).

Die „Staatsbürger-Zeitung“ hat einen originellen Versammlungs-Minutendruck erfunden, ausnahmsweise statt zu Öftern zur Pflückerzeit. Sie schaut erregt socialdemokratische Sprengelomeren unter jüdischen Führern. Aber sie kopiert sehr schlecht die ehrlichen Manieren der „Freisinnigen Zeitung“:

Bei Feuerstein, Alte Jaloßstraße, sprach am Dienstagabend Herr v. Wendt über die endgültige Vernichtung der Socialdemokratie. Auf einige zur Heiterkeit anregende Redewendungen reagierten die anwesenden Genossen durch launige Zwischenrufe. Unter anderem vollierte dem konservativen Mittelstands-Mattensänger das komische Malheur, einen echt protestantischen württembergischen Bauernsohn für einen daterlandslofen, semitischen Nichtdeutschen zu halten. Von einer Parteiverammlung heimkehrend, war dieser mit seiner Frau und unfrem Genossen Waldeck Manasse gegen 10 Uhr zur bloßen Information in den Saal eingetreten. Zufällig nahmen die drei Hinzugekommenen in der Nähe eines Kutschers (aus dem die „Staatsbürgerin“ einen Parteibudler machte) Platz. Ueber einige scherzhafte Zwischenrufe des Kutschers erlaubten sie sich mitzugehen. Das war ein schweres Verbrechen bei den ersten Volksbegläckern. Die Sache sollte nicht ausbleiben. Der nächste Redner, Rechtsanwalt Hahn, schlug kräftigere Töne an. Der Kutscher machte auch kräftigere kurze Zwischenrufe. „Raus mit ihm, raus, raus!“ erscholl es plötzlich aus den deutschen Reihen. Ruhig folgt der Mann der Anforderung. Dies Opfer genügt nicht: „Der Manasse muß mit raus, der hat hinter ihm gesehen“. Diese Indicien genügen, um ihn zum offiziellen Parteiführer avancieren zu lassen. Unser Genosse will Hut und Schirm nehmen; das dauert den Rufem zum Streit zu lange. Immer dringender und fester werden die Rufe: „Raus, raus!“ Ein junger Genosse legt sich zur Intervention ins Mittel, und nun richtet sich die ganze Wut gegen den einzelnen, den man hinausjert und hinausstößt. Ruhig läßt das hohe Präsidium die vornehme Roheit ausstoben. Die hinzugerufenen Schulleute — die Versammlung besaß natürlich so viel Vertrauen seitens der Polizei, daß sie nicht überwandt war — haben nach ihrer Instruktion (i) nicht nötig, die Personalien des Hauptplägers festzustellen. Unfre Genossen verlassen den Saal, die judentreine Versammlung tagt und schimpft weiter.

An die Adresse der Mittelstandsretter richtete der Obermeister der Bäderinnung „Concordia“, Herr Gemeinhardt, in der Generalversammlung der Junung folgende Abgabe:

Er könne unmöglich einem sogenannten Mittelstandsretter seine Stimme geben. Die Mittelstandsretter würden es nie zu etwas bringen, der größte Hemmschuh sei der Konkurrenzneid. Man könne sie ungefähr so charakterisieren: mit einem Auge schielen sie nach „oben“, mit dem andern auf das „noch leere“ Knopfloch! Den Reuten auch nur eine Stimme geben, sei verfehlt.

In Mittelstandsrettung macht bekanntlich jetzt alles. Es wird die Herren getoß freuen, sich so gekennzeichnet zu sehen.

Die Verdienste des freisinnigen Abgeordneten und Schulmannes Jzuid um die Ausbeutung der Schulkinder durch gewerbliche Arbeit werden jetzt von der „Freisinnigen Zeitung“ endlich in das richtige Licht gestellt. Sie giebt zu, daß Herr Jzuid mit allen Reaktionen an einem Strange gezogen hat in der Verschlechterung der Regierungsvorlage, indem sie in ihrer Nr. 121 schreibt:

„Auf der Socialdemokratie, die überhaupt den Eltern nicht gestatten wollte, sich durch eine so beschränkte Kinderarbeit eine Einnahme zu verschaffen, sind sämtliche Parteien im Anschluß an die Regierungsvorlage bei den Beschränkungen für die eignen Kinder in einigen Punkten weniger weit gegangen als in Bezug auf fremde Kinder.“

Wenn das die „Freisinnige Zeitung“ als ein Verdienst Jzuids bezeichne, so entspricht das nur den reaktionären Anschauungen, die von den Richterschen in socialpolitischen Dingen stets vertreten wurden.

Ein gemauertes Freisinniger spielt jetzt im Wahlkreis Lettow-Weeslow als Führer des Friedrich Langenschen nationalen Reichswahlvereins eine oberpatriotische Rolle; der Professor Dr. Althaus in Jehlendorf, der den Wahlauftritt für Hammer an erster Stelle unterzeichnet und so brave Kaiserhochs ausbringen kann, vertrat von 1890 bis 1893 den Wahlkreis Ober-Barnim namens der Deutschfreisinnigen.

Der polnische Provinzialausschuh der Provinz Posen hat seine Kandidatenaufstellung beendet. Die bisherige polnische Hoppartei ist vollständig abgehalftert worden; es sind neue Männer an ihre Stelle gesetzt worden, die aber ebenso der Klasse der Besitzenden entnommen sind, wie die bisherigen national verfühlich gestimmten Herren.

In einer Centrumsversammlung in Rätznberg stellte am Montag Herr Held über die Socialdemokratie verdächtige Behauptungen auf, die ihn von unfrem in der Versammlung anwesenden Genossen Gerhard sofort als grobe Fälschungen nachgewiesen wurden, und schließlich mußte Herr Held selber zugeben, daß seine Behauptungen unrichtig seien. Unser Redner erregte durch seine Ausführungen den besten Jörn der Centrumsleute und am Schlusse der Versammlung kam es so weit, daß eine Anzahl derselben auf ihn eindrangen und mit Säcken auf ihn einhieben. Sogar ein Maßkrug wurde nach ihm geschleudert, aber diese belächelte Toleranzwaffe der Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht verfehlte glücklicherweise ihr Ziel. Beinahe hätte sich die Münchener Kindkeller-Schlacht wiederholt; nur durch die Besonnenheit unfres Genossen wurde dies verhütet.

In der neuen Kottische in Danne (Münsterland) wird nach einer Mitteilung der katholischen „Osnabrücker Volkszeitung“ der katholische Volksverein eine Wahlversammlung abhalten. Wir sind immer der Meinung gewesen, daß Kirchen durch Verwendung als Versammlungsräume einem nützlichen Zwecke dienen würden.

Einen Versuch zu ungewollter Wahlbeeinflussung machte ein Höpfer in Reudorf bei Duhl im Schleusinger Kreise. Er ließ sämtliche Holzhauser seines Reichers vor sich kommen, hielt ihnen eine Ansturzrede gegen die Socialdemokratie und forderte ihnen dann einen feierlichen Eid ab, daß sie den Socialdemokraten Heinrich Schulz nicht wählen würden. Die Holzhauser, in Sorge um ihre Existenz, leisteten den Eid. Es wird abzuwarten sein, wie die Wahl in dem Orte ausfallen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Mai.

Gewalt und Recht.

Auf zur Gewalt! So dachte der Hochschützöchner, Verwalter des Freisinnigen Gutes zu Grünow in Mecklenburg-Strelitz, Herr Oskar Lampe. Auf zur Gewalt gegen Hab und Gut des benachbarten Kleinbauern Schulz. Was bewog den reichen Herrn zu so gewaltthätigen Thaten nach dem Eigentum seines friedlichen Nachbarn? Der Kleinbauer Schulz gehört zu den betriebamen, so mühselig sich abradenden wirklich nothleidenden Bauern, dem die höchste Freude das Schaffen; mifshattmäßiger Ausbauer, betriebamem Fleiß und unter vielen Entbehrungen auf seinem Acker gepflanzte prächtige Obstbäume bildeten seinen Stolz. Diese Bäume sind unfer: untre Arbeit hat die Kraft der grünenden Natur unfrem Willen unterworfen, unser der Segen der freundlich und zulachenden Bäume, dachten der Kleinbauer und seine rüftig mit ihm im Kampfe mit der Natur mifschaffende Frau. Doch es kann der Beste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. 23 Pflaumenbäume und ein Birnbaum, die ihren kühlenden Schatten auf des reichen Nachbarn Acker warfen, ärgerten Herrn Oskar Lampe, den

Verwalter des Großbesitzes seines Vaters. Er verlangte, daß diese Bäume abgehauen würden, da ein neues Recht für Deutschland gelte. Kleinbauer Schulz lehnte dies Ansuchen höflich, aber bestimmt ab: die Sonne scheint auch nach dem neuesten Gesetz, meinte er, nicht nur für Reiche, und heilig sei das Privateigentum auch des Armen. Wie kann ich die Bäume nur fortbringen, grübelte Freisinnigenbesitzers Lampe kräftiger Sohn. Ich greife zur Gewalt. Heba, Ihr fünf, rief er „seinen“ Arbeitern zu, bewaffnet Euch mit Ketten. Nun vorwärts! Dort die Pflaumenbäume und den Birnbaum auf dem Gute des Nachbarn, die schlägt nieder! Schulz und seine Frau protestierten, die Frau stellt sich schützend vor ihren Birnbaum, die Arbeiter halten stehend mit ihrem Zerstörungswerk ein. Herr Lampe herrscht sie an, seinem Befehl zu gehorchen, in seinem Lohn und Brot fänden sie, und ruft den Schulzischen Eheleuten zu, er könne nicht für die Folgen einstehen, wenn sie sich seinen Leuten bei Ausführung seiner Befehle in den Weg stellen. Die Arbeiter glaubten nach dem mecklenburgischen Gesetz bei Vermeidung von Strafe ihrem „Herrn“ gehorsam sein zu müssen. Die Eheleute Schulz wichen der Gewalt. Die Obstbäume wurden niedergehauen, der das Schulzische Grundstück einsiedrigende Zaun zerstört. Die abgehauenen Bäume wurden auf das Lampesche Gut gebracht. Schulz stellte Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung, leider nicht auch wegen Diebstahls und Bedrohung mit Verbrechen. Lampe unleidete nun seine schweren Vergehen mit dem Scheine irtümlichen Rechtsbewußtseins. Die Bäume, behauptete er, hätten auf der Grenze gestanden, also sei er nach § 923 des B. G. B. berechtigt gewesen, die Bäume zu fällen. Auch habe er seinen Leuten zugerufen, sie sollten die Grenze nicht überschreiten. Das Schöffengericht zu Jellberg erachtete diese Ausrede für eine leere Redensart. Zweifellos standen die Bäume nicht auf der Grenze, sondern auf dem Schulzischen Eigentum, auch erlaube ihm § 923 keinesfalls eine Selbsthilfe oder gar die Vornahme strafbarer Handlungen. Es verurteilte Herrn Lampe zu 14 Tagen Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung. Der verurteilte Gutsbesitzer appellierte gegen dieses milde Urteil des Schöffengerichts an die Strafkammer zu Rostock. Diese erkannte „im Namen Seiner Königlichen Hoheit, des Alerdurchlauchtigsten Großherzogs Friedrich Wilhelm von Mecklenburg-Strelitz“ auf Aufhebung des ersten Urteils und kostenlose Freisprechung des Herrn Lampe. Es nahm folgendes an: Zwar bestreite der Angeklagte, daß die Bäume sich nicht an, aber auf der Grenze befunden haben. Es sei aber zweifellos, daß die Bäume sich jenseits der Grenze auf Schulzischem Gebiet befunden haben. Die Bäume hätten aber so nahe der Grenze gestanden, daß sie wohl von jenseits der Grenze hätten umgehauen werden können. Im Gegensatz zum ersten Richter sei angenommen, Lampe hätte es mit seiner Warnung, das Schulzische Gebiet zu betreten, ernst gemeint. Wie damit das Niederreißen des Zaunes und die Bedrohung der Eheleute sowie das tatsächliche Betreten des Schulzischen Gebietes und das Fortschaffen der abgehauenen Bäume zu vereinbaren ist, erhellt das Urteil nicht. Es liege somit kein Hausfriedensbruch vor. Die Sachbeschädigung anlangend, so habe freilich Lampe nicht das geringste Recht zu seinem Vorgehen gehabt, selbst wenn die Bäume auf der Grenze gestanden hätten. Angeklagter habe sich aber in einem Irrtum über den Inhalt des § 923 B. G. B. befunden, ihm habe also der berühmte Dolus gefehlt, also sei er freizusprechen.

Die Gewaltthat des Herrn Lampe ist also ohne strafrechtliche Sühne geblieben. Möglicherweise zieht der von den Kleinbauern anzustellende Schadensersatz-Prozess noch ein Strafverfahren gegen Herrn Lampe wegen Rötigung (§ 240), Bedrohung (§ 241), Erpressung (§ 253), Diebstahl (§§ 242 und 243 Str.-G. B.), Landfriedensbruch (§ 125) und Raub (§ 249 Str.-G. B.) von Amts wegen nach sich. Voraussetzung hierfür ist freilich, daß der fehlende Dolus des Großgrundbesitzers sich nicht mehr bei dem „verrückt gewordenen Grenzstein“ des § 919 B. G. B. aufhält. Ein Fall, in dem der Dolus einer armen Frau, die etwas Reifig nicht auf dem Weste eines Kleinbauern, sondern auf dem eines reichen Großgrundbesitzers sich gesammelt hatte, als abhanden angenommen ist, ist uns nicht bekannt, wohl aber Fälle, in denen solch arme Frauen wegen wiederholten Reifiglesens mit langdauernder Gefängnisstrafe belegt sind. Es muß doch mit der Leutenot eines Großgrundbesitzers höflich schlecht stehen, wenn nicht einmal der Dolus mehr bei ihnen aushält. Hätte ein Kleinbauer in ähnlicher Weise das Hab und Gut seines Nachbarn mit Waffengewalt sich angeeignet, so wäre er schwerlich einer Anklage und Verurteilung wegen schweren Landfriedensbruchs und Raubes entgangen: der hat den Dolus.

Dieser Prozeßentnahme entnommene Sachverhalt zeigt wieder so recht deutlich: des Bauern größter Feind ist der Großgrundbesitzer.

Bauern, bewaffnet Euch gegen die Großgrundbesitzer mit der friedlichen aber schneidigen Waffe des Stimmgabels — stimmt am 16. Juni socialdemokratisch! —

Deutsches Reich.

Militärische Wahlrechtsveränderung. Eine socialdemokratische Wahlfrage soll nach der „Nationalliberalen Korrespondenz“ unfre Mitteilungs sein, daß die Militärbehörden die Zeit der Reichstagswahlen nicht von Reserve-Übungen freihalten. Vielmehr zeige „man sich überall bestreben“, die Zeit frei zu halten oder frei zu machen.

Wir hatten einfach Thatsachen mitgeteilt. Die militärische „Bestimmtheit“ scheint eben keinen Erfolg zu haben.

So wie uns aus Berlin ein Bescheid des Bezirkskommandos vom 23. Mai mitgeteilt, aus dem hervorgeht, daß am 2. Juni Reserve-Übungen angelegt sind. —

Eugen Richters Obstruktion gegen die Wahrheit

wird nun auch von einem seiner Getreuesten, zwar in diplomatischer Form, aber doch ziemlich entschieden verurteilt. Der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich mit einem Artikel des Herrn v. Kardorff über ein Wahlartell aller „staatsbehaltenden Parteien“, das „die Konservativen, das Centrum und die Nationalliberalen und selbst die Partei des Abgeordneten Richters“ umfassen sollte.

Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“:

„Man hat oft von der Stödehige der parlamentarischen Dezentertage gesprochen. Gewöhnlich mit der Irreleitung, als ob die großen Lärmereien und die achtstündige Dauerrede Antrids den Gewaltreich des Kardorffischen Antrages hervorgerufen und entschuldigt hätten. In Wahrheit waren diese Lärmereien und die großen Dauerreden nicht die Ursache, sondern die Folge des Kardorffischen Antrages, direkt durch ihn hervorgerufen. Wenn man aber selbst zugiebt, daß schon vorher die Weister der mit dem Polltarif in die Sadgasse gerateten Parteien stark erdhigt und verwirrt waren, sodas sie schließlich zu einem parlamentarischen Gewaltstreik griffen, so kann man doch die Idee, daß aus diesem Gewaltstreik ein Wahlartell von Eugen Richter bis Wangenheim, Süder, Liebermann v. Sonnenberg entstehen sollte, wirklich nur als das Produkt der erregten Geister in einigen nächsten Konferenzen begreifen, die das Bedürfnis fühlten, dem Unrecht, das zu begehen sie im Begriff waren, den Mantel eines großen politischen Zweckes anzuhängen. ... Aus der Kardorffischen Darstellum erfährt man erst, was man bisher wirklich nicht an-

genommen hatte, daß dieses Wahlkartell auch die Freisinnige Volkspartei oder, wie Herr v. Kardorff sich ausdrückt, die Partei Eugen Richters umfassen und sich also außer gegen die Socialdemokratie auch gegen die Freisinnige Vereinigung richten sollte. Es ist heller Unsin, an eine solche Möglichkeit zu glauben, aber man ersieht daraus nachträglich, zu welchen Missionen und Missdeutungen das überaus temperamentvolle Auftreten des Führers der Freisinnigen Volkspartei nicht nur im socialdemokratischen Lager, wo es in den fulminantesten Anfeindungen noch fortwirkt, sondern auch in geradezu kompromittierender Weise bei dem Verfechter und Urheber des Kardorffschen Antrages geführt hat.

Die nachträgliche Klage ist nutzlos, aber sie drängt sich immer wieder auf, daß manches sich anders entwickelt hätte, wenn die Parteien der Linken sich über eine gemeinsame Taktik gegenüber dem Zolltarif hätten verständigen können. Herr v. Kardorff hat Eugen Richter mißverstanden und scheint es jetzt noch nicht zu merken. Die Taktik des freisinnigen Führers war Stichwahl-Taktik. Man thut ihm Unrecht, wenn man ihm irgendwelche Kartellgedanken mit Agrariern und Reaktionsären zugetraut hat. Er denkt nicht daran, diesen zu helfen. Aber er nimmt ihre Hilfe bei Stichwahlen natürlich an und der Vater des ungläubigen Wahlkartellgedankens mag sich darüber nicht täuschen; die Socialdemokraten, die jetzt mit den Freisinnigen in einem Wahlkampf von unerhörter Heftigkeit liegen, sind doch realpolitisch genug, um in der Stichwahl den Freisinnigen immer noch einem Reaktionsär vorzuziehen, und hoffentlich beruht das auf Gegenseitigkeit, die gemeinsame Not drängt dazu, ohne jede Verabredung!

Auch dieser Freund hat Eugen Richter nicht mehr heraus, indem er seine Taktik preisgibt. Daß die Richterianer in das Kartell Kardorffs einbezogen werden sollten, ersieht man nicht „erst jetzt“ aus dem Kardorffschen Artikel, sondern das war schon deutlich in dem von uns veröffentlichten offiziellen nationalliberalen Kartellplan zu lesen.

Es ist übrigens auch eine sehr optimistische Annahme der „Frankf. Ztg.“, wenn sie glaubt, in der Socialdemokratie befindliche Reigung, die um Eugen Richter in der Stichwahl fernerehin zu unterstützen. Nachdem sich die Freisinnige Volkspartei für höhere Stöße ausgesprochen hat, tritt der Beschluß des Münchener Parteitag in Kraft, wonach kein bürgerlicher Kandidat zu unterstützen ist, der für höhere Stöße ist.

Schützt das Versammlungsrecht. Die „Freisinnige Zeitung“ bringt einen „flammenden“ Leitartikel: „Schützt das Versammlungsrecht.“ Darin wird die Socialdemokratie als eine Partei des Unrechts, der Gewaltthätigkeit und des Terrorismus hingestellt, weil sie angeblich die armen Freisinnigen in ihren Versammlungen nicht zu Worte kommen läßt.

Die „Freisinnige Zeitung“ sucht den Anschein zu erwecken, als ob ihre Jeremiade sich auf Vorkommnisse der Wahlbewegung gründet. Ihr Artikel aber ist lediglich aus dem „Socialistenpiegel“ abgeschrieben, der längst vor der Wahlbewegung fertiggestellt war. Man vergleiche:

„Freisinnige Zeitung“, 28. Mai 03.

Wenn in dem Vortrage des freisinnigen Kandidaten oder eines sonstigen freisinnigen Redners der Socialdemokraten etwas nicht paßt, so führen sie den Redner durch beleidigende Zwischenrufe oder tumultuarische Unterbrechungen. Den Jurrechtswisungen des Vorlesenden setzen sie Hohn und Spott entgegen. Als Redefreiheit geben sie aus die Freiheit zum Schimpfen und zum Beleidigen auch dort, wo sie sich nur als „Gäste“ betrachten können.

Ein Trupp von Socialdemokraten aus dem Hauptort des Kreises oder aus anderen Kreisen zieht umher von Ort zu Ort, um überall, wo freisinnige Versammlungen stattfinden, den gleichen Spektakel aufzuführen.

Auf diese Weise sind die Socialdemokraten bemüht, die Verhandlungen heranzuziehen auf die niedrigste Absteckstrecke, die geeignet ist, allen ernsthaften politischen Männern den Besuch solcher Versammlungen zu vereiteln.

Man sieht: der brave Eugen hat seine socialdemokratischen Terrorismus-Geschichten schon auf Vorrat gearbeitet. Was er als neuestes Ereignis schauernd vorträgt, ist eine von ihm längst gedichtete Moritshat.

Im „Socialistenpiegel“ hat Eugen Richter den Wahl-Terrorismus der Socialdemokratie vorausahnend phantasiert und in der „Freisinnigen Zeitung“ erfindet er jetzt die aktuellen Beispiele dazu.

Freilich, man begreift den Schmerz! Einst konnte der Freisinn unter behördlichem Schutz ungehindert truppweise von Lokal zu Lokal ziehen, um immer die gleichen Lügen und Verleumdungen gegen die Socialdemokratie zu verbreiten, die durch die Gewalt niedergemittelt ward. Wir bringen gerade in der heutigen Nummer in unseren Erinnerungen an die Wahlen von 1878 ein konservatives Urteil über die damaligen Heldenthaten des Fortschritts.

Das war einmal! Heute können die Freisinnigen froh sein, wenn Socialdemokraten überhaupt sich die Mühe nehmen, ihre lächerlichen Verleumdungen zu befeuern. Und am besten wäre es allerdings, man ließe die Toten in Ruhe einander ihre Toten begraben.

An dem Hintertreppenteufel gegen den Kassenarzt läßt die „Vossische Zeitung“ eine Kritik, die unsre Auffassung von dem Wesen des Rechts als Klassenrecht aufs neue bestätigt. Sie sagt:

„An sich ist es ein eigen Ding, in unsren Tagen die Leute danach zu scheiden, wie viel ihre Jahresbeimnahmen betragen. Die Richter haben die absonderliche Auffassung, „Aufgang nur für Herrschaften“ wörtlicher genommen, als man das allgemeinlich thut. Ganz verkehrt aber ist es, die Kassenrenten, wie es die Richter gethan haben, schlechthin als Leute niederen Standes zu betrachten. Wer gehört heute nicht alles zu den Versicherungs-pflichtigen. Neben dem ungelerten Lohnarbeiter, dem Erdarbeiter oder Müllkäufer der Volontär in einer Maschinenfabrik, der einen Wechsel von 200 bis 300 M. hat, neben der Heimarbeiterin der Hausbesitzer, der vielleicht vor vielen Jahren einmal als Zimmer- und Schlächtergehilfe gegen Krankheit versichert war. Folgte man der Anschauung der Richter, so müßte der Volontär, wenn er als Freund einer Familie im Hause das Haus betritt, den Aufgang für Herrschaften benutzen; kommt er aber als Kassenpatient, so müßte er sich mit der Hintertreppe bescheiden.“

Wenn also bloß Müllkäufer, Erdarbeiter oder Heimarbeiterinnen in den Krankenkassen wären, dann wäre nach der „Vossischen Ztg.“ weiter nichts daran auszuwenden, daß die Benutzung der herrschaftlichen Bordertreppe durch Kassenkranke den Mietvertrag des Arztes aushebt. Aber das Gericht ist ja nur im Irrtum; es sind doch auch so anständige Leute darin, wie ein Hausbesitzer — selbst Wesiger einer herrschaftlichen Bordertreppe — oder Volontär mit einem väterlichen Monatswechsel von 200 oder 300 M., solche Leute verweist man doch nicht auf die Hintertreppe; die gereichen doch auch der Bordertreppe zur Ehre.

Gegen die socialdemokratische Geheimbündelei ruft die „Post“ um die Wette mit dem Herrn Max Lorenz seit einer Reihe von Tagen den Staatsanwalt auf. In ihrem Eifer vergaßen sie den schuldigen Respekt vor dem Staatsanwalt sogar so weit, zu behaupten, in dem Verbindungsprozeß gegen unsern Parteivorstand 1895/97 hätten sich Staatsanwalt und Gericht von socialdemokratischen Schlämmereien auf Irrwege locken lassen. Wir hatten dann darauf aufmerksam gemacht, daß man uns doch gar nicht erst zu fragen brauche; der ehemalige socialdemokratische Vertrauensmann Max Lorenz müsse ja die socialdemokratische Geheimorganisation ganz genau kennen. Da bekommt nun der Lorenz einen moralischen Anhalt und meint, wir stellten ihm damit ein Ehrenzeugnis aus, weil wir wüßten, daß er nicht reden würde. Das ist ein Irrtum! Wir erklären feierlich, daß es nicht unsre Absicht war, Herrn Lorenz ein Ehrenzeugnis auszustellen. Wir hatten uns vielmehr gedacht, dem Staatsanwalt, den zu unterrichten wir ja in der betreffenden Notiz ausdrücklich empfohlen hatten, Wante es nur willkommen sein, wenn wir ihn auf einen in diesem Punkte so klassischen Jungen wie Lorenz aufmerksam machten, und vor dem Staatsanwalt braucht sich Lorenz ja nicht zu genieren. Also bitte! —

Kaiserworte und Kaiserthaten. Vom Aufenthalt Kaiser Wilhelms II. in den Reichsländern erzählt die „Kölnische Zeitung“: „Als nach der Begrüßung durch den Präsidenten des Lothringer Bezirkstages auf dem Bahnhof der Kreisdeputierten von Saargemünd dem Kaiser mitteilte, daß 2000 Jungfrauen in lothringer Tracht am Kaiserdenkmal seiner harrten, äußerte er: „Nur ich die denn nun alle lassen?“ Und zum Bürgermeister Schüller, nach dessen Anrede am Kaiserdenkmal: „Sorgen Sie dafür, daß sie alle tüchtige Soldatennücker werden.“

Auf dem Gefechtsfelde gedachte der Kaiser auch der Gardepflücker. Er fragte, ob nicht ein Mailäfer aufzutreiben sei; und als man endlich einen erwischte hatte, ließ ihn der Kaiser in ein Schächtelchen packen und als fernem Gruß an seine „Mailäfer“ nach Berlin senden.

Bauern und Centrum. Wie die „Kölnische Volksztg.“ meldet, wurde in der heutigen Vorstandsausführung des Rheinischen Bauernvereins Freiherr Clemens v. Los an Stelle des zurückgetretenen Grafen Spee einstimmig zum Präsidenten des Vereins gewählt.

Graf Spee hatte vergeblich versucht, sich der Geheimagenten des Bundes der Landwirte im Centrum zu erwehren.

Die städtischen Lebensmittelsteuern.

Das Zolltarifgesetz enthält in seinem § 13 die einzige verlässliche Bestimmung, daß vom 1. April 1910 ab die Gemeinden keine Abgaben mehr erheben dürfen von Getreide, Hülsenfrüchten, Wehl und Mühlenfabrikaten, von Wadwaren, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett.

Mit dieser Gesetzesvorschrift beschäftigten sich in Mainz die Vertreter von 88 süd- und mitteldeutschen Städten. Die Herren Oberbürgermeister stellten sich sämtlich auf den Standpunkt, daß die Aufhebung des Oktrois eine schwere finanzielle Schädigung der Städte bedeute und behaupteten allen Ernstes, die dann notwendig werdende Erhöhung der direkten Steuern würde gerade die ärmere Bevölkerung hart treffen. Das hängt aber doch ganz von der Stadtwirtschaft selber ab. Die Aufhebungen der Oberbürgermeister lassen nur den Schluss zu, daß die Gemeindeverwaltungen die Absicht haben, den Anfall an Einnahmen der ärmeren Bevölkerung in anderer Form wieder aufzubürden, eine Absicht, gegen die sich die Arbeiter der in Frage kommenden Städte hoffentlich recht energisch wehren werden. Der Bürgermeister von Biechen teilte mit, daß die Aufhebung der städtischen Abgaben auf Brot und Wehl seine Verbilligung der Preise für das Publikum zur Folge gehabt habe und daß man diese Abgaben jetzt wieder einzuführen beabsichtige. Es sei demgegenüber auf die Thatsache aufmerksam gemacht, daß in Dresden, wo neben andern eine Abgabe auf Seefische besteht, ein dortiger Großfischhändler, der den Fischhandel in Dresden beherrscht, die Fische in den Vororten stets um so viel billiger verkauft, wie die Dresdener Abgabe beträgt. Die Herren Oberbürgermeister nahmen schließlich folgende Resolution an:

1. Der § 13 des Zolltarif-Gesetzes, über dessen verfassungsmäßige Zulässigkeit begründete Zweifel bestehen, bedeutet einen schweren Eingriff in die Finanzwirtschaft zahlreicher deutscher Städte, für deren Haushalt die Erhebung der in Betracht kommenden Verbrauchsabgaben eine der wichtigsten, unentbehrlichsten Einnahmequellen bildet.
2. Die Aufhebung dieser Abgaben würde in allen davon betroffenen Städten eine bedeutende Erhöhung der direkten Steuern und damit eine Mehrbelastung des wirtschaftlich schwächeren Teiles der Bevölkerung zur Folge haben; auch vielen Gemeinden die Einführung oder weitere Ausdehnung der gerade diesem Bevölkerungsteil zu gute kommenden Wohlfahrts-Einrichtungen unmöglich machen.
3. Es ist daher nachdrücklich die Wiederbeseitigung des § 13 anzustreben und zu diesem Zwecke a) auf die zukünftigen Vertreter der beteiligten Städte im Reichstage dahin einzuwirken, daß sie die Aufhebung des genannten Paragraphen herbeiführen; b) durch Eingaben an den Reichskanzler, den Reichstag und die Landesregierung in gleichem Sinne vorstellig zu werden; c) an die beteiligten Städte das dringende Ersuchen zu richten, zu der für den September d. J. in Dresden in Aussicht genommenen Versammlung Vertreter zu entsenden, oder im Falle der Verhinderung ihre Stimme dem teilnehmenden Vertreter einer andern Stadt zu übertragen; d) an die Dresdener Versammlung den Antrag zu richten, zu der vorliegenden Frage in gleicher Weise Stellung zu nehmen.

Prinz Würder. Immer merkwürdiger werden die offiziellen Rettungsversuche im Falle des Prinzen Arenberg. Jetzt erzählt die „Kölnische Zeitung“, der hannoversche Gefängnisarzt habe deswegen die Ueberführung des Prinzen in eine staatliche Irrenanstalt bei Gardelegen befürwortet, weil dieses durch seine einfache Lage besonders geeignet sei, die Einführung von Alkohol, der Hauptursache der Krankheit des Prinzen, zu verhindern. Die Direktion des Gefängnisses hat den Antrag mit Rücksicht auf die aus demselben Anlaß ausgesprochene Entmündigung des Prinzen unterjügt.

Ja, ist denn ein Arenberg mächtiger als eine Gefängnisverwaltung? Kann es die hannoversche Gefängnisdirektion mit all ihren Beamten nicht verhindern, daß der hohe Gefangene innerhalb des Gefängnisses so heißblütige Festgelage veranstaltet, daß er darüber verrückt wird!

Zwei Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Halle wird uns geschrieben: Der Majestätsbeleidigungs-Prozeß gegen den Reichstags-Abgeordneten und Medakteur vom „Vollsbblatt“ Adolf Thiele fand hinter verschlossenen Thüren statt; jedoch war den Vertretern der Presse gestattet der Verhandlung beizuwohnen. Die inkriminierte während des China-Feldzuges erschienene Notiz sollte eine Anspielung auf die Verantwortung des Kaisers (Belohnung mit 1000 Taels) enthalten. Der Erste Staatsanwalt Packer wies darauf hin, daß in Magdeburg und Erfurt Medakteure socialdemokratischer Zeitungen wegen Veröffentlichung derselben Notiz zu 6 Monaten und 1 Jahr Gefängnis verurteilt worden sind, daß der Gerichtshof in Halle aber an diese Urteile nicht gebunden sei. Die Halle'schen Richter lösten sich auch auf einen andern Standpunkt stellen. Er, der Vertreter der Anklage erachte den Angeklagten der Majestätsbeleidigung für überführt und es sei deshalb eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten zu beantragen.

Medakteur Thiele und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Garmening, Jena, konstatieren, daß in München, wo die inkriminierte Notiz zuerst erschienen sei, nicht Anklage erhoben worden sei. Gewiß habe das „Vollsbblatt“ in erster Reihe gegen das China-Abenteuer Front gemacht, aber dem Kaiser ist nicht das zu unterzählen, was in der Notiz von dem Vergewaltiger gesagt worden ist. In der inkriminierten Nummer des „Vollsbblatts“ ist ja im politischen Teil

gesagt, daß die Gefandten leben. Damit wäre der nach einer gewissen Richtung hin ausgelegte Witz getötet. Das Gericht erlachte wie schon telegraphisch gemeldet, nach längerer Beratung auf Freisprechung, indem es nicht als ausreichend erwiesen annahm, daß die Notiz auf den Kaiser gemünzt ist.

Der gestern bereits erwähnte Hamburger Fall endigte mit drei Monaten Festung. Es handelte sich um eine Plauderei in Versen: „Der Fürst von Babel“ im „Echo“. Die Hamburger Staatsanwaltschaft hatte keinen Anstoß genommen. Aber Preußen wacht. Aus Altona war die Anklage gekommen.

Der Staatsanwalt beantragte Ausschluß der Öffentlichkeit was vom Gericht abgelehnt wurde. Er meinte, daß das Gedicht, das sich mit dem Bibel-Babel-Streit beschäftigte, auf den Kaiser gemünzt sei. Als Ruhe forderte er drei Monate Gefängnis, bemerkte aber dabei verständigerweise, die Vorstrafen des Angeklagten kämen bei der Strafmessung weniger in Betracht, denn der Beruf eines Medakteurs bringe Strafen mit sich.

Das Gericht verurteilte unsern Genossen Wabersky zu 8 Monaten Festungshaft. In der Urteilsbegründung wird ausgeführt, in dem Gedicht seien Dinge erwähnt, die sich auf den Kaiser beziehen. Zu berücksichtigen sei die Zeit, 14 Tage nach dem kaiserlichen Hand schreiben an Admiral Hollmann, in welchem der Kaiser seine Erklärung über seine Stellung zur Religion kund gegeben habe. In dem Gedicht werde ein Fürst angeführt, dessen Vielfältigkeit persifliert werde und dessen Eigenschaften nur auf den Kaiser bezogen werden könnten. Die Parabelhaft sei deutlich erkennbar. In dem Vers „Er that sich offenbaren in meiner Dynastie“ seien handgreiflich die Beziehungen zu dem kaiserlichen Hand schreiben erkennbar, in welchem es heiße, daß „Gott in großen Personen sich offenbare“. In dem vom „Hamburger Echo“ gebrachten Auszuge aus dem Hand schreiben sei von Hammarabi nicht die Rede, und jeder „Echo“-Leser werde diesen Vers auf den Kaiser beziehen. Der Vers von der Paritradt, der Vers „Ihm baut die Tempelhalle mein fürstliches Gemahl“, sowie andre Anspielungen seien nach der Uebersetzung des Gerichts auf den Kaiser gemünzt. Der Vorwurf der Selbstüberschätzung und Vergötterung sei herabwürdigend und könne nicht als Illerei bezeichnet werden. Das Gericht sei aber der Ansicht, daß der Fall nicht schwer liege, sondern sehr wohl mit Festungshaft geahndet werden könne.

Ausland.

Die Verhandlungen über den Zolltarif.

Die zwei Ausschüsse, die das Abgeordnetenhaus mit der Beratung des Ausgleiches betraut hat, arbeiten sehr ungleichmäßig. Während sich der Ausgleichsausschuß in breitspurigen Erörterungen gefällt, die immer damit enden, daß die Regierungsvorlage unverändert genehmigt wird, arbeitet der Zollauschuß im raschesten Tempo und wirft die Positionen des Regierungsentwurfes über den Haufen. Damit kein Unglück geschehe und der zwischen den Regierungen in zweijährigen Mühen vereinbarte Tarif durch eine Infallensmajorität im Ausschusse nicht gar zu sehr mißhandelt werde, ist die Einrichtung getroffen worden, daß im Ausschusse nur über die Annahme abgestimmt wird; die Positionen, die nicht angenommen werden, werden zurückgestellt — um vorher noch mit der Regierung zu unterhandeln. Nun wächst aber die Zahl der Zurückstellungen, der strittigen Punkte ins Riesige und die Regierung wird einer nochmaligen Verhandlung mit Ungarn kaum entgegen. Die meisten der bisherigen Zurückstellungen betreffen Zollerhöhungen für die agrarischen Produkte, und da der agrarische Protektionismus wesentlich einen Vorteil Ungarns auf Kosten Oesterreichs darstellt — denn in dem gemeinsamen Zollgebiet ist für Weizen und Vieh Ungarn der Verkäufer, Oesterreich Käufer —, so wird sich Ungarn nicht besonders ströbe zeigen. Der agrarische Wahnsinn reißt es nämlich so weit, daß das, was die Erörungen in der Ungarn in dem Zolltarif-Streit waren, ihnen nun von den österreichischen Agrariern in noch reichlicherem Ausmaße freiwillig angeboten wird! Aber was den agrarischen Ueberzöllnern recht ist, ist den industriellen billig, und so wird aus den Beratungen des Ausschusses ein ganz neuer Entwurf herauskommen, mit dem Herr v. Koerber nichts anzufangen und von dem Herr v. Szell nichts wissen wollen wird.

Wie sich der Bund der Landwirte räuspert und spult, das hat ihm die landwirtschaftliche Centralstelle, der Sammelpunkt der österreichischen Junker, glücklich abgucken; nicht bloß in der österreichischen Sache — wurde doch, getreu nach den Traditionen des Cirrus Tufsch, dieser Tage in Wien eine „landwirtschaftliche Woche“ arrangiert —, nicht bloß in der Rücksichtslosigkeit der agitatorischen Formen, sondern ebenso in der Ungemessenheit der Forderungen — die freilich in einem Lande, das seinen agrarischen Bedarf selbst produziert, mehr dumm als verbrocherlich sind. So sind die künftigen Minimaltarife für Getreide kurzerhand beschlossen worden, obwohl Oesterreich-Ungarn einen Vertrag über Getreide-Einfuhr nur mit Serbien geschlossen hat — auf dessen Kündigung die Agrarier freilich vergeblich dringen — und dem die traditionellen Grenzbegünstigungen zu entziehen vom Standpunkte der staatlichen Raison ebenso unflug wäre wie vom Standpunkte der Industrie, die den Markt der Balkanländer als einzigen Exportmarkt besitzt. In den Beratungen des Zollauschusses spielt natürlich der deutsche Zolltarif die gewöhnliche Rolle — wobei geflüstert übersehen wird, daß Deutschland seine Hölle gegen die Einfuhr lehr, Oesterreich-Ungarn aber in agrarischen Produkten ein Ausfuhrland ist. Die Hölle haben also hier nicht einmal jenen Sinn, den ihnen die deutschen Agrarier anzuwindeln müßten; daß sie die Möglichkeit zur Vergrößerung der agrarischen Produktion schaffen sollen, sondern sie sind wirklich nur als preissteigerndes Element gedacht: die Mauer, hinter der sich der Brotwucher ungebündelt entfallen kann. Der Zollauschuß macht nun alles nach, was er in Deutschland gesehen hat. So hat er alle Viehställe zurückgestellt: mit der Tendenz zur Erhöhung — obwohl die Regierung bereits riesige Erhöhungen vorschlägt (beispielsweise Ochsen von 80 auf 60, Stiere 9 auf 30, Kühe 7 auf 30, Schweine von 0,71 auf 12 Kronen pro Stück) und die Ausfuhr aller Viehstaltungen steigt, die Einfuhr stetig abnimmt. Der Ausschuß verlangt Zollerhöhungen — wohlgerneht: über die Erhöhungen der Regierung hinaus — fast für jedes agrarische Erzeugnis, und das Österreichische ist, daß mit Ausnahme von der socialdemokratischen Arbeiterchaft auch nicht der geringste Widerspruch laut wird. Agrarisch ist in Oesterreich nicht bloß Trumpf, sondern auch Mode; es gilt als ignobel, der „Rettung“ der Bauern zu widersprechen — obwohl die Bauern als Produzenten für den Markt sehr wenig in Betracht kommen und die Zollwucherer lediglich zu Gunsten der ungarischen und österreichischen Latifundienbesitzer betrieben wird. Dazu kommt noch die merkwürdige Schichtung des österreichischen Abgeordneten-hauses, das in den Abgeordneten der Landgemeinden und des Großgrundbesitzes vorweg eine agrarische Mehrheit besitzt, die noch durch die Mehrzahl der Abgeordneten der fünfsten Kurie verstärkt und in ganzen städtischen Vertretungen Zuzügler erhält. So sind zum Beispiel die christlich-socialen Abgeordneten der Stadt Wien die wütendsten Agrarier — um ihre Erfolgshaft aus dem stachen Lande in Niederösterreich und in Tirol zu erhalten! Im ganzen Abgeordneten-hause giebt es kein halbes Hundert Leute, die auch nur zu den übertriebensten Forderungen der Agrarier nein sagen könnten!

Ob der Zolltarif nun übrigens fertiggestellt werden wird, ist nach den traurigen parlamentarischen Verhältnissen in Oesterreich und in Ungarn sehr fraglich — obwohl der gefällige Vertrag mit Italien eigentlich Gile gebietet. Und ob aus dem Wettstreit der agrarischen und industriellen Wucherer ein Tarif herauskommen wird, der Handelsverträge noch Raum giebt, ist im Augenblicke auch alles eher dem gewiß.

Frankreich.

Parlamentarische Intrigen. Paris, 25. Mai. (Fig. Ber.) Die treuen Anhänger des Ministeriums stachten sich in der Öffentlichkeit. Sie hängen an die große Glode die geheimen Konjunktur-Mandate der ungeliebten Erben des Kabinetts Combes. Die antiseriale

„Lanterne“ sagt die bis dahin einzeln bekannt gewordenen Thatsachen in einem längeren Artikel zusammen.

Die neuesten Mißthätigkeiten innerhalb des Regierungskartells begannen mit der Beschwerde einer linksradikalen Abordnung bei Combes über die Vernachlässigung der radikalen zu Gunsten der ministeriell-socialistischen Deputierten. Diese sollen in den Ministerien für ihre Anliegen (Vergünstigungen aller Art für die einzelnen Wähler) stets besseres Gehör gefunden haben, als die radikalen Deputierten. Ja es soll vorgekommen sein, daß die Radikalen ihre eigenen Schützlinge erst den jauchendsten Kollegen hätten empfehlen müssen, um die erbetene ministerielle Vergünstigung zu erlangen. . . . Darob entstand dieser Tage ein gereizter Wortwechsel zwischen der „Petite République“ und dem linksradikalen „Rappel“, der jene Dinge besprochen hatte. Dann kamen die Mäander in der neuesten Kammerdebatte. Die drei bürgerlichen Kartellvorstände erregten die ursprünglich mit den jauchendsten Delegierten verabredete Tagesordnung von sich aus durch eine neue, welche sie dann den Jauchendsten ohne weiteres zur Unterschrift vorlegten. Diese wiesen die Zumutung zurück. Es handelte sich nämlich darum, ihnen die Abstimmung für die neue Resolution unmöglich zu machen und sie so aus dem „Bloc“ hinauszutreiben, um ihre Stimmen durch die halber Ministern zu erlösen. Die Jauchendsten durchkreuzten freilich das Manöver, indem sie schließlich doch für die ihnen mißliebige Formel stimmten.

Neben Etienne, dem Chef der rechtsstehenden Kartellgruppe, nennt die „Lanterne“ als Teilnehmer des antiministeriellen „Kampftagens“: Garrion, den sehr gemäßigten Vorsitzenden der Radikalen, und Dubief, den Vorsitzenden der linksradikalen. Letzterer wurde nämlich bei der Bildung des Kabinetts Combes „zu Unrecht“ übergegangen. Und warum? Weil er aus dem gleichen Departement stammt wie Garrion. Da nun dieser kein Portefeuille bekommen konnte, so bot er Himmel und Hölle auf, um wenigstens auch seinen Landsmann der Ministerherrlichkeit zu bewahren. Denn andernfalls stand sein Ruf als des „großen Mannes“ von Saone-et-Loire in Gefahr. Jetzt verspricht er Dubief, mit ihm zusammen in das neue Ministerium einzuziehen.

Ferner verweist die „Lanterne“ auf die Ministerarbeit des Präsidenten Loubet gegen das Kabinett. Während seiner neulichen algerischen Reise soll er den Ministersturzplan mit seinem alten Freunde, Etienne, besprochen haben. Auf den Ministersturz arbeiten auch hin einige ehemalige Mitglieder des Kabinetts Waldeck-Rousseau. Waldeck-Rousseau selbst reserviert sich für die Präsidentschaftswahl von 1908, obwohl er mit der strengen Anwendung seines Vereinsgesetzes gegen die Kongregationen unzufrieden ist.

Für die Minimalen und ihre Freunde wäre eine recht baldige Ministerkrise höchst vorteilhaft, da nächsten die Verantung der Genehmigungsbehörde der Frauen-Kongregationen an die Reihe kommt. Aber gerade dieser Umstand dürfte die Manöver der ministerfähigen Streber vereiteln. —

England.

Die Schulvorlage. Das Unterhaus beendete gestern nach langer Debatte die Specialberatung (Kommissionsberatung) der Londoner Unterrichts-Vorlage, so daß nur noch die dritte Lesung zu erledigen ist. Die Regierung hat in der Einzelberatung den abweichenden Ansichten der Opposition sowohl als ihrer eignen Anhänger beträchtliche Zugeständnisse gemacht, durch die das Gesetz wesentlich umgestaltet ist. —

Türkei.

Die Verhaftungen verdächtiger Bulgaren mehren sich von Tag zu Tag. Die Gesamtzahl der in den Vilajets Nestli, Monastir, Saloniki und Adrianopel sowie in Konstantinopel verhafteten verdächtigen Bulgaren übersteigt bereits 3000. Der Antrag des Generalinspektors Hilmi-Pascha, die Bulgaren, deren Teilnahme an der Thätigkeit der Stomites sicher erscheint, wenn auch nicht durch Thatsachen erwiesen ist, nach Tripolis und Klein-Asien zu verbannen, wurde bisher nicht genehmigt. Türkischerseits wird bestritten, daß 62 Verhaftete von hier nach Klein-Asien abgegangen seien. Nach Angaben der Presse beschränkt sich die Aktion gegen die oppositionellen Albanesen gegenwärtig auf Verhaftungen der Haupttrüdelführer. —

Amerika.

Eine direkte regelmäßige Schnelldampfer-Verbindung zwischen Kanada und England zu schaffen, ist seit Jahren das Ziel kanadischer Politiker. Jetzt ist anscheinend dieses Projekt seiner Verwirklichung etwas näher gerückt. Wie den „Times“ aus Ottawa gemeldet wird, machte der Ministerpräsident Laurier im kanadischen Unterhause bekannt, daß eine Kommission ernannt worden sei, um zu prüfen, welches die beste Verbindungslinie durch kanadisches Gebiet vom Stillen bis zum Atlantischen Ocean sei. Drei transkontinentale Linien wünschten eine Unterstüßung durch die Regierung, die Canadian Northern Railway Company, die Grand Trunk Railway Company und die Canadian Pacific Railway Company. Er könne jedoch nicht sagen, welche Linie gewählt werden würde. Landgebiet würde nicht abgetreten werden. —

Sociale Rechtspflege.

Ein interessanter Kontraktbruchs-Prozess

Beschäftigte die Kammer 4 des Berliner Gewerbegerichts. Die Geschworen Raabe, Inhaber einer Tischlerei, beanspruchten von 24 Bau-tischlern je 17,40 M. als Buße wegen Kontraktbruchs. Es handelte sich um die Unterbrechung begonnener Aufträge, die in Accord-Verträgen vereinbart waren. Die Arbeiter waren Ende Februar aus-gelassen worden und die Tischler hatten dann sogenannte Accord-zettel erhalten, die unter anderem den Preis enthielten, den die Firma zahlen wollte. Die Arbeiter waren aber mit dem Preise nicht einverstanden und es kam zu Verhandlungen wegen Erhöhung desselben. Maßgebend war für das Vorgehen der Arbeiter namentlich, daß die in Auftrag gegebenen Fenster besser Qualität sein und keine Kette enthalten sollten, während das Holz vielfach Aeste auf-wies. Herr Raabe fand sich schließlich bereit, den Tischlern eine Vergütung von 25 Pf. für jedes nicht aufreie Stück zu zahlen, das sie zurücklegen müßten. Nach einer Rücksprache mit Delegierten des Verbandes erklärten die Arbeiter ihr Einverständnis mit diesem Zuschlag unter der Bedingung, daß ihnen der Chef das Holz von seinen Maschinen nach den früher einmal von der organisierten Arbeiterschaft aufgestellten Tarifssätzen schneiden lasse. Das glaubte Herr Raabe mit Rücksicht auf die Unternehmer, die in seinem Schneidmühlbetriebe ihr Holz schneiden lassen, nicht zu können und lehnte es ab. Darauf legten die Arbeiter die Arbeit nieder, worauf die Firma die Kontraktbruchsfrage anstregte. Der Accord-Vertrag sei widerrechtlich durchbrochen worden. In der Ver-handlung vor dem Gewerbegericht machten die Vertreter von 21 Ver-klagten, die Tischler A. Hrens und M a h, folgendes geltend: Von einem Kontraktbruchs könnte hier (eine Kündigungsschrift fehlte) nur dann die Rede sein, wenn Accordverträge bereits vorgelegen hätten. Dies sei aber nicht der Fall, weil die Arbeiter dem von der Firma vorgeschlagenen Preise widersprochen hätten und eine Einigung über die Accordbedingungen nicht erzielt worden sei. Die Zuzahlung des Gehalts von 25 Pf. für das nicht aufreie Stück sei an sich den Kollegen durchaus nicht genügend erschienen, sie hätten sich nur damit begnügt in der Vorauszahlung, beim Schneiden nach dem Accordtarif zurecht zu kommen. Das sei abgelehnt worden und somit fehle der regelrechte Abschluß eines Accordvertrages; er sei nicht perfekt geworden. Demgegenüber sei es ganz gleichgültig, daß die Kollegen schon einige Zeit an den betreffenden Fenstern arbeiteten und daß sie schon ein- oder zweimal Sonnabends Lohnabzugs-

zahlungen erhielten. Aber selbst wenn das Gericht diese Gründe nicht gelten ließe, läge kein Kontraktbruch vor. Die Kollegen hätten auf jeden Fall Grund zur Niederlegung der Arbeit gehabt, und zwar aus § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, worin vorgeschrieben ist: „Der Dienstberechtigte hat Räume, Vorrichtungen oder Gerätschaften, die er zur Verrichtung der Dienste zu beschaffen hat, so einzurichten und zu unterhalten, und Dienstleistungen, die unter seiner Anord-nung oder seiner Leitung vorzunehmen sind, so zu regeln, daß der Verpflichtete gegen Gefahr für Leben und Gesundheit soweit geschützt ist, als die Natur der Dienstleistung es gestattet.“ Diese Vorschriften seien in Betriebe der Gebr. Raabe nicht genügend beachtet worden. Der Wasserdampfheizung sei öfter Wasser entströmt, daß die Kollegen auf nassem Fußboden stehen mußten. Das Holz sei feucht geworden und man habe den Leuten den Rat gegeben, zum Trocknen im Be-triebe ein kräftiges Hobelspanfeuer zu machen, habe sie also zu ge-schwindigen Handlungen aufgefordert. Einem kontrollierenden Be-amten gegenüber habe man Arbeitsräume als Lagerräume bezeichnet.

Herr Raabe bestritt, daß in seinem Betriebe Zustände herrschten, die dem § 618 widersprächen.

Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts Dr. Gerth verurteilte sämtliche Beklagte zur Zahlung einer Kontrakt-bruchs-Buße von 17,40 M. und der Vorsitzende führte begründend aus: Der Gerichtshof stehe auf dem Standpunkt, daß der Accord-vertrag perfekt geworden sei, indem die Lohnzettel mit dem Vermerk der Preise verteilt worden seien und die Beklagten danach gearbeitet sowie an mindestens einem Sonnabend, zum Teil zwei Sonnabenden, Lohnabzugszahlungen erhalten und in Empfang genommen hätten. Der Vertrag sei perfekt gewesen, als neue Forderungen gestellt worden seien. Diese hätten nicht berücksichtigt zu werden brauchen. Dahingestellt bleiben könne, ob die Betriebsbedingungen usw. gesund-heitsgefährlich im Sinne des § 618 Bürgerlichen Gesetzbuchs seien, denn aus § 618 könnten nur nach den Grundätzen des Schadens-ersatzes Ansprüche hergeleitet werden. Hiernach habe man es hier zweifellos mit Kontraktbruch zu thun und es rechtfertige sich die Ver-urteilung.

Schulpflicht und väterliches Bestimmungsrecht. Ein Herr Zimmermann in Hallerup hatte seinen Sohn, der so lange die Schule in H. besuchte, nach dem Dorfe A. als Hülfsjungen vermiethet und ließ ihn dort die Schule besuchen. Da nach einer Regierungsverfügung zum Schulwechsel die Erlaubnis des Schulinspektors erforderlich war, diese aber nicht erteilt wurde, so veranlaßten die Schulbehörden die Begreifung des Knaben aus der Schule in A. Herr Zimmermann belieh aber den Jungen dort im Dienst und sorgte nicht für einen anderweitigen Schulunterricht. Er wurde deshalb in zweiter Instanz wegen nicht erfüllter Schulpflicht des Sohnes zu einer Geldstrafe verurteilt. Hiergegen legte er beim Kammergericht Re-vision ein und bezieht sich auf das Bürgerliche Gesetzbuch, wonach der Vater das Recht habe, den Aufenthaltsort des Kindes zu bestimmen. Außerdem führt er die Rechtsgültigkeit der angezogenen Regierungs-verfügung über den Schulwechsel an und macht geltend, daß ihn vorliegend auf keinen Fall ein Verschulden treffe. — Das Kammer-gericht verwarf jedoch die Revision mit folgender Begründung: Zum mindesten habe T. seine Pflicht, für einen ausreichenden Schulbesuch des Knaben zu sorgen, dadurch verletzt, daß er ihn ohne jeden Unter-richt ließ, nachdem ihm der Besuch der Schule im Dienstort unmöglich gemacht worden war. Er hätte den Sohn entweder nach seinem Wohnort zurücknehmen und dort die Schule weiter besuchen lassen oder für einen anderweitigen gleichartigen Unterricht sorgen müssen. Das Recht des Vaters, den Aufenthaltsort des Kindes zu bestimmen, sei zivilrechtlicher Natur, beziehe sich nur auf privat-rechtliche Verhältnisse; bei seiner Ausübung dürfe die öffent-lich-rechtliche Schulpflicht und Schulaufsicht nicht verletzt werden.

Wahlveranstaltungen.

Für das Hansawiertel fand am Dienstag in den „Spreehallen“ eine Wählerversammlung statt, in der der Kandidat des ersten Kreises, Genosse Arons, referierte. Trotz der Entfernung der Tische aus dem Lokal war die Versammlung polizeilich abgesperrt. Hunderte von Wählern hatten vor den Fenstern Posto gefaßt, um von dort aus den Worten des Kandidaten zu lauschen, Hunderte, denen es nicht möglich war, einen Platz zu erlangen, lehnten wieder um. An der Hand des Parteiprogramms wies der Referent nach, daß die alten demokratischen Forderungen, die stets in der Bevölkerung Berlins festen Boden hatten, heute nur noch einzig und allein von der Socialdemokratie vertreten werden, nachdem die Liberalen eine Forderung nach der andren haben fallen lassen. Schon Johann Jacoby machte seiner Zeit den Liberalen den Vorwurf, daß sie nicht Treue gegen ihre eigne Ueberzeugung und harten Kampf gegen ihre Feinde lauten, einen Vorwurf, der sicher auch von den An-wesenden, wenn sie sich die Thaten der Liberalen vor Augen halten, als gerechtfertigt angesehen werden muß. Ausführlich ging dann Redner auf die Forderungen des socialdemokratischen Programms ein, jede einzelne begründend und den Wählern vor Augen führend, daß nur so und nicht wie in den bürgerlichen Blättern und gegnerischen Flugchriften die Forderungen der Socialdemokratie lauten. Genosse Arons forderte die Anwesenden auf, für Ver-wirklichung dieser Ziele thätig zu sein, die Zeit bis zum Wahltag zu benutzen, unermüßlich thätig dafür, daß die Socialdemokratie aus allen sechs Berliner Wahlkreisen am 16. Juni siegreich hervorgehe. Da trotz mehrfacher Aufforderung von seiten des Vorsitzenden Doppel sich niemand zum Wort meldete, forderte derselbe die Anwesenden auf, auch im ersten Berliner-Kreise den socialdemokratischen Stimmentzettel in die Urne zu werfen. Nie-mand habe diesmal eine Kontrolle zu fürchten, frei nach seiner Ueberzeugung könne jeder stimmen, da ja diesmal das Wahl-geheimnis sichergestellt sei. Auf zum Kampfe, auf zum Siege! Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie, in das die Anwesenden begeistert einstimmten, wurde die Versammlung geschlossen.

Dritter Wahlkreis. Eine gut besuchte Wählerversammlung fand am Dienstag in Voigts Hofsälen, Ritterstraße, statt. Wolfgang Heine referierte. Nach einer Kritik der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches ging er zur Besprechung der inneren Politik über und dann unterzog er die Parteien, welche sich im dritten Wahlkreise um das Mandat bemühen, einer kritischen Betrachtung. Der anti-semitische Kandidat machte seinen Wählern in Bezug auf die Mittel-standspolitik Versprechungen, die überhaupt nicht gehalten werden können. Welcher Art die freisinnige Politik ist, sehe man an den Zuständen in Berlin. Die Freisinnige Volkspartei habe beim Zoll-tarif einiger neuen Reichstagsmitglieder wegen einer schamlosen, volksfeind-lichen Politik und Schandens Verrat getrieben. Bei den Wahlen mache sie mit den Antisemiten gemeinsame Sache. Nur die Socialdemo-kratie habe stets die Rechte und Interessen des Volkes vertreten. Zum Schluß forderte Redner jeden Wähler auf, welchem das Wohl des deutschen Volkes am Herzen liegt, für die Socialdemokratie zu stimmen. (Lebhafte Beifall.) — Zur Diskussion nahm niemand das Wort. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Socialdemokratie, dem aus der Mitte der Versammlung ein Hoch auf den Genossen Heine folgte.

Die Charlottenburger Genossen hielten am Dienstag eine bis auf den letzten Platz gefüllte äußerst gut verlaufene öffentliche Wählerversammlung ab. Ueber die Bedeutung der bevor-stehenden Reichstagswahlen für die arbeitende Bevölkerung hielt Genosse Ragenstein einen Vortrag, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Der Vortragende erinnerte daran, wie sehr die bürgerlichen Parteien nach einer Wahlparole von seiten der Regierung geradezu lehnten, wir dagegen keine solche brauchen, weil unsere Parole schon durch den Gang der wirtschaftlichen und politischen Dinge gekennzeichnet sei. Diesen Entwicklungsgang näher kennzeichnend, kam Redner zu dem Schluß, daß zu der am 16. Juni statt-findenden Wahl alle Kräfte anzuspannen sind, um gleich im ersten Wahl-

gange unsern Kandidaten Feil Jubel durchzubringen. — In der Diskussion nahm als erster Redner ein Anhänger der konservativen Partei Herr Eisenbahn-Sekretär Haseloff-Jehlen-dorf das Wort, um seinen gegnerischen Standpunkt zu vertreten. Er könne es keinem Menschen verdenken, seine Lebenslage zu ver-bessern, aber die Art und Weise dieser Verbesserung durch die Socialdemokratie gefalle ihm nicht. Die Arbeiter sollten mehr Vertrauen zu den bürgerlichen Parteien haben. Nach einem Loblied auf den Militarismus und Jolltarif schloß er seine mit der müßiggültigsten Rede angehörte Rede. Durch die Genossen Paul Girsch, Dr. Alberti und den Referenten wurden die Ausführungen des Herrn Haseloff treffend und unter großem Beifall widerlegt. Der Leiter der Versammlung, Genosse Henning, gab Herrn Haseloff noch anheim, er möge doch dafür sorgen, daß unsere Redner in den konservativen Versammlungen ebenfalls mit größter Ruhe und Ordnung angehört werden, denn bis jetzt sind unsere Genossen mit wüsten Zwischenrufen und Beschneidung der Redefreiheit bedrängt worden. Mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie und auf einen guten Ausfall der Wahlen gingen die Versammelten auseinander.

Schöneberg. In der am 26. Mai bei Obst stattgehabten Ver-sammlung des socialdemokratischen Wahlvereins brachte Genosse Davidsohn in seinem Vortrage „Die Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahlen“ einige markante Stellen aus einem Wahlflugblatt der Haus- und Grundbesitzervereine zur Verlesung und führte den reaktio-nären Standpunkt dieser Leute den Anwesenden vor Augen. Er zerpflückte des weiteren einige Ausführungen im Richterischen „Socialistenpiegel“. Daß es unbedingt notwendig ist, nur Männer in den Reichstag zu wählen, die auch wissen, was dem Volke fehlt, ersehe man daraus, daß man sich nur die kolossalen Ausgaben für Heer, Marine und Kolonien vor Augen zu führen braucht, um sich sagen zu müssen, so kann es nicht mehr weitergehen. Genosse Davidsohn schloß mit den Worten: Der Zukunft gilt unser Streben. Trete ein jeder für die Verwirklichung des socialdemokratischen Pro-gramms, so viel als in seinen Kräften steht, ein, nur so werden wir siegen, nur so werden wir unsern Kandidaten, den Genossen Jubel, am 16. Juni als Sieger aus der Wahlklocht hervorgehen sehen. (Langanhaltender, großer Beifall.) In der Diskussion forderte Wollermann die Parteigenossen auf, mehr denn je sich an den bevorstehenden Arbeiten zur Wahl zu beteiligen.

Verfammlungen.

Centralverband der Konditoren. Mit einer recht gut besuchten Versammlung für die südlichen Stadtteile wurde am 20. Mai in den „Arminhallen“ eine L o h u b e w e g u n g der Konditoren eingeleitet. Nach einem Referat Bigusch über: „Werden die Konditoren ihren Leistungen entsprechend bezahlt, und wie stellen sich die Kollegen zu unserem Lohnzettel?“ fand eine lebhafteste Dis-kussion statt, in welcher besonders die Vertreter des Gewerbevereins — welcher inzwischen auch einen Tarif ausgearbeitet hat — erklärten, sich dem Vorgehen in jeder Weise anschließen zu wollen. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in welcher die Lohn- und Arbeitsverhältnisse als dringend verbesserungsbedürftig anerkannt, die Einziehung eines Tarifs an die Arbeitgeber zu ge-gebener Zeit beschloffen und eine Stärkung der Organisation verprochen wurde. Der Vorsitzende Weidler gab bekannt, daß in nächster Zeit in allen Stadtteilen diese Agitationsversammlungen abgehalten werden. Im Schlußwort wurde noch besonders auf die Reichstagswahlen und ihre Bedeutung auch für den Beruf der Konditoren hingewiesen und auf-gefordert, nur Vertreter zu wählen, welche die Lebensmittel und Arbeitsmaterialien auf keinen Fall verteuern und dadurch die Arbeitsgelegenheit in unserm Berufsberuf noch mehr verschlechtern helfen.

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am 24. Mai in der Brauerei Friedrichshain eine Auskühlsitzung ab. Zur Aufnahme hatte sich der Verein „Freie Sänger“ Jochen gemeldet. Es entspann sich darüber eine Diskussion dahingehend, ob der Verein hier sein Probelied zu singen hätte. Dasselbe wurde dem Verein erlassen, weil die Reise hieher (50 Mitglieder) demselben zu große Kosten verursachen würde. Dem analog wurde ein Antrag angenommen, jeden Verein vom Probelied zu entbinden, wenn der Fahrpreis hieher mehr als 30 Pf. einmalig pro Person beträgt. Um ein längeres Festhalten der Beiträge zu verhüten, wurde der Kassierer ermächtigt, alle Ver-eine, die länger als 4 Quartale im Rückstande sind, zu mahnen, da sonst der Bund weitere Maßnahmen treffen würde. Betreffs des Sängerkongresses in Friedrichshagen wurde der Eintrittspreis im Vor-verkauf auf 20 Pf., an der Kasse auf 30 Pf. festgesetzt. Zum Pro-vinzial-Sängerkongress in Rauen beschloß der Ausschuss, daß der Bund sich offiziell daran beteiligen würde. Dasselbe findet am Sonntag, den 12. Juli, statt.

Die Arbeiter-Vaugenossenschaft „Paradies“ (E. G. m. b. H.) hielt am 24. Mai ihre erste ordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß das Vermögen der Genossenschaft sich am 31. März auf 19 586,25 M. inkl. Reingewinn von 201,25 M. belief. Verloren wurde, 125,00 M. dem Reservefonds und 76,25 M. dem Verwaltungsfonds zu überweisen. Bis zum heutigen Tage ist das Vermögen auf 20 800 M. angewachsen. Betreffs Landesverb wurde beschloffen, da noch Bedenken vorliegen, mit dem Kaufe des Grundstückes einige Zeit zu warten, um erst größere Mittel zur Verfügung zu haben und ferner die Mitglieder auf-gefordert, recht fleißig ihren naturarischen Verpflichtungen nach-zukommen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: G. Kohla, Wienerstr. 29, erster, Fr. Driebe, zweiter Vorsitzender, H. Stempel, Mantuffelstr. 109, erster, D. Müller, zweiter Kassierer, H. Wegener erster, E. Liebe zweiter Schriftführer, H. Schulz, Wei-ßiger. In den Ausschüßrat wurden neugewählt: Herbst, Lange, Pularski, als Ersatzmänner Schwante, Rodau und Schiffmann. Die Versammlung war von ca. 500 Mitgliedern besucht.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Macedonien.

Salonichi, 27. Mai. (B. G.) Ein hier verhafteter junger Bulgare Namens Arjolazo hat den Behörden alle Namen der bulgarischen Nationalen Salonichis bekannt gegeben, welche dem hiesigen mace-donischen Komitee angehören. Unter ihnen befindet sich ein an-gesehener Bankier, der stark kompromittiert ist. Ferner hat er den Ort angegeben, wo wichtige Schriftstücke versteckt waren. Aus denselben war ersichtlich, daß mehrere bulgarische Persönlichkeiten die auf-ständische Bewegung in Macedonien unterstützen und geleitet haben. Er bezeichnet Krepiril als Herz des Aufstandes. Das Standgericht hat nach dort eine Kommission entsandt, um Erhebungen einzuleiten.

Die Pest.

Santiago de Chile, 27. Mai. (B. L. G.) Der Ausbruch der Pest in Jauique wird auf eine Labung Reis aus Indien zurück-geführt. Am Montag wurden zehn Erkrankungsfälle gemeldet, von denen sechs tödlich verliefen.

Köln, 27. Mai. (B. G.) Die „Köln. Ztg.“ berichtet aus Bied: Auf dem Waidhofe in Klein-Wahl in Neckenburg sind durch einen Brand fünf Gebäude zerstört worden, wobei etwa 1000 Schafe ver-brannten.

Harrisburg, 27. Mai. (B. L. G.) Die republikanische Kon-vention von Pennsylvania beschloß die Wiedereröffnung Koozweits zum Präsidentschaftskandidaten und sprach sich gegen jede Änderung des gegenwärtigen Tarifsystems aus.

Liste der socialdemokratischen Reichstags-Kandidaturen.

Main table with columns: Name des Wahlkreises, Am 16./6. 1898 social-democrat. Stimmen abgegeben, Prozent aller abgegeben. Stimmen, Partei-angehörig. des 1898 gewählten Abg., Name des socialdemokratischen Kandidaten 1903, Name des Wahlkreises, Am 16./6. 1898 social-democrat. Stimmen abgegeben, Prozent aller abgegeben. Stimmen, Partei-angehörig. des 1898 gewählten Abg., Name des socialdemokratischen Kandidaten 1903.

*) In der Wahl an Stelle Liebknechts gewählt. *) In der Wahl an Stelle Schoenlanks gewählt. *) In der Wahl verloren gegangen.

Name des Wahlkreises	Am 16./6. 1898 socialdemokrat. Stimmen abgegeben	Prozent aller abgegebenen Stimmen	Partei-angehörig. des 1898 gewählten Abg.	Name des socialdemokratischen Kandidaten 1903
Reg.-Bez. Koblenz.				
1. Wehlar-Altenkirchen	2 507	12,7	Katf.	*A. Bebel, Berlin
2. Neuwied	218	1,5	Centr.	Dr. A. Erdmann, Köln
3. Koblenz-St. Goar	777	4,8	Centr.	Hiltmann, Frankfurt a. M.
4. Kreuznach-Simmern	502	2,8	Katf.	*A. Bebel, Berlin
5. Mayen-Ahrweiler	197	1,8	Centr.	*A. Hofrichter, Köln
6. Adenau-Kochem	57	0,4	Centr.	*A. Bebel, Berlin
Reg.-Bez. Düsseldorf.				
1. Lennep-Weitmarn	16 006	44,8	Frz. Sp.	*Karl Reist, Köln
2. Elberfeld-Varmen.	24 145	52,1	Soc.	Wessendörfer, Redakteur
3. Solingen	11 760 ⁹⁾	50,8	Bild	*Scheidemann, Offenbach
4. Düsseldorf	10 712	29,6	Centr.	Herm. Grimpe, Elberfeld
5. Essen	— ⁹⁾	7,1	Centr.	P. Gräfer, Elberfeld
6. Duisburg	7 804	14,7	Katf.	*Cl. Dengsbach, Köln
7. Mors-Arns	214	0,9	Centr.	Herm. Krife, Elberfeld
8. Cleve-Geldern	291	1,7	Centr.	Wollenbühr
9. Kempen	1 240	10,7	Centr.	Wollenbühr
10. Mönchen-Glabbech	2 071	9,1	Centr.	*C. Haberland, Varmen
11. Krefeld	5 144	25,6	Centr.	Mag. Solingen
12. Reuß-Grevenbroich	884	7,6	Centr.	Mag. Seidler, Solingen
Reg.-Bez. Köln.				
1. Köln (Stadt)	9 008	83,5	Centr.	*A. Hofrichter, Köln
2. Köln (Kreis)	6 980	29,7	Centr.	Dr. Erdmann, Köln
3. Bergheim-Gusfirchen.	828	3,2	Centr.	*A. Bebel, Berlin
4. Rheinbach-Bonn	479	3,4	Centr.	Dr. Erdmann, Köln
5. Siegfried-Waldbröl	138	0,9	Centr.	*A. Bebel, Berlin
6. Rülheim-Wipperfürth	4 341	18,8	Centr.	*H. Gilsbach, Verleger, Köln
Reg.-Bez. Trier.				
1. Daun-Prüm	—	—	Centr.	*A. Bebel, Berlin
2. Wittlich-Verneistel	—	—	Centr.	Dr. Erdmann, Köln
3. Trier	289	2,3	Centr.	Dr. Erdmann, Köln
4. Saarburg-Saarlouis	143	0,9	Centr.	J. Spaniol, Oberhausen
5. Saarbrücken	710	2,9	Katf.	J. Spaniol, Oberhausen
6. Wittlicher-St. Wendel	112	0,4	Reichsp.	G. Lehmann, Mannheim
Reg.-Bez. Aachen.				
1. Schleiden-Nalmedy	60	0,6	Centr.	*A. Bebel, Berlin
2. Eupen-Aachen (Kreis)	1 335	7,2	Centr.	Nich. Kösch, Redakteur, Aachen
3. Aachen (Stadt)	2 536	24,0	Centr.	R. Eberle, Varmen
4. Düren-Jülich	657	3,9	Centr.	*A. Bebel, Berlin
5. Geilenkirchen-Heinsberg	—	—	Centr.	*A. Bebel, Berlin
Reg.-Bez. Sigmaringen				
	221	2,6	Centr.	Paul Gloning, Reutlingen
Königreich Bayern.				
Reg.-Bez. Oberbayern.				
1. München I	7 733	43,0	Bild	*Georg Virk, Gastwirt
2. München II	23 116	51,7	Soc.	v. Bollmar, Schriftsteller
3. Kitzbach	1 319	8,3	Centr.	*Joh. Braun, Lagerhalt., Lechhausen
4. Ingolstadt	637	4,7	Centr.	Ed. Schmid, München
5. Wasserburg	272	1,8	B. V.	*Gg. Virk, München
6. Weilheim	524	3,8	Centr.	Seb. Wittl, München
7. Rosenheim	2 854	14,8	Centr.	*Gg. v. Bollmar, München
8. Traunstein	777	4,6	Centr.	Jof. Schorer, Freilassing
Reg.-Bez. Niederbayern.				
1. Landsbut	490	3,8	Centr.	Ant. Raith, München
2. Straubing	224	1,4	B. V.	Ant. Raith, München
3. Passau	818	2,9	Centr.	Gg. v. Bollmar, München
4. Pfarrkirchen	81	0,6	B. V.	*Frz. Schmitt, München
5. Deggendorf	305	4,3	B. V.	Ed. Schmid, München
6. Kelheim	239	2,4	Centr.	Seb. Wittl, München
Reg.-Bez. Pfalz.				
1. Speyer	12 008	42,4	Soc.	Ehrhart, Tapezier, Ludwigshafen
2. Landau	3 502	16,7	Katf.	*Huber, Ludwigshafen
3. Germersheim	1 198	8,7	Katf.	Körner, Ludwigshafen
4. Zweibrücken	2 965	13,4	Katf.	Ph. Keidel, Landt.-Abg., Birnmasens
5. Homburg	580	5,3	Katf.	Dieter, Redakteur, Ludwigshafen
6. Kaiserslautern	4 993	26,3	B. d. L.	*Klement, Gastwirt, Kaiserslautern
Reg.-Bez. Oberpfalz.				
1. Regensburg	1 685	10,0	Centr.	Vapt. Hagen, Regensburg
2. Amberg	459	4,3	Centr.	J. Vötker, Jülich
3. Neumarkt	158	1,6	Centr.	*R. Ehnert, Schlosser, Nürnberg
4. Neunburg vorm Wald	359	4,3	Centr.	Michael Weich, Rentier, Weiden
5. Neustadt a. d. Waldnaab	597	6,5	Centr.	A. Radl, Bauvorstand, Nürnberg
Reg.-Bez. Oberfranken.				
1. Hof	6 580	36,0	Katf.	*Daniel Stücklen, Hof
2. Bayreuth	4 211	32,5	Katf.	R. Fugel, Schneidernstr., Bayreuth
3. Forchheim	1 493	9,3	Centr.	Deinhart, Malermstr., Erlangen
4. Kronach	3 291	22,4	Centr.	Ant. Walter, Landt.-Abg., Koburg
5. Bamberg	1 948	12,7	Centr.	*R. Dorn, Arbeitersekret., Nürnberg
Reg.-Bez. Mittelfranken.				
1. Nürnberg	22 598	61,9	Soc.	Dr. Südekum, Redakteur ⁹⁾
2. Erlangen-Fürth	10 045	45,8	Soc.	(St.) M. Segis, Arbeitersekretär
3. Ansbach-Schwabach	2 436	20,1	B. V.	Michael Hierl, Schwabach
4. Eichstätt	473	3,8	Centr.	*Dreber, Cigarrenhändler, Nürnberg
5. Dinkelsbühl	193	2,5	Konf.	*J. Merlel, Landt.-Abg., Nürnberg
6. Rothenburg ob der Tauber	662	5,4	B. V.	*Zid, Magistratsrat, Fürth
Reg.-Bez. Unterfranken.				
1. Kitzingen	1 680	11,1	Centr.	*Gräf, Arbeitersekretär, Frankfurt
2. Kitzingen	416	3,0	Centr.	Gg. Kämpfer, Cigarrenfabrikant
3. Lohr	762	4,8	Centr.	Georg Dichtl, Verbandsvorstand
4. Neustadt a. Saale	666	4,4	Centr.	Paul Fiedler, Magozmir
5. Schweinfurt	2 741	18,4	Centr.	*Joseph Sädler, Gastwirt
6. Würzburg	3 765	25,1	Centr.	Franz Schmitt
Reg.-Bez. Schwaben.				
1. Augsburg	4 593	19,1	Centr.	Hans Kollwagen, Augsburg
2. Donauwörth	151	1,1	Centr.	Joh. Kimmert, München
3. Dillingen	187	1,6	Centr.	Karl Bollhals, München
4. Memmingen	590	3,2	Centr.	Ludw. Bickelmann, München
5. Kaufbeuren	798	5,5	Centr.	Angerhofer
6. Immendingen	706	3,7	Centr.	R. Amierem, München
Königreich Sachsen.				
1. Rittau	7 814	40,4	Soc.	(St.) Edm. Fischer, Redakteur
2. Löbau-Ebersbach	5 745	35,0	Konf.	Karl Sander, Dresden
3. Bautzen	4 806	29,9	Antifemist	*Wilk. Höppler, Dresden
4. Dresden-Neustadt	18 094	47,9	Soc.	(St.) Aug. Raden, Cigarrenfabrik.
5. Dresden-Alttadt	17 113	47,6	Soc.	(St.) Dr. Gradnauer, Redakteur
6. Dresden-Tharandt	22 335	54,8	Soc.	Georg Dorn, Redakteur
7. Reichen-Großenhain	10 332	44,3	Antifemist	Nitzsche, Großenhain
8. Pirna	10 007	45,9	Antifemist	*Jul. Frähdorf, Dresden
9. Freiberg-Deberan	7 523	38,6	B. d. L.	*Ernst Schulze, Toffenbaude
10. Döbeln-Rohrweil	9 758	46,2	Katf.	Grünberg, Partha, Nachw. 18./1.02
11. Döbeln	5 861	32,0	Konf.	*Richard Kpinski, Leipzig
12. Leipzig-Stadt	11 739	38,2	Katf.	Julius Motteker, Leipzig
13. Leipzig-Land	38 933	64,9	Soc.	Frz. Geier, Cigarrenfabr., Leipzig
14. Borna-Begau	6 640	38,1	Konf.	Gg. Schöpflin
15. Wittweida-Rimbach	11 898	48,0	Bild	Paul Göhre
16. Chemnitz	24 772	62,5	Soc.	R. Schippel, Redakteur, Berlin
17. Glauchau-Meerane	13 437	60,7	Soc.	J. Kuer, Schriftsteller, Berlin
18. Zwickau-Erimmichau	18 362	60,4	Soc.	Ed. Stolke, Gärtner, Gera
19. Stollberg-Schneeberg	13 730	59,9	Soc.	(Goldstein, Zwickau)
20. Zschopau-Gleinau	8 999	46,4	Soc.	(St.) E. Rosenow, Redakt., Chemnitz
21. Annaberg-Eibenstock	8 394	46,6	Katf.	*Ernst Grenz, Leipzig
22. Rixdorf-Ruerbach	13 154	53,2	Soc.	Fr. Hofmann, Cigarrenfabr., Chemnitz
23. Plauen	9 744	40,1	Konf.	*Wbin Gerisch, Berlin

Name des Wahlkreises	Am 16./6. 1898 socialdemokrat. Stimmen abgegeben	Prozent aller abgegebenen Stimmen	Partei-angehörig. des 1898 gewählten Abg.	Name des socialdemokratischen Kandidaten 1903
Württemberg.				
1. Stuttgart	17 954	51,0	Soc.	Hildenbrand, Stuttgart ⁹⁾
2. Cannstatt-Ludwigsburg	7 239	32,8	Katf.	*Tauscher, Stuttgart
3. Heilbronn-Vesigheim	6 009	28,6	Reichsp.	Kittler, Heilbronn
4. Böblingen-Balingen	2 528	16,4	D. V.	Karl Sperla, Stuttgart
5. Ehlingen-Karlingen	6 240	30,8	D. V.	(St.) Schlegel, Nachw. 27./10. 99
6. Reutlingen-Tübingen	2 611	15,4	D. V.	*Friedrich Hermann, Stuttgart
7. Gaildorf-Neuenbürg	1 893	9,7	Konf.	Karl Dier
8. Freudenstadt-Horb	781	5,1	Reichsp.	Wilhelm Kowald, Stuttgart
9. Balingen-Rottweil	4 040	19,6	D. V.	Natnait, Arbeitersekretär
10. Göppingen-Gmünd	5 321	29,6	D. V.	Dr. Lindemann
11. Badnau-Hall	1 929	13,1	D. V.	Karl Krüger, Hall
12. Crailsheim-Neigentheim	339	2,2	D. V.	Friedrich Fischer, Stuttgart
13. Kall-Ellwangen	1 314	9,7	Centr.	A. Rudolph, Stuttgart
14. Ulm-Heidenheim	3 640	19,4	D. V.	*Dietrich, Stuttgart
15. Ehingen-Laupheim	350	2,4	Centr.	Georg Freymar, Gaislingen
16. Biberach-Zentralf.	297	2,1	Centr.	Friedrich Göhring, Ulm
17. Ravensburg-Zettmang	458	2,8	Centr.	Friedrich Göhring, Ulm
Baden.				
1. Ueberlingen-Konstanz	871	4,9	Centr.	*A. Krohn, Konstanz
2. Balingen-Triberg	1 261	6,4	Katf.	*Fritz Fleig, Hornberg
3. Säckingen-Waldshut	725	4,0	Centr.	A. Altmann, Durlach
4. Müllheim	1 338	9,1	Katf.	*Fr. Jaug, Freiburg
5. Freiburg-Emmendingen	2 267	10,9	Centr.	*E. Kräuter, Freiburg
6. Lahr-Ellenheim	1 283	8,2	Centr.	B. Engler, Freiburg
7. Offenburg-Rehl	1 889	13,6	Centr.	G. Ronisch, Offenburg
8. Baden-Rastatt	1 862	15,4	Centr.	Theod. Luz, Baden-Baden
9. Forzheim	10 380	44,8	Soc.	E. Fischhorn, Mannheim ⁹⁾
10. Karlsruhe	9 031	35,4	Soc.	(St.) Ged. Buchdr.-Bes., Offenburg
11. Mannheim	15 244	46,1	Soc.	(St.) Drostbach, Kaufm., Mannheim
12. Heidelberg	2 781	16,0	Katf.	*G. Pfeiffle, Mannheim
13. Bretten-Spyingen	1 311	8,0	B. d. L.	A. Dörter, Mannheim
14. Wertheim	82	0,5	Centr.	E. Eckardt, Mannheim
Hessen.				
1. Biebrich	4 495	33,4	Antifemist	Eduard Krumm
2. Friedberg	4 204	31,4	Katf.	G. Buschold, Friedberg
3. Alsfeld-Lauterbach	809	10,6	Antifemist	Dr. Michels, Marburg
4. Darmstadt	9 013	45,3	Soc.	(St.) B. Kramer, Gastw., Darmstadt
5. Dieburg-Offenbach	13 404	55,0	Soc.	A. Ulrich, Buchdr.-Bes., Offenbach
6. Bensheim-Erbach	3 279	27,4	Katf.	*A. Rau, Gemeinderat, Mühlheim
7. Worms	2 603	15,0	Katf.	Verthold, Darmstadt
8. Bingen-Alzey	1 071	7,8	Frz. Sp.	Peter Reichert, Linsch
9. Mainz	10 064	44,6	Centr.	*Dr. David, Schriftsteller
Mecklenburg-Schwerin.				
1. Hagenow-Grevesmühlen	4 818	29,5	Konf.	Theod. Bartels, Lübeck
2. Schwerin-Bismar	9 828	45,0	Katf.	*Emil Groth, Rostock
3. Parchim	5 391	33,9	Frz. Sp.	*Berth. Groth, Hamburg
4. Malchin-Baren	5 224	30,4	Konf.	*Heinr. Lorenz, Hamburg
5. Rostock-Doberan	11 338	48,9	Soc.	(St.) Dr. Herzfeld, Berlin
6. Glistrów-Ribnitz	5 460	35,1	Konf.	*Gustav Knappe, Stettin
Mecklenburg-Strelitz.				
	4 872	29,0	Reichsp.	Heinr. Lüth, Hamburg
Sachsen-Weimar.				
1. Weimar-Apolda	8 626	44,8	Soc.	(St.) A. Wandert, Restaurant, Apolda
2. Eisenach	3 744	31,0	Frz. Sp.	Herm. Leber, Schlosser, Jena
3. Weida-Jena	6 087	34,0	Katf.	*Paul Leutert, Malermstr., Apolda
Oldenburg.				
1. Oldenburg	5 056	26,4	Frz. Sp.	*F. Hug, Bant
2. Barel zc.	4 663	30,5	Frz. Sp.	*F. Hug, Bant
3. Delmenhorst zc.	1 293	9,3	Centr.	Ed. Schulz, Delmenhorst
Braunschweig.				
1. Braunschweig	14 657	48,7	Soc.	(St.) W. Bloss, Schriftsteller
2. Kreis Helmstedt zc.	5 185	26,0	Katf.	Nicke, Braunschweig
3. Kreis Holzminden	6 430	41,4	Soc.	(St.) Calmer, Redakteur
Sachsen-Meiningen.				
1. Meiningen-Hildburghausen	3 343	21,1	Frz. Sp.	Ed. Wehder, Sonneberg
2. Sonneberg-Saalfeld	8 845	51,1	Soc.	Reichhaus, Schneider, Erfurt
Sachsen-Altenburg.				
1. Coburg	8 607	36,3	Frz. Sp.	*Krieger, Korrektor, Halle
2. Gotha	13 235	51,7	Soc.	Wos, Redakteur, Gotha
Anhalt.				
1. Dessau-Zerbst	10 731	44,9	Bild	*Herm. Kämpfer, Altenburg
2. Bernburg	12 817	47,1	Soc.	(St.) Albrecht, Schneidernstr., Halle
Schwarzb.-Sondershausen				
Schwarzburg-Rudolstadt	4 700	38,3	Katf.	*Joos, Redakteur, Gotha
Waldeck	6 638	48,7	Katf.	*Hofmann, Saalfeld
Neuß ältere Linie	1 169	16,4	Antifemist	*L. Detmering, Elberfeld
Neuß jüngere Linie	6 339	55,1	Soc.	Förster, Cigarrenfabrik, Hamburg
Schaumburg-Lippe	12 044	58,1	Soc.	Burm, Schriftsteller, Berlin
Lippe-Detmold	1 237	18,1	Frz. Sp.	Heinr. Klingenhausen, Herford
Lübeck	1 973	17,9	Frz. Sp.	Cl. Becker, Lemgo
Bremen	9 729	55,3	Soc.	Schwarz, Geschäftsführer
	18 636	46,6	Frz. Sp.	*Schmalfeldt, Gastw., Bremerhaven
Hamburg.				
1. Wahlkreis	18 500	63,9	Soc.	Bebel, Schriftsteller
2. Wahlkreis	21 791	72,3	Soc.	Dietz, Buchdruckerei-Besitzer
3. Wahlkreis	41 838	57,8	Soc.	Reger, Journalist
Elbsaß-Lothringen.				
1. Altkirch-Thann	3 002	19,3	Elssasser	Joseph Stell, Mühlhausen
2. Mühlhausen	13 610	58,0	Soc.	Emmel, Mühlhausen ⁹⁾
3. Colmar	840	6,2	Elssasser	Jac. Peitotes, Straßburg
4. Gebweiler	3 003	38,0	Elssasser	Josef Bucher, Gebweiler
5. Mappolsweiler	1 588			

Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 28. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus. Robert der Teufel.
Schauspielhaus. König Heinrich der Fünfte.

Deutsches. Der Silberpelz.
Berliner. Mit-Heidelberg.
Verfing. Der blinde Passagier.
Wesiburg. Lustige Ehemänner. — Vorher: Nach dem Balle.

Reues. Der Herr Gemeinderat.
Weichen. Dubarry.
Central. Madame Sherry.
Thalia. Charleys Tante.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Im weissen Kössl.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Die guten Freunde.

Kleines. Nachtasyl.
Trionon. Die Notbrücke.

Wesiburg. Die Kinder der Exzellenz.

Carl Weich. Das Geheimnis des roten Hauses.

Casino. Verlorene Ehre. Bekkers Geschichte etc. Specialitäten.

Metropol. Neuestes Allerneuestes!
Apollo. Die Liebesinsel.

Wesiburg. Die Kinder der Exzellenz.

Central. Madame Sherry.

Charleys Tante.

Residenz-Theater.

Lustige Ehemänner.

Nach dem Balle.

Belle-Alliance-Theater.

Casino.

Apollo-Theater.

Metropol-Theater.

Neuestes!

Allerneuestes!

Trianon-Theater.

Die Notbrücke.

Central-Theater.

Charleys Tante.

Residenz-Theater.

Lustige Ehemänner.

Nach dem Balle.

Belle-Alliance-Theater.

Casino.

Apollo-Theater.

Metropol-Theater.

Neuestes!

Allerneuestes!

Trianon-Theater.

Die Notbrücke.

Central-Theater.

Charleys Tante.

Residenz-Theater.

Lustige Ehemänner.

Nach dem Balle.

Belle-Alliance-Theater.

Casino.

Apollo-Theater.

Metropol-Theater.

Neuestes!

Allerneuestes!

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Donnerstagabend 8 Uhr:
Im weissen Kössl.
Lustspiel in 3 Akten von O. Blumenthal und G. Kabelburg.
Freitagabend 8 Uhr:
Im weissen Kössl.
Sonnenabendabend 8 Uhr:
Im weissen Kössl.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Donnerstagabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.
Lustspiel in 4 Akten v. Vict. Sardou.
Freitagabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Sonnenabendabend 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Im Garten täglich Konzert.

Urania.

Taubenstrasse 40/49.
Abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.
Passage-Theater.
Anfang: Sonntags 8 Uhr.
Wochentags 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.

Erna Koschel

Josefine Delcliseur
Cake Walk — Zaretski-Trio.
Ganz Berlin zerbricht sich schon den vierten Monat den Kopf über AGA!
die schwebende Jungfrau!
14 erstklassige Nummern.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165
mit zahllosen Sehenswürdigkeiten!

Neu! Die tanzende Neu!

und singende indische Kolossaldame
Princess Bohatcio!
Grosser Lacherfolg!
Promenaden-Konzert.

Neues Theater

Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 8 Uhr:
Gastspiel Hansi Niese.
Der Herr Gemeinderat.

WINTERGARTEN

Neues Programm.

Mlle. Lorraines, Lebende Bilder.
Sam Elton, Komischer Excentric.
Carlotta Kara, Creolische Sängerin.
Pantzer Brothers, Akrobaten.
Rakoczy, Ungarische Tanstuppe.
Das Meistergesangs-Quartett.
Ralph Johnstone, Bicyclist.
Woodwards, dressierte Seelöwen.
Miss Diana, amer. Spiegeltänzerin.
Ballett und „Biograph“.

Freie Volksbühne.

Oper im Berliner Theater, nachmittags 2 1/2 Uhr.
Sonntag, 7. Juni: **Der Wildschütz.**
14. Juni: **Die lustigen Weiber.**
21. Juni: **Das Glöckchen des Eremiten.**
Opernmarken für Mitglieder a 1 Mark (inkl. Heft und Garderobe) in allen Zahlstellen.

Einlasskarten zur Ausstellung der Secession zu ermässigten Preisen, 25 Pf. a Person:
Norden: Zahlstelle 1, Beyer, Veteranenstr. 83.
Osten: Zahlstelle 12, C. Vogel, Koppenstr. 88.
Süden: Zahlstelle 20, G. Schulz, Admiralstr. 40a.

Sonntag, den 31. Mai cr., nachmittags 2 1/2 Uhr:
Lessing-Theater. 14. Abteilung.
Metropol-Theater. 11./12. Abteilung.
Johannisfeuer. Im Hinterhaus.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Schweizer-Garten.

Friedrichshain.
Pflanzten: Beginn der Hauptsaison.
Neues Artisten-Programm:
25 Special-Nummern von 56 Artisten.

Neues Theater-Ensemble:

14 Novitäten, ausgeführt von 12 Damen und 7 Herren.
Von Pflanzten ab:
Täglich Vorstellung. Ball Nr. 1
Am 1. und 2. Feiertag, früh 5 Uhr: **Früh-Vorstellung.**
Konzert etc. Anf. 4 1/2 Uhr. Früh-Entree 25 Pf., Nachm.-Entree 50 Pf.
An Wochentagen ist Saal und Garten an Vereine zu vergeben.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Nachtasyl.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter-Strasse 132.
Das Geheimnis des roten Hauses.
Engl. Sensationskomödie in 6 Bildern von Hungerfeld. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Sommer-Garten: Täglich: Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.
Sonntag (1. Feiertag): Neues Programm. Am 2. Feiertag: Grosse Früh-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr.

Bernhard Rose-Theater

Sabstrasse 58.
Vom 1. Pflanztag ab täglich:
Gr. Theater-Vorstellung.
sowie Auftreten von Specialitäten
1. Rang.
Wiederauftreten von Willi Agoston in „Berlin auf Stehlen“.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 4 1/2 Uhr.
Am 1. u. 2. Feiertag: Gr. Früh-Konzert u. Früh-Vorstell. Anf. 5 Uhr.
Am 2. u. 3. Feiertag: Gr. Ball.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Sente: **Geichloffen.**
Wiedereröffnung: Am 1. Pflanztag.
Am 1., 2. und 3. Feiertag:
Grosse Fest-Vorstellungen.
Anfang des Konzerts 5, der Vorstellung 6 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
In der Klemme.
Humoreste von Weisfel.
Anfang: Sonntags 8 Uhr.
Wochentags 7 Uhr.

Sanssouci.

Ab Pflanztag täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang: Sonntags 8 Uhr, Vorstell. 7 Uhr.
Wochentags: 8 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.
Sonnt., Mont. u. Donnerst. nach der Soiree: **Tanz.**

6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Sonntag, 31. Mai (1. Pflanztag), im Berliner Prater, Kastanien-Allee 7/9 und Montag, 1. Juni (2. Pflanztag), in Ballschmieders Festsälen, Badstr. 16:

Grosses Früh-Konzert

veranstaltet von den socialdemokrat. Parteigenossen des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

— Konzert, Theater sowie sämtliche Specialitäten —
und unter Mitwirkung
des Gesangvereins „NORD“.

Kaffeeküche von 4 Uhr geöffnet.
Billets an der Kasse 30 Pfennig, im Vorverkauf 25 Pf. — Programm gratis.

Tanz 50 Pfennig.

Das Komitee.

Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

Voranzeige.

Sonntag, den 9. August 1903:

12. Sängerbund des Arbeiter-Sängerbundes

im Müggelschlösschen und Strandschloss, Friedrichshagen.
Gesungen werden folgende Lieder: „Festtag“ von Kurz, „Vorwärts“, „Empor zum Licht“, „Heimkehr“, „Saat und Ernte“ und „Freiheit“.

Provincial-Sängerbund.

Sonntag, den 12. Juli 1903 in Nauener:
Folgende Chorlieder kommen zum Vortrag: „Festtag“ von Wilmann, „Gründerfest“, „Liebeslust“ u. „Empor zum Licht“.
Bereine, welche sich daran beteiligen, haben schnellstens ihre Zusage, bezgl. die Zahl der Säng. an den 2. Kassierer H. Nautebusch, Graudenzerstr. 4, zu melden.
Der Vorstand.

196 Friedrichstrasse 196
nahe der Leipziger Strasse

— Permanente —

AUSSTELLUNG

der Gegenstände, die für

JASMATZI-COUPONS

erhältlich sind.

GEORG A. JASMATZI AKT.-GES.
Grösste deutsche Cigarettenfabrik.

Wilmersdorf, Wilhelmsaue 112, Luisenpark.

Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: **Garten-Konzert.**

Grosses Instrumental-Konzert

ausgeführt von der berühmten Damenkapelle aus Thüringen unter Leitung ihrer Dirigentin Fräulein Hessel. — Anf. 8 Uhr.
Dienstag und Donnerstag: **Frei-Konzert.** Donnerstag: **Frei-Tanz.**
Grosser Ball. Ruf der Hauskapelle mit verstärktem Damen-Orchester. Die Kaffeeküche ist geöffnet.
Zwei neu renovierte Regalbahnen. [14625]

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag im Ratter-Saal: **Tanz.**

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Bei günst. Witterung im Garten.
Neues Programm.
II. a.: **Die drei Sisters Bolini** und **Das neue Dienstmäddchen**.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**

Verlag von Max Richter, Berlin 50, 26.
Soeben erschienen: Preis 1 Mark.
Die Harnleiden, ihre Verhütung, Behandlung u. Beseitigung v.
Dr. med. Schaper, Berlin, Königgrätzstr. 37.
Homöop. Arzt, spec. für Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Hinaus in die Ferne!

ist die Lösung für viele Wünsche, sobald es ihre Zeit erlaubt. Ein Ausflug, ebenso der Besuch eines Theaters gewinnen aber erst an Interesse, wenn man sich dabei eines guten Fernglases bedienen kann. Hervorragend schöne und praktische Modelle, mit nur scharfen Gläsern, bietet in selten großer Auswahl zu billigen Preisen das allbekannte Institut für **Präzisions-Optik** von **Carl Buttendorff,** Berlin N., Weinbergsweg 15b, 6. Laden v. Rosenth. Thor. 16672

Theater-Gläser mit schwarzem Körper, nur scharfe Gläser, von 4,50 RM. an.
do. mit Perimat-Körper, von 7,50 RM. an.
Triumph: Reise-Glas mit Etuis und Riemen 8,00 RM.
Merkur: wie nebenstehende Abbildung mit 2 Gläsern, Kompaß und Etuis mit 8 Riemen 12,00 RM.
Monopol: klein, aber sehr scharf 12,00 RM.
Rapid: große, sehr scharf, 16,00 RM.
Theater: **Extra scharf.**
Rr. I. 18,00, Rr. II. 22,00, Rr. III. 28,00.
Bitte genau auf Firma u. Hausnummer 15b achten.

Otto Grundmann
optisch-mechanischer
Fabrikant, Charlottenburg, Berliner-Strasse 40, 8-9.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, 108/147
Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.**
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4

Elegante Costümrocke

in ganz Wolle; in neuen Fassons;

vorzüglicher Schnitt, tadelloser Sitz, prima Verarbeitung in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten u. Längen stets in grosser Auswahl vorrätig

3,50 Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.

in Damast u. Merveilleux . . . 25 Mk.

Blusen in d. neuest. Fantasiestreifen 1,50 Mk., 2,50 Mk.

Seidenblusen, entzückende Streifen- und Fantasie-Muster, elegante Fassons 5,50, 7,50, 10 Mk.

Eleg. Strassen- u. Gesellschafts-Kleider 20, 25 Mk.

Frühjahrs-Kostüme in Sacco- u. Blusenform in mittelfarbigen neuen Noppé-Stoffen

12 Mk., 15 Mk., 20 Mk.

Frühjahrs-Saccojackets u. Paletots in den neuesten Modellen 10 Mk., 12 Mk., 15 Mk.

Schwarze Kragen, Frauen-Paletots u. Capes

Regenmäntel, Staubmäntel, Gummimäntel, Reformkostüme und Sport-Konfektion, Morgenröcke, Unterröcke, Matinées

Trauerkleider von 20 Mk. auch nach Mass in 24 Stunden. 1068L

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.

Massanfertigung.

Das beste Metall-Putzmittel

ist und bleibt

Amor

Metall-Putz-Glanz

Überall zu haben in Dosen a 10 Pf.

Achtung auf Schutzmarke „Amor“ 9021*

steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschemikers Dr. C. Bischoff

General-Vertreter: Sommer, Colonienstr. 2.

Santa Lucia

Feur. Süsser Kraft Rothwein. FL 150-2MK

Leicht wird aus der schönen Pfingstzeit durch Trinken von Wasser der Magen verdorben, darum sollten die Deutschen von den Völkern des Südens lernen, welche dem Wasser einen Schutz Wein zusetzen, wodurch es verdaulicher wird, den Magen weniger leicht erkaltet und gleichzeitig den Organismus stärkt.

Vergessen Sie daher nicht, Ihre Reiseausrüstung mit Santa Lucia Kraftrothwein zu füllen, zumal der Wein sich in der angegossenen Flasche monatelang hält. Das Wasser ist in jeder Gegend anders, und selbst, wenn es besser und reiner als das zu Hause genossene ist, kann es dem daran nicht gewöhnten Magen gefährlich werden.

Verband der Barbiergehilfen.

In folgenden Geschäften werden nur noch Gehilfen mit der „Kontrollkarte“ beschäftigt. Alle anderen erkennen unsere Organisation nicht mehr an, indem sie unsere Arbeitsnachweise meiden.

- Genossenschaft Voran, Panitzsch 32d.
- Leonhardt, Kreuzstr. 21a.
- Witte, Gropiusstr. 7.
- Wark, Seeburgstr. 8.
- Böhme, Reinsdorfstr. 43a.
- Schmidt, Wiggerstr. 123.
- Lafont, Müllerstr. 168.
- Freihub, Gerichtstr. 49.
- Gorges, Kolbergerstr. 12.
- Voll, Kolbergerstr. 4.
- Krause, Kolbergerstr. 30.
- Wernke, Wiedomstr. 9.
- Wirth, Brannenstr. 90.
- Trott, Putzstr. 41.
- Vinta, Putzstr. 38.
- Dahlke, Kamlitzstr. 34.
- Neumann, Graunstr. 14.
- Keller, Kamlitzstr. 17.
- Schobert, Wollmühlstr. 31.
- Preuzel, Remmendorferstr. 12.
- Hofmann, Zwinnmühlstr. 125.
- Fänge, Wollmühlstr. 28.
- Teufel, Doppel-Allée 9.
- Dannert, Doppel-Allée 23.
- Prochnow, Liebenwalderstr. 30.
- Böke, Bronnheimerstr. 1d.
- Wangelmann, Schliemannstr. 45.
- Pietel, Stargarderstr. 14.
- Gemald, Stargarderstr. 79.
- Gade, Dunderstr. 10.
- Schwarz, Zwinnmühlstr. 69.
- Zier, Fürstenbergerstr. 11.
- Art, Salsingenstr. 7.
- Dreißig, Berlebergerstr. 59.
- Giese, Rothstr. 1.
- Peters, Heusselstr. 8a.
- Christoph, Gommaststr. 12.
- Fischer, Schlegelstr. 17.
- Saldwin, Drogowitzerstr. 10.

Waltersdorfer Schleuse! R. Albrechts Restaurant,

früher Witwe Lehmann. Empfehlung mehr als bekanntes, herrlich am Wald und Wasser gelegenes Lokal den Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen etc. Großer schattiger Garten (1000 Sitzplätze). Großer Tanzsaal. Regelmäßige Schiffe. Große Kaffeehalle. Sommer-Bathungen. Fremdenzimmer.

Seidenstoffe.

Weltbekannt ist unsre 1452L* Schwarze Reinseidene Robe in glatt und gemustert 10 Meter Mark 25,00. Seidenhaus Pauldrach & Ott, II. Geschäft: Oranienstr. 153. I. Geschäft: Rosenthalerstr. 20-21. Man verlange Proben.

Adlershof.

Der meisten Einwohnerschaft von Adlershof und Umgegend zur Nachricht, daß ich das Restaurant Friedenstr. 5 übernommen habe. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. Großer Saal steht Vereinen zur Verfügung. Um geneigten Besuches bittet Karl Noack, Restaurateur. Besten Nordhäuser Alter von 50 J. an, garantiert reines Getreideprodukt. F. Liqueur. [11732* Martin Berndt, Ritter- u. Bräutigam-Gede

Nur noch bis Pfingsten Rest-Verkauf einer echten Plüsch-Teppiche

Pult- u. Bettvorlagen. Pa. Qualität! (kein Axminster) ca. 40 Proz. unter Preis!

J. Selbiger Tischhauwronfunt. Landsbergerstr. 40 Ecke Lehmannstr.

Bis Pfingsten Verkauf zu aussergewöhnlich billigen Preisen!

Nächsten Sonnabend bis abends 10 Uhr geöffnet.

Die schönsten Herren-Monatsgarderobe

Sommer-Paletots, Frühjahrs-Anzüge, Hosen in neu. sowie speziell 1309L* v. Kavaliere zurückgelegte Sachen, wenig getragen, f. jede fig. halt. sind in gr. Ausm. stets zu staunend billigen Preisen zu haben. J. Wand, 1. Geschäft: Prinzenstr. 17. an der Wasserhofstraße. 2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116. an der Andreadstraße. Bequeme Fahrverbindung.

Unsinn ist Viel Geld

für Güte angegeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [10782* Knabenhüte 0,75-3,20. Herrenhüte weiß 1,75-5,25. Hell 2,00-5,25. Cylinderhüte 4,00-12,00. Chapeaux claque 7,00-12,00. Im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert, Gut-Engros-Geschäft, Waldemarstr. 44. pt. Kein Laden.

Raucht Manoli Cigaretten

Weltausstellung Paris 1900 Goldene Medaille.

Überall zu haben. Fabrik Berlin S. 14.

130x300 cm M. 12,30 (bisch. 19,50)
165x230 " " 19,80 (" 33,00)
200x300 " " 30,85 (" 56,00)
250x350 " " 48,50 (" 78,00)
55x120 " " 3,15 (" 5,00)
65x185 " " 4,25 (" 6,75)

soweit der Vorrat reicht. Teppich-Specialhaus Emil Lefèvre Berlin S., Oranienstr. 158. Nach auswärts p. Nachnahme. Katalog 1903 mit circa 600 Illustrationen auf Wunsch gratis u. franco.

Versandhaus Germania, Berlin W., Unter den Linden 21, II fahrrstuhl

Bis Pfingsten täglicher Verkauf

unsrer hocheleganten vorjährigen fertigen Herrengarderoben.

25 bis 40 Mark Herrenanzüge und Sommerpaletots. 9 bis 12 Mark Herrenbeinkleider. Feinste Stoffe. Vornehmster Sitz.

Partei-Nachrichten.

Einen glänzenden Wahlsieg haben unsere hessischen Genossen gelegentlich einer Neuwahl von Landtagswahlmännern in Bieber davongetragen. Das Landtagsmandat unfres Genossen Dr. B. für Offenbach-Land war von der Zweiten hessischen Kammer für ungültig erklärt worden, weil bei der Wahlmännerwahl in Bieber Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein sollten. Es mühte deshalb vom ganzen dortigen Landtags-Wahlkreis in Bieber allein eine Neuwahl der Wahlmänner vorgenommen werden. Da bei der letzten Landtagswahl Genosse Dr. B. im ganzen 32 Wahlmänner für sich hatte, wovon Bieber 6 Wahlmänner stellte, auf den Gegner aber 26 Stimmen bei der Wahlmännerwahl fielen, so hing es von der neu vorgenommenen Urwahl in Bieber ab, ob der sozialdemokratischen Partei der Landtagsfürs für Offenbach-Land erhalten bleiben oder an die Gegner verloren gehen würde. Von beiden Seiten machte man die größten Anstrengungen, um den Sieg zu erringen. Besonders das Centrum verschmähte kein Mittel, um ihn und zu entreißen.

Aber keiner der verachteten Tricks verfiel. Alle unsere sechs Wahlmänner wurden mit erhöhter Stimmenzahl wiedergewählt. Die Gegner brachten es auf etwa zwei Drittel bis drei Viertel unserer Stimmenzahl.

Noch ein Veteran. In Offenbach feierte gestern einer von der alten Garde, Genosse Niklas Peter Koppsta, seinen 60. Geburtstag. Er stand schon in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts als Passagier in den vorderen Reihen und hat unter den schwierigsten Verhältnissen unentwegt die Fahne des Sozialismus hochgehalten. Auch in der Zeit des Sozialistengesetzes und des kleinen Belagerungszustandes hat er unerschrocken seinen Mann gestanden.

Von einer Erbschaft Bebel wußte dieser Tage die Presse zu berichten. Uns war von der Sache nichts Näheres bekannt und wir haben sie deswegen unerwähnt gelassen. Die „Leipziger Volksztg.“ weiß nun über die Sache folgendes zu berichten: Bebel erhielt die Nachricht von der ihm zugehörigen Erbschaft erst vor einigen Tagen zugestellt, begleitet von der in französischer Sprache abgefaßten Willensmeinung des Verstorbenen. Dieser erklärt darin, er legiere 10 000 Franken an Herrn Bebel, nicht weil er einer der Führer der sozialistischen Partei, sondern ein Freund der Wahrheit sei, weil Bebel den Mut habe, alle Zeit zu sagen wie er denkt, so weit ihm dies erlaubt sei und wenn er glaube, daß dieses die Wahrheit sei, weil Bebel mit ihm (den Erblasser) in dem auf die Spitze getriebenen Militarismus das stärkste Hindernis der Entwicklung der Menschheit sehe, das entweder damit endigen werde, das kontinentale Europa zum Ruhen Englands und Nordamerikas zu Grunde zu richten oder zu einem schrecklichen Siege führe, den zu verhüten die Aufgabe jedes Menschenfreundes sein müsse. Im weiteren, führt der Erblasser aus, sei er auch zu dem Legat veranlaßt worden, weil Bebel wiederholt den Mut gehabt, zu erklären, daß das einzige Heilmittel, diese verfahren Situation ins Gleichgewicht zu bringen, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich in Bezug auf Elsass-Lothringen sei, daß wenn diese beiden ersten Kulturnationen des europäischen Kontinents sich verständigt hätten, für beide Länder eine Periode innerer Wohlthat begünne und der Friede der Welt gesichert sei. — Der Erblasser hält es auch für angemessen, in dem Schriftstück zu erklären, daß Bebel von dem Legat keine Kenntnis habe. Das Testament ist am 6. März 1900 aufgestellt, als der Erblasser bereits im 84. Lebensjahre stand.

Totenliste der Partei. Unsere Genossen in Warmen haben einen ihrer treuesten Kämpfer, den Genossen Johannes Krieg, zu Grabe getragen. Biewohl er seit Jahren von einem schweren, schmerzhaften Leiden geplagt wurde, hatte er es sich nicht nehmen lassen, in der vordersten Kampfeslinie zu bleiben. Erst als das Leiden sich so sehr verschlimmerte, daß er das Bett nicht mehr verlassen konnte, legte er seinen Posten als Bezirksführer, den er jahrelang gewissenhaft versehen hat, nieder. Aber nicht allein in der Partei hat er seinen Mann gestellt, auch in der Gewerkschaft, dem Textilarbeiter-Verband, hat er stets seine Pflicht und Schuldigkeit getan. — In Eisenheim bei Frankfurt a. M. starb der Genosse Peter Michael. Selbst der tote Sozialist erschien den Behörden so gefährlich, daß bei der Verdrigung drei Sendarmen und der Ortswacht Posto geschickt hatten. Selbst in den Reihen der Gegner hielt man diese Art der Sozialistenbekämpfung nicht für einwandfrei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Bromberger Urachen aus Anlaß des Bauarbeiter-Ausstandes fanden am Dienstag eine Erörterung vor der — Saurfurter Strafkammer. Die „Thüringer Tribune“ hatte, ebenso wie andere Blätter, eine Kritik von der Sache gebracht und dabei bemerkt, die Polizei habe durch ihr Verhalten die Ausbreitungen provoziert. Der verantwortliche Redakteur des Blattes, Genosse Sommer, hatte sich deshalb wegen Verleumdung der Bromberger Polizei zu verantworten. — Der als Zeuge erscheinende Polizei-Inspektor Bathe aus Bromberg führte aus, daß am

6. März die Zimmerer in den Streik traten, denen am 16. März die Maurer und Bauarbeiter folgten. Zuerst war alles ruhig und erst als am 30. März 6—7 Arbeitswillige kamen, entstand Erregung. Die Arbeitswilligen, die von 4 Beamten von der Bahn geleitet wurden, wurden belästigt und einer so verletzt, daß er das Krankenhaus aufsuchen mußte. Am 1. April sollte wieder ein Transport Italiener kommen. Am gleichen Tage aber hatten auch Truppen Garnisonwechsel vorgenommen, wodurch ein großer Verkehr auf den Straßen war und insbesondere vor dem Bahnhof sich entwickelte. 22 Schulkleute und 12 Nachtbeamte unter der Führung von 3 Kommissaren wurden unter der Oberleitung des Polizei-Inspektors zum Schutze der ankommenden Arbeitswilligen nach dem Bahnhofe beordert. Dortselbst fand sich auch ein Abgeordneter der Streikenden ein, der den Zeugen höflich bat, mit den importierten Arbeitern reden und ihnen die Verhältnisse auseinandersetzen zu dürfen. Der Zeuge verweigerte diese Zwiesprache. Als der Zug mit den Arbeitswilligen in der Mitte des Bahnhofportals verließ, wurde er von den Streikenden mit Steinen und Pfeilen empfangen. Der Polizei-Inspektor hat darauf keine sämtlichen Mannschaften blank ziehen lassen. In der Bahnhofstraße flogen dann einzelne Steine, durch welche Beamte getroffen wurden. Am Elisabethmarkt hat dann der Inspektor die Menge aufgefordert, sich zu entfernen, was mit Steinhagel beantwortet sei. Da habe es den Befehl zum Vorgehen mit der blanken Waffe gegeben, wodurch dann eine Anzahl Verwundungen vorliefen. Auch wurden viele Verhaftungen vorgenommen und eine Anzahl Personen sitzt zur Zeit in Untersuchungshaft, um ihre Prozeßierung zu erwarten. — Das Gericht konnte in dieser Darstellung eine Provolation der Streikenden nicht erblicken und verurteilte den Genossen Sommer zu nur vier Monaten Gefängnis! Der Staatsanwalt hatte gar sechs Monate beantragt!

Dieses Urteil eines bürgerlichen Gerichts zeigt wieder einmal, wie sehr bürgerliche und proletarische Denkwiese sich von einander unterscheiden und wie sehr das Massenurteil über ein und denselben Vorgang auseinandergeht. Ein Polizei-Beamter, doch ein durchaus glaubwürdiger Mann, behauptet ausdrücklich, er habe einem Abgeordneten der Streikenden, der höflich um eine Unterredung mit den importierten Arbeitern bat, diese verweigert. Das Volk urteilt: Diese Verweigerung einer Unterredung war ungeheuerlich; sie wirkte in Verbindung mit dem Massenaufruf von Polizeikräften als eine Provolation der Menge, die man verdammt, ohnmächtig dem Import der Leute zuzusehen, welche ihre Klassenengenossen nicht nur um die Früchte ihrer geschäftlich gestatteten Koalition, sondern auch um die zukünftige Arbeitsgelegenheit bringen sollten. Das bürgerliche Gericht urteilt: Nein, ein solches Verhalten ist keine Provolation, und wer das behauptet, wandert vier Monate ins Gefängnis! — Wie aufreizend wirkt solch ein Urteil, das dem Klassengefühl des Proletariats so widerspricht!

Sociales.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheit hielt am 22. Mai im Bürgercafé des Rathauses eine Sitzung ab, in welcher zunächst Dr. Blaschko über den fränkischen Kongreß berichtete, die Bedeutung desselben im Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten hervorhob und die Mitteilung machte, daß die Gesellschaft nun über 2000 Mitglieder, darunter viele große Städte und andre Körperschaften zähle. Es folgte ein Vortrag des Dr. G. Gutmann über die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten für die Hygiene des Auges. Der Redner legte an der Hand eines großen Zahlenmaterials dar, wie häufig Syphilis und Gonorrhoe gerade dieses edle Organ betreffen, wie oft vollständige Erblindung eintreten und nur durch eine rechtzeitige ärztliche Behandlung dieses Unglück verhütet werden kann. — Lebhafte Diskussion entwickelte sich beim dritten Punkt der Tagesordnung, bei welchem Herr Dr. W. Vecher unter Hinweis auf das durch das neue Krankenversicherungs-Gesetz voranschreitend stark vermehrte Bedürfnis von Betten für Geschlechtskranke empfahl, die Einrichtung der bekanntlich schon seit einigen Jahren praktisch erprobten Erholungsstätten auch für die Verpflegung und Behandlung von Geschlechtskranken zu verwenden. Die Erholungsstätten haben den Vorzug, daß sowohl die Erziehung wie der Betrieb im Verhältnis ungemein wohlfeil ist. Der Bau einer Erholungsstätte kostet, wenn die Dächerische Barade leihweise zu erlangen ist, 4000 M. einschließlich der Einrichtung. Ein Tages-Sanatorium würde eine Wehransgabe insofern verlangen, als dort neben dem üblichen Brausebade, das jede Erholungsstätte hat, noch etwa 1000 M. für eine Badeeinrichtung zu veranschlagen wären. Der Betrieb einer Erholungsstätte deckt sich bei einer Belegung mit 100 bis 120 Kranken insofern des Reingewinnes, der aus dem Milchvertrieb erzielt wird, aus sich selbst. Nach einem Vorschlage ist anzunehmen, daß die für einen materiell günstigen Betrieb erforderliche Zahl von Kranken sich zusammensuchen wird. Die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft möge den Gedanken, ein solches Tages-Sanatorium in der Nähe von Berlin zu begründen, zu eigen machen. — In der Diskussion äußerten Stadtarzt Hoffmann und Gemeinrat Mar-

luse Bedenken gegen den Vecherschen Vorschlag, ersterer mit der Begründung, daß die Behandlung akut venerischer Erkrankungen nur in einem Krankenhaus möglich sei, letzterer unter dem Hinweis darauf, daß bei schlechtem Wetter die Kranken voraussichtlich nicht das Sanatorium aufsuchen würden. Dr. Blaschko meinte, daß der Betrieb dieser Sanatorien auch im Winter fortgeführt werden müsse, da bei der Ueberfüllung der Krankenhäuser gerade dann das Bedürfnis nach Betten für Geschlechtskranke am größten sei. Er schlägt vor, daß die Berliner Ortsgruppe sich mit der Central-Kommission der Krankenkassen Berlins und eventuell mit den Landes-Versicherungsanstalten Berlin und Brandenburg in Verbindung setzen solle. Prof. Vecher bestritt ebenfalls die Begründung derartiger Sanatorien als Rotbehelf, so lange in Berlin die Bettenzahl für Geschlechtskranke noch so unzureichend sei wie jetzt, wo in einer Woche allein aus der Charité 60—70 schwer erkrankte Geschlechtskranke wegen Ueberfüllung abgewiesen werden mußten. (!) Auf Antrag des Herrn Dr. Lemhoff wird der Vorschlag, daß der Vorstand sich mit der Central-Kommission und den Landesversicherungs-Anstalten in Verbindung setzen soll, einstimmig angenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber Kinderweh und Prostitution sprach im Berliner Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse am 25. Mai Fräulein Adele Schreiber. Ausgehend von der Notwendigkeit, den furchtbaren Krebschaden des künstlichen Liebesgenußes aus der Gesellschaft zu entfernen, schilderte die Referentin, wie in unserer Zeit endlich Männer und Frauen aller Stände eifrig die Prostitution bekämpfen, statt sie, wie bisher, zu verschleiern. Man sucht den Grund des Übels nicht einseitig in der zur Unfähigkeit geborenen, gleichsam direkt vorherbestimmten Einzelpersönlichkeit, sondern in der wirtschaftlichen Notlage. Erschwerend tritt für manche Kinder eine angeborene oder anezogene geringere Widerstandsfähigkeit gegen unzüchtige Einwirkungen zu Tage, welche in günstiger Lage überwinden wird, in einem ungeeigneten Milieu jedoch die traurige Folge zeitigt, daß schon im frühen Kindesalter das arme Wesen der Prostitution rettungslos anheimfällt. Hauptursache der Verderbnis sind die Abstumpfung des Schamgefühls und die vorzeitige Erregung der Sinnlichkeit, wie sie in den überfüllten Wohnungen der Armut in allen Großstädten (in Berlin 27 000 Zimmer, in denen 6 und mehr Personen jeden Alters und Geschlechts gemeinsam schlafen) und in all der traurigen Verwahrlosung der Kinder sich darstellt, deren Eltern, von der Not zum Erwerb getrieben, die kleinen Wesen sich selbst überlassen müssen. Schlimmer noch ist die Lage für die Kleinen, die selbst arbeiten als Blumenmädchen, als Hausierer, als Ausläufer usw.

Eine genaue Umfrage bei den 12 000 geschändeten Kindern Londons ergab, daß in vielen Fällen die eignen Verwandten, Väter sogar und Großväter, die Verführer gewesen. Im ganzen sind es ältere Männer, von 50 Jahren bis zum hohen Greisenalter, die sich so schmähvoll an der wehlosen Kindheit vergehen. Mit vertrauenswürdigem Aussehen und dem Versprechen irgend eines Geschenke verlocken sie die armen Kleinen, die sie oft für zeitlebens zu Grunde richten. Die Erzählungen eines frühzeitig verbedrten Kindes reißt manche andre mit sich in den Abgrund, denn die kindliche Neugier will das Erfahrene selbst erleben. Daß in vielen Fällen die Mutter selbst die Supplerin spielt, ist einer der traurigsten Jüge in dieser Lebensgeschichte der Kindheit. Als Heilmittel gegen die sociale Seuche empfiehlt die Referentin vor allem Mäßigkeit im Alkoholgenuß, da nicht nur die meisten Sittlichkeitsverbrechen im Austausch werden, sondern auch die Trunksucht der Eltern geeignet erscheint, die Betanlagung ihrer Kinder aufs ungünstigste zu beeinflussen. Die Kinder von Trincern sind in vielen Fällen epileptisch oder schwachsinzig, und damit zu vorzeitiger Sinnlichkeit beranlagt, die sich bei mangelhafter Erziehung nur zu bald entwickelt. Besserung der Wohnungsverhältnisse, nach der Art der mühselgültigen Häuser der gemeinnützigen Bauvereinschaften in Frankfurt a. M., keine Prügel in der Schule (Rednerin führt Beispiele aus Moser-Schulen an), Kindergärten und Kinderhorte, Behütung der Kleinen vor ungeeigneten Schaustellungen und vor dem schädlichen Aufenthalt im Wirtshaus sind weitere nützliche Maßregeln, wie auch die Fürsorge-Erziehung, welche die Vortragende jedoch nach Art der englischen und amerikanischen Erziehungsanstalten gestalten möchte. Diese bestehen in Einzelhäusern auf einem landwirtschaftlichen Gut mit gemeinsamer Schule; ein Dorf mit Familien von 10—12 Kindern unter Leitung einer Lehrerin. Je früher die Kinder in solch günstige Verhältnisse kommen, je besser für ihre Entwicklung. Die Frage der Anablenliebe wurde gestreift bei Erwähnung des Buches von Periani über Kinderverkauf in Italien. Ueber große Armut veranlaßt viele Eltern, ihre Kinder, meist Knaben, an einen Unternehmer zu verkaufen, der sie ins Ausland führt und in jeder Weise ausbeutet. Dieser Menschenhandel müßte in gleicher Weise wie der Mädchenhandel international bekämpft werden. Den Müttern legte die Vortragende ans Herz, nicht nur den Mädchen in geeigneter Art die notwendige Aufklärung zu geben, sondern auch die Söhne über ihre sittlichen und hygienischen Pflichten zu belehren. Mit einem warmen

und sucht sich derselben, soweit er sie noch betreibt, sobald wie möglich zu entledigen.

Herr Richter hat also offenbar nicht nur nicht das Pulver, sondern ebenso wenig die Eisenbahnen erkunden, mit deren Verstaatlichung Knapp ein Jahr nach seiner Prophezeiung begonnen wurde.

Von den übrigen Flugschriften der damaligen Zeit verdient eine Schrift des Geschichtsprofessors Heinrich v. Treitschke hervorgehoben zu werden. Sie führte den schönen Titel „Der Sozialismus und der Menschermord“, nahm es für selbstverständlich an, daß die Sozialdemokratie an der Schieberei Hödels und Nobilings die Schuld trage, und setzte alle ihre Hoffnung auf die Unterdrückung der Meinungsfreiheit. „Wir wissen sehr wohl“, hieß es darin, „daß in dem politischen Kathacismus der Durchschnittsliberalen mit Rapidarschrift zu lesen steht, „alle Ausnahmefälle sind nutzlos, wie die Geschichte Frankreichs beweist“. ... Doch wir sind literarisch genug, den Treitschkin dieser Geschichtsphilosophen zu bezweifeln.“ Und für die Leiden der Verfolgten entquoll seinem tiefen deutschen Gemüt dieses Bekenntnis:

Möglich immerhin, daß die Sozialdemokraten in der Schule der internationalen Propaganda einige gefährliche Kunstgriffe der Scheinbündelei gelernt haben; die Redzucht ihrer Führer wird doch sicherlich, sobald sie den Ernst der Staatsgewalt fühlt, ihrem heroischen Charakter treu bleiben und unter den wahlverwandten Gemütern der Londoner „Schwefelbände“ einen höheren Unterhalt suchen.

In einem solchen Grade sittlicher Verlosterung hatte die Siegesstimmeln und der bismarckische Nordpatriotismus das Deutsche Vürgerium herabgezerrt. Es liegt eine nicht unbeachtliche Symbolik darin, daß nach der Schlachtung Hödels die Zuschauer des gräßlichen Aktes dem Henter die Hand schüttelten, die jenen franken, verirrten Kopf soeben abgeschlagen hatte. Vor dem Henter kroch das ganze Vürgerium im Staube.

Natürlich fehlte diesem großen Kriegszug gegen den Gedanken auch der Tyräos nicht. Denn Herr Feig Dahn griff in die Seiten und reimte fürchterlich:

Rimmer der Lorbeer, des Delbaums Reiser, Schimen das teure Haupt dem Kaiser! Feilig dem Fremden dies Angesicht — Aber dem Wahn der Deutschen nicht.

er denn auch offenbar die Erläuterung, daß die Sozialdemokratie mit Schuld an der furchtbaren Krise trage, die im Gefolge des Gründer-Schwindsels heringebrochen war:

Der Rückschlag würde nicht so heftig gewesen sein, er würde sich auch nicht von solcher Dauer erwiesen haben, wenn nicht in jenen Schwindselahren es der Sozialdemokratie gelungen wäre, in solchem Maße, wie es geschehen ist, Verwirrung in die Arbeiterverhältnisse zu bringen.

Die Begriffe Kapitalistenklasse und Arbeiterklasse haben sich merkwürdigerweise im Sinne unserer Auffassung ganz allgemein eingebürgert, obwohl sie von Richter schon vor 25 Jahren vernichtet worden sind:

Bei weitem der größte Teil des Kapitals ist im Besitze von Arbeitern, d. h. von solchen, welche zugleich persönlich, sei es geistige oder körperliche Kräfte in wirtschaftlich nutzbringender Tätigkeit aufwenden. An dem angeblichem Monopol der Kapitalistenklasse (die schnippsigen Gänsefüßchen stehen auch im Original) nimmt sofort jeder Teil, der etwas mehr arbeitet, als er für seine nächsten Lebensbedürfnisse braucht.

Herr Richter hat zwar die Ausnahmegeetze bekämpfen müssen, aber: alles verstehen (und Herr Richter verstand alles) heißt alles verzeihen. So findet er:

Ein Wunder ist es freilich nicht, daß gegenüber dem Auf der Sozialdemokratie nach Staatshilfe für einseitige Klasseninteressen nun auch die Gegeninteressen lebendig werden und die Staatsmacht aufzubieten suchen zur Reglung der Arbeiter.

Herr Richter „verstand“ also das Sozialistengesetz beinahe ebenso gut wie die Erdrosselung der Geschäftsordnung und den Antrag Kardorff.

Damit könnten wir füglich von Herrn Eugen Richter für diesmal Abschied nehmen. Seine Zustandsphantasien und „Zeilungs“-Berechnungen kam man auch in seinen späteren Meisterwerken gewöhnen. Bloß weil er sich über die Prophezeiungen anderer Leute zu gerne lustig macht, soll daran erinnert werden, wie glänzend sich sein eigener Seherblick bewährte. Um nämlich zu beweisen, daß der Staat auf wirtschaftlichem Gebiete mit der Privatinitiative den Wettkampf nicht aufnehmen könnte, erklärt er in dem Kapitel „Die Post“, angeblich eine sozialdemokratische „Musteranstalt“, folgendes:

Auch hat der Staat von den früheren Betriebsweigen der Post die Personenbeförderung nahezu ganz aufgegeben

Reichstagswahlen vor fünf und zwanzig Jahren.

II.

Bald folgten Regierung und Parteien mit ihren Wahlausrufen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie — sei es mit oder ohne Ausnahmegeetze — bildete ihren Hauptinhalt.

Zugleich lag ein Schwarm feindsüchtiger Professore auf. Ein Herr Hefnerich in Duisburg bewies, daß die Sozialdemokratie die eigentliche Ausbeuterin der Arbeiter sei. Andre machten sich daran, den Zusammenhang der Sozialdemokratie mit den Attentaten zu beweisen, oder auf andre Weise die Sozialdemokratie „kritisch zu überwinden“.

Sie hat auch das überstanden. Damals erschien auch das Urbild des Sozialistenpiegels: „Die Sozialdemokraten, was sie wollen und wie sie wirken, vom Abgeordneten Eugen Richter“. Mit einer gewissen Behmut nimmt man heute diese arg vergifteten Blätter in die Hand. Denn die Unwissenheit und Dummheit des großen Volktribunen hatten damals noch einen gewissen Zug ins Erhabene. Sie war einfach schön zu nennen, wie alles Volkommene in seiner Art schön ist.

Von Lassalle hieß es: Er spekulierte auf die schlechten Leidenschaften im Menschen, den Reiz, die Eifersucht, den Hang zu bequemem Erwerb und zur Gemüthsucht. Einer darauf berechneten Demagogie wurde ein historisch-philosophisches Mantelchen umgehängt verflucht.

Von gleicher Gelehrsamkeit zeugt die tiefinnige Kritik, die Herr Richter Marx und seinem „Kapital“ angedeihen ließ:

Wozu so viel Aufhebens über diese angeblich sozialistische Bibel? Daß, so lange die Menschen unvollkommen sind, auch die kapitalistische Produktion ihre Schattenseiten hat, braucht nicht erst bewiesen zu werden.

Herr Richter, der führende Politiker des Bürgertums, wußte also vor 25 Jahren von den wissenschaftlichen Grundlagen der sozialistischen Bewegung noch etwas weniger als eine Kuh von der chinesischen Grammatik. Und obgleich er diese Lücke seiner Hochbildung seitdem noch nicht ausgefüllt hat, ist es ihm immer noch vergönnt, in der bürgerlichen Gesellschaft als Gelegenheitsmacher für den Brotwunder und — Spezialist für Sozialistenverleumdung eine gewisse Rolle zu spielen. Seiner profunden Menschenkenntnis verdankt

Kurzfassung an alle Wohlgesinnten, die einzelnen Hilfsmittel nicht deshalb zu veräußern, weil unter der bestehenden Wirtschaftsverordnung eine durchgreifende Besserung leider nicht zu erhoffen sei, schloß der interessante Vortrag unter allgemeinem Beifall.

Vor Schluß der Versammlung teilte die Vorsitzende mit, daß der Verein am dritten Pfingstfesttag einen Ausflug nach Schönholz veranstaltet; sie hat sich recht zahlreich um 3 Uhr bei Schiller einzufinden. Die nächste Vereinsversammlung findet am 22. Juni statt.

Der socialdemokratische Wahlverein der Frauen und Mädchen Berlins und Umgegend hielt am 26. Mai im „Alten Schützenhaus“ eine Versammlung ab. An Stelle der erkrankten Genossin **Therese** hielt Genossin **Martha Tietz** einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Frauen-Stimmrecht, über den wir ausführlich einer andern Versammlung bereits ausführlicher berichtet haben. Genossin **O. Waader** verlas den an sie gelangten Brief eines anonymen sogenannten „Gebildeten“, der die Frauen an den Kochtopf binden will, und ließ es an Spott über das rückständige männliche Individuum, das oben drein zu feige sei, seinen Namen zu nennen, nicht fehlen. Unter Hinweis auf den Hohlwunder und die Gefahren, die den wenigen Vollstreckten drohen, führte sie aus, die Frauen hätten an dem Ausgange der diesjährigen Wahl ein solches Interesse, wie noch bei keiner Wahl zuvor. Sorge man dafür, daß der Frauen-Wahlverein immer größer werde und der Sauerbrunn der Frauenanführung auch noch nach der Wahl und der dann notwendigen Auflösung des Vereins kräftiglich weiter wirken könne. Und hätten die Frauen auch noch nicht das Wahlrecht, so wären sie doch verpflichtet zu wählen im Sinne der Socialdemokratie. Die Versammlung stimmte dem lebhaft zu. — Genossin **Liepmann** sprach den Frauen den Dank der Parteigenossen, namentlich der des fünften Wahlkreises dafür aus, daß sie ebenfalls in den Wahlkampf traten. Nachdem er die Antisemiten und Freisinnigen in ihrer Rückständigkeit auf dem socialpolitischen Gebiete und dem Gebiete der Frauenrechte gekennzeichnet hatte, schloß er mit dem Mahnruf an die Frauen, auch im fünften Wahlkreise die kurze Spanne Zeit bis zum 16. Juni auszunutzen und tadelnd mitzuwirken, daß der reaktionären freisinnigen Vertretung im Kreise ein Ende gemacht werde und der socialdemokratische Kandidat **Robert Schmidt** den Sieg davontrage. (Lebhafte Beifall.) — Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie trennte man sich.

Steglich. Eine Frauenversammlung, einberufen von dem Frauen-Wahlverein unseres Kreises, tagte am Mittwochsabend im „Gambrium“. Genossin **Dr. Albert** hatte das Referat übernommen. Er führte aus, wie durch die kapitalistische Produktion in immer steigendem Maße die Frau in den Dienst der Industrie gezogen und dadurch ihrem früheren Beruf als Leiterin des Haushalts und Erzieherin der Kinder entzogen wird. Daraus ergibt sich aber auch die Notwendigkeit für die Frau, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen und dahin zu streben, mit der Zeit die gleichen politischen Rechte zu erlangen, wie die männlichen Arbeitsgenossen sie besitzen. Die bevorstehende Reichstagswahl bietet Gelegenheit, in diesem Sinne zu wirken durch thätigste Agitation für die Kandidaten der Socialdemokratie, denn nur einig und allein diese Partei vertrete neben den Interessen der arbeitenden Massen auch die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts. Der Vortragende wies noch darauf hin, wie gerade die Frau als Finanzminister der Familie besonders an der in Aussicht stehenden Verteuerung der Lebens- und Genussmittel durch Hölle interessiert sei, und forderte deshalb zu reger Mitarbeit auf, um durch diese am 16. Juni der Socialdemokratie zum Siege zu verhelfen, der Gegnerin aller indirekten Steuern und Hölle auf Lebensmittel.

Treptow-Baumhäuserweg. Am 25. d. M. fand in Adersmanns Besitz eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Genossin **Martha Tietz** über: „Frauen-Stimmrecht und die Pflichten der Frauen im bevorstehenden Reichstagswahlkampf“ referierte.

Nach dem Vortrage, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde, hielt Frau **Bäumler** eine warm empfundene Ansprache an die anwesenden Frauen. Genossin **Fuchs** empfahl den Frauen, die Klatschpresse, welche noch in so vielen Familien gelesen wird, abzuschaffen und dafür die Parteipresse zu halten. Ebenso empfahl Genossin **Miele** den Frauen, die „Gleichheit“ zu lesen. Eine eingelaufene Resolution, welche im Sinne des Referats gehalten war, wurde einstimmig angenommen. — Mit welchen Mitteln die Gegner hier die Frauenbewegung zu hemmen suchen, lehrt eine Postkarte, welche der Versammlungseinberuferin anonym zugeht und in welcher „mehrere Baumhäuserwege Ehemänner“ ihr empfehlen, auf die Tagesordnung als 4. Punkt zu setzen: „Wie stellen sich die Genossinnen zur Kochkunst?“ Frau **Tietz**, welche das Wort nahm, meinte, die Schreiber der Karte scheinen zu den Parteien zu gehören, welche allerdings das Kochen für die Proletarierinnen zur „Kunst“ machen. Wenn die Genossinnen genug zum Kochen haben, so stünden sie sich zur Kochkunst recht gut. Zum Schluß rief Genossin **Gramenz** den Versammelten, die am 26. d. M. stattfindende liberale Versammlung nicht zu besuchen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Metallarbeiter bei der Firma Wehlich. Herr **Gleichauf**, Generalsekretär des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter, sendet uns einen Bericht über die Verhandlungen, in denen der Streik beschlossen wurde. Herr **Gleichauf** wünscht, daß wir seinen Bericht abdrucken, „um in einer Streitfrage

Laßt ihr verbündeten Brüder das Janke!
Führt ihr den Boden des Hauses nicht wanken?
Tretet sie aus die aufzüngelnden Flammen —
Krachend sonst brechen die Balken zusammen.

Aber prompt antwortete das Leipziger Centralorgan der Partei der „Vorwärts“ in Hinweis auf Dahns historische Nordromane:

Felix Dahn hat alles beschreiben,
Wie es die Ahnen, die Edlen, getrieben.
Wie sich Graf und Herzog morden,
Ist die Welt nicht schlechter worden?

Wie es aber die Brüder trieben, beweist folgender Notruf, den der „Vorwärts“ am 28. Juni veröffentlichte:

An die Arbeiter! Angesichts der niederen Bedrohungen der Arbeitgeber, angesichts der Maßregeln, welche den Arbeitern ihre Ueberzeugung rauben sollen, erheben wir unsere Besinnungsgenossen nochmals, alles zu versprechen, ja selbst auf Ehrenwort zu versprechen und zu unterschreiben, was die Nachhader von ihnen fordern. Wie ein durch die Folter erzwungener Eid nichtig war und von jedem ehrenhaften Priester gelöst worden ist, so ist ein durch die Hungerfolter ausgepreßtes Ehrenwort gleichfalls null und nichtig. — deshalb, Arbeiter, gebt Euer Ehrenwort, gebt Eure Unterschrift ab, um das Ehrenwort zu brechen, um die Unterschrift zu verweigern. Eure Bedränger wollen keine christlichen offenen Arbeiter haben, heuchelt ihnen deshalb ins Gesicht hinein und bleib auch Eurer Sache, bleib der socialdemokratischen Fahne getreu. Leistet Eure Unterstützungen heimlich, da Ihr es nicht öffentlich dürft. Eure Verfolger haben Euch in die Acht erklärt, Eure Antwort erteilt am 30. Juli bei den Reichstags-Wahlen.

Parteigenossen! Laßt Euch nicht provocieren! Man will schießen. Die Reaktion braucht Kravall, um das Spiel zu gewinnen.

Die Verfolgung der Socialdemokratie während der Wahlzeit, die sich sogar bis auf den Raub von Wahlgeldern erstreckte, wurde von allen Parteien laut oder stillschweigend gebilligt. So konnte die konterparative Partei nach den Wahlen schreiben:

beide Teile zum Wort kommen zu lassen“. Diesen Wunsch können wir schon mit Rücksicht auf den Namen unseres Blattes nicht erfüllen. Im übrigen deutet sich die Darstellung des Herrn **Gleichauf**, soweit sie den Kern der Sache betrifft, mit dem, was wir über die Angelegenheit veröffentlicht haben. Wenn Herr **Gleichauf** die zwischen ihm und dem Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes aus Anlaß des Streiks bei Wehlich gepflogene Diskussion als eine principielle Auseinandersetzung zwischen den beiden Organisationen kennzeichnet, so ist das eine gewaltige Uebertreibung. Die Meinungsverschiedenheit zwischen **Cohen** und **Gleichauf** — das geht auch aus dem Bericht des letzteren hervor — dreht sich nur um die Frage: Sollen die Arbeiter streiken, um vom 1. Juni ab den Reinstundentag zu bekommen oder wollen sie abwarten, ob die Fabrikleitung ihre Zusage, den Reinstundentag am 1. Oktober einzuführen, erfüllt. — Herr **Gleichauf** ist im Vertrauen auf die Zusage der Fabrikleitung für das Abwarten, während die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes der Zusage mit Mißtrauen gegenübersteht und überzeugt ist, daß die Arbeiter durch einen Streik schneller und sicherer zum Ziele kommen. Wir sind überzeugt, daß die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes nicht zum Streik raten wird wegen einer Forderung, von der sie weiß, daß dieselbe in nicht zu ferner Zeit ohne Streik bewilligt wird. Wir nehmen also an, daß die Leitung des Metallarbeiter-Verbandes gute Gründe haben wird, wenn sie dem Versprechen der Fabrikleitung nicht traut. Es handelt sich also bei dem Streik nicht um eine principielle, sondern lediglich um eine taktische Frage. Welche von beiden Seiten die Sachlage richtig beurteilt hat, das wird ja der Verlauf des Streiks zeigen. Darüber mit Herrn **Gleichauf** zu diskutieren ist jetzt wirklich nicht angebracht. Die Arbeiter der Wehlich'schen Fabrik — gegen 500 — haben den Streik beschlossen, nur die etwa 20 Hirsch-Dunderschen, die auch zuerst mitgestreikt haben, ließen sich durch ihren Führer **Gleichauf** bestimmen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie haben gegen den Beschluß der überwiegenden Mehrheit gehandelt, sie sind also zu Streikbrechern geworden und zwar auf Veranlassung des Herrn **Gleichauf**. Dieser Herr hat auch in seiner Eigenschaft als Führer einer Arbeiter-Organisation weitere Streikbrecher in den Betrieb geschickt. Diese schmachvolle Handlung wird dadurch nicht besser, daß Herr **Gleichauf** den Streik selbst nicht billigt. Schließlich ist ja jeder „Arbeitswillige“ ein Gegner des Streiks, den er durch seinen Dienst zu hintertreiben sucht. Herr **Gleichauf** mag angehts seines schmachwürdigen Treibens das Bedürfnis fühlen, den Vorwurf, er begünstige planmäßig den Streikbruch, von sich abzuwälzen. Das Brandmal der Schande, welches er sich durch Zuweisung von Streikbrechern an die Wehlich'sche Fabrik aufgedrückt hat, wird er nicht wieder loskommen. Komisch erscheint es, wenn Herr **Gleichauf** die Abstimmung über den Streik als eine Schiedung **Cohen's** hinstellen will. Die Abstimmung über die Frage: „Wer dafür ist, daß die neunstündige Arbeitszeit am 1. Juni eingeführt wird“, soll nach **Gleichauf's** Meinung nicht unbedingt als eine Zustimmung zum Streik aufgefaßt werden können. Das heißt doch den betreffenden Arbeitern ein Zeugnis hochgradiger Dummheit ausstellen. Nachdem ausführlich davon gesprochen worden ist, daß man durch einen Streik die Einführung des Reinstundentages zum 1. Juni erlangen könne, soll die Fragestellung nicht verstanden worden sein. Gegen diese Annahme spricht doch die Thatsache, daß die Arbeiter tatsächlich am andern Tage die Arbeit niedergelegt haben einschließlich der Hirsch-Dunderschen, die ja, erst dem Druck des Generalrats folgend, die Arbeit wieder aufnahmen. Uebrigens hat ja die zweite Versammlung ausdrücklich bestätigt, daß die Abstimmung, welche Herr **Gleichauf** als Schiedung bezeichnet, ein Streikbeschluß war. Daran ändert die Darstellung des Herrn **Gleichauf** nichts.

Der Verband der Barbier- und Friseurgeschiften macht auf das Inserat in der heutigen Nummer aufmerksam und ersucht die Arbeiter Berlins, nur solche Barbiergeschäfte in Anspruch zu nehmen, welche die Forderungen der organisierten Geschiften anerkennen. Als Ausweis dafür dient die gelbe Kontrollkarte für 1903, auf der die erste Mittwoch abgestempelt sein muß. Es wird ersucht, überall nach dieser Kontrollkarte zu fragen; wo die Geschiften nicht im Besitz einer solchen sind, sind auch die Forderungen der Organisation nicht anerkannt.

Deutsches Reich.

Der Aussperrung im Bremer Baugewerbe, von der bis jetzt die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter betroffen sind, sollen sich, wie es heißt, auch die Maler, Dachbedeker, Schlosser, Glaser- und Tischlermeister anzuschließen bereit sein. Ausgeführt ist diese Aussperrung noch nicht. — Einen Vorschlag zum Frieden, der für die Unternehmer sehr beherzigenswert ist, macht in der „Beier-Zeitung“ der frühere Vorsitzende des Bremer Gewerbegerichts, Herr **Richter Dr. Vendermann**. Nach einer Erörterung der Hauptforderung der Klempner, derenwillen er eine Verhandlung vor dem Einigungsamt sehr wohl für angänglich hält, geht sein Rat dahin, daß die Maurer- und Zimmermeister ihre Kollegen, die Klempnermeister veranlassen, das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzugehen. Ich meine, schließt Herr **Richter Vendermann**, daß Bremens Bürger ein Recht haben, von den Klempnermeistern zu verlangen, daß sie wenigstens den Versuch machen, vor dem Einigungsamt eine Einigung zu erzielen. Dem der Stillstand des gesamten Baugewerbes bringt mit jedem Tage seiner Dauer zunehmend unserer gesamten Bevölkerung große Verlegenheiten und Schäden.

Wenn die Unternehmer, an welche sich dieser Vorschlag wendet, vernünftigen Vorstellungen zugänglich gewesen wären, dann würde der Klempnerstreik und damit der Wortwand zur Aussperrung wohl längst beendet sein.

Nirgends ist die Wahlbeeinflussung so stark ausgeübt worden, wie in Berlin, wo bekanntlich die Socialdemokraten, welche zu bekämpfen, und zwar mit geistigen Mitteln zu bekämpfen die Fortschrittspartei vorgiebt, in jeder denkbaren Weise durch die Behörden verhindert wurden, ihre Agitation wenigstens in der Öffentlichkeit zu betreiben. Während die fortschrittlichen Redeprediger von Lokal zu Lokal zogen, um dieselbe agitatorische Rede zu wiederholen, war es den Socialdemokraten unmöglich, ein Lokal zu finden. Während die Fortschrittspartei lägenstrogende Flugblätter verbreitete, wurden die nicht viel schlummrten der Socialdemokratie konfidiert, ja manchmal sogar die Verbreiter derselben verhaftet. Die Fortschrittspartei hat sich diese Hilfe mit Wohlbehagen gefallen lassen, und wir haben in allen ihren Aufzügen auch nicht ein Wort darüber gefunden, daß sie das Einschreiten der Behörde mißbilligte oder sich irgendwie bloß eingestanden hätte, wie sie die Intervention der Möglichkeit ihrer Ueberhebungen über die gemäßigten Parteien verdankt.

Diese Verneinung einer unverdächtigen Zeugin ist nur insofern unrichtig, als die Unterdrückung der Socialdemokratie, wie in Berlin so auch im übrigen Deutschland gleichmäßig geübt wurde.

War so auch die Bilanz gegenüber der roten Revolution von Richter bis Kardorff geschlossen, so gab es trotzdem in ihren Reihen in anderer Beziehung der Meinungen zu viel. Ganz allmählich begann der erste Wutausbruch zu versiegen, und man begann einzusehen, daß hier nicht nur über den Zukunftsstaat, sondern über wichtige Fragen des gegenwärtigen Staates entschieden werden sollte. Das Tabakmonopol und der agrarische Zollschutz, die Zurückdrängung des Bürgerturns und die Volkswirtschaft des Junker- und Pfaffenregiments standen im Hintergrunde der Dinge. Daß dem Bürgerturn solche Erkenntnis nur für Augenblicke über die Schwelle des Bewußtseins stieg, hat ihm selbst den größten Schaden gebracht. Diecknecht hatte ganz recht, wenn er im „Vorwärts“ schrieb, das Kämmerl-Revolverden Höfels und die Schrapnell-Robillings hätten einen toten Mann lebendig geschossen, den Fürsten Bismarck. Dieser fand nun Kraft genug, dem Bürgerturn vollends das Rückgrat zu brechen, der Arbeiterchaft hat er nichts anzuhaken vermocht.

Verichtigung. In Nr. I dieses Artikels (Nr. 120 d. Bl.) ist in der zweiten Spalte dritter Absatz erste Zeile statt „harmlose“ „fatale“, in der vierten Spalte vierter Absatz zehnte Zeile statt „hochantische“ „fortschrittliche“ zu lesen.

Zur Aussperrung der Bauarbeiter in Dresden bringt die

„Sächsische Arbeiterzeitung“ den nachstehenden Situationsbericht: Unsere Baumeister sind die lauteften Schreier für den Schuß der nationalen Arbeit. Die Dresdener hochpatriotischen Bauunternehmer aber haben die deutschen Bauhandwerker aufs Pfaster geworfen und versuchen aus Böhmen, Italien usw. Arbeitskräfte zu holen. Die deutschen Behörden, die peinlichst aufpassen, daß nicht ein Raib Brot über die deutsche Grenze kommt, sind höchst zuvorkommend, den Dresdener Unternehmern ihre Reusenwaren auf die Arbeitsplätze bringen zu helfen. Auf den Staatsbauten, z. B. Ständehaus, sollen sogar nur böhmische Maurer und Zimmerer eingestellt werden. Heute nacht kam eine Ladung von 125 Mann aus Prag. Die Wagon wurden nach Neustadt übergeführt. Unsere Posten konnten sich bald mit ihnen verständigen. Auf den Krebschen Neubau, Wisenstraße, wurde der ganze Trupp hingeführt, von wo aus die Verteilung an Geiger und Kirken usw. erfolgen sollte. Um 11 Uhr hatten die Unternehmer noch niemand. Im Volkshause waren desto mehr. Mit dem nächsten Zuge geht es zurück nach Prag. Die noch Zurückbleibenden werden den andern bald folgen. Den Dresdener Unternehmern kostet diese Jahre 500 bis 600 M. ohne Speise. Die Gesichter kann sich jeder selbst ausmalen, die die Herren vom Arbeitgeberverband mit samt ihren Agenten machen, als ein Trupp nach dem andern zu uns über-schwenkte. Als Kirken's Kauderwelsch über die Marienbrücke kamen und nach der Ragdeburgerstraße einbiegen sollten, schwenkten sie alle 30 Mann nach dem Volkshause ab. Die Herren standen wie begoffene Pudel da.

Die Aussperrung der Röhner Maurer und Putzer, die von der Unternehmerorganisation mit soviel Geräusch angeklagt wurde, nimmt sich in der Wirklichkeit ziemlich harmlos aus. Der freikundige Berg hat ein winzig Mäuslein geboren: Von den 58 Unternehmern, die die Forderungen der Putzer und Röhner bestätigt hatten, sind 16 kontraktbrüchig und haben ihre Unterschrift zurückgezogen, weshalb 90 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, wovon 34 wieder anderweitig untergebracht wurden. Die Zahl der Ausständigen beläuft sich auf etwas über hundert.

Der Tischlerstreik in Plauen währt bereits drei Wochen. Die Lage des Streiks ist außerordentlich günstig, da der Zuzug ausbleibt und die Streikarbeit in allen Dingen, wo es bekannt wird, verweigert wird. In sechs Werkstätten mit 29 Tischlern wird jetzt zu den neuen Bedingungen gearbeitet. Von den 191 Tischlern, welche in den Streik getreten sind, ist einer zum Streikbrecher geworden. Abgereist sind ca. 70 Kollegen, am Ort verbleiben noch 114. Von diesen wird ungefähr 1/3 noch im Laufe dieser Woche abreisen. Die Arbeitgeber sind bemüht, selbst aus Böhmen Arbeitswillige heranzuziehen. Die Arbeitgeber werden aber schließlich nachgeben müssen, wenn der Zuzug ausbleibt.

Der Jahresbericht des Bergarbeiter-Verbandes.

den der Vorstand dem zu Pfingsten in Jwidau stattfindenden Verbandstage vorlegt, erstreckt sich auf das Jahr 1902. Nach einem Ueberblick über die allgemeine wirtschaftliche Lage sagt der Bericht: Ein schweres Krisenjahr haben die Arbeiter hinter sich. In der ersten Hälfte des Jahres war ihre Lage geradezu trostlos. Feiertage wurden eingelegt, zeitweilig wurde in einigen Revieren nur an 4 Tagen in der Woche gearbeitet, im Ruhrgebiet gab es auf vielen Schächten nur 18—20 Schichten im Monat. Außerordentlich flau war es auch im mitteldeutschen Braunkohlengebiet. Eine so elende Zeit haben die Bergarbeiter seit 1873 nicht wieder erlebt. Neben den Feiertagen und sonstigen Betriebs Einschränkungen gingen Arbeiterentlassungen einher, die besonders umfangreich waren in den Braunkohlengebieten der Provinzen Sachsen und Brandenburg. Im zweiten Viertel 1901 waren in Oberbergamts-Bezirk Halle 38 116 Braunkohlens-Bergleute beschäftigt, ein Jahr später beinahe 4000 weniger! Verhältnismäßig noch stärker sank die Belegschaft im rheinischen Braunkohlens-Bezirk, nämlich von 7417 auf 4957! Im schlesischen Steinkohlens-Bergbau verminderte sich in der Mitte des Jahres 1902 die Belegschaft um etwa 3500 Köpfe; im Ruhrgebiet trat bis zum zweiten Quartal eine Belegschaftszunahme von rund 8000 Mann ein. Stabil blieb die Belegschaft oder nahm sogar zu im Saar- und Wunnegebiet und in Bayern; im Königreich Sachsen scheint auch kein Rückgang eingetreten zu sein.

Die Löhne der Bergarbeiter sind schon im Jahre 1901 erheblich geringer gewesen wie 1900. Im Jahre 1902 wurden sie noch tiefer herabgedrückt. Aus den bisher vorliegenden amtlichen Lohnstatistiken, auf die sich der Bericht stützt, geht hervor, daß das Einkommen der Bergarbeiter in den hauptsächlichsten Bezirken so stark herabgedrückt ist, daß der Bergmann heut nicht mehr bekommt, wie vor vier Jahren.

Die überaus schlechte Lage begünstigte begreiflicherweise das Vorgehen der Grubenbesitzer gegen die Arbeiterorganisation. Maßregelungen der für den Verband thätigen Mitglieder wurden fast in allen Revieren vorgenommen. Allen voran gingen die Unternehmer in Sachsen und in der Lausitz. Der Erfolg, den der Bergarbeiter-Verband bei den Anknappungswahlen in Sachsen und bei den Berg-Gewerbegerichtswahlen im Ruhrrevier hatte, zog ebenfalls eine große Zahl von Maßregelungen nach sich. Infolgedessen stiegen die Unterstützungen, die der Verband an Gemahregelte zahlte, gegen das Vorjahr um 6008 M. Im ganzen wurden 16 404 M. für Gemahregelte ausgegeben.

Die Entwicklung des Verbandes ist trotz der schweren Krise und trotz des Lohnrückganges eine über Erwarten gute. Kamenlich sind im Ruhrrevier geradezu glänzende Fortschritte zu verzeichnen. Auch in Sachsen ging es wieder vorwärts. Unter den Braunkohlens-Revieren hat das Lausitzer Gebiet die besten Erfolge gehabt. Nieder-schlesien hat sich nur wenig gehoben. Ober-schlesien ging leider wieder etwas zurück und Bayern hielt sich auf der alten Höhe. — Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg im Berichtsjahre von 38 042 auf 48 278. Im laufenden Geschäftsjahre ist ein weiterer Fortschritt der Mitgliederzahl zu verzeichnen, so daß die Zahl von 50 000 bereits überschritten ist. — Das Verbandsorgan, die „Deutsche Bergarbeiter-Zeitung“, hat eine Auflage von mehr als 56 000, sie hat seit Jahresfrist um über 16 000 zugenommen.

Auch die Löhneverhältnisse sind sehr günstig. Während das Jahr 1901 eine Gesamteinnahme von 323 256 M. hatte, brachte das Jahr 1902 eine solche von 462 591 M., worunter sich der Bestand vom 1. Januar 1902 in Höhe von 130 288 M. befindet. Das Barvermögen betrug am Jahresabschluss 226 195 M. — Von den Ausgaben sind hervorzuheben: Sterbegeld 21 865 M., Rechtschutz 14 816 M., Streikunterstützung (einschließlich der für die Streiks in Frankreich und Amerika) 11 525 M., Gemahregelten-Unterstützung 16 404 M., Agitation 9048 M. usw.

Bekanntlich hat der Bergarbeiter-Verband mehr wie manche andre Organisation gegen die christliche Gewerkschaft zu kämpfen, die ihm in der Person ihres Führers Brust einen erbitterten Feind entgegenstellt. Der christliche Gewerkschaft soll angeblich 40 000 Mitglieder zählen. Er hat im vergangenen Jahre nur um 132 Mitglieder zugenommen, andererseits sind aber Hunderte seiner Mitglieder in den Bergarbeiter-Verband übergetreten und noch fortgesetzt nimmt der Verband Uebertretende auf, die dem christlichen Führer Brust den Rücken kehren.

Der Bergarbeiter-Verband blickt zurück auf ein Jahr des Fortschritts seiner Entwicklung, und bei der rührigen Thätigkeit seiner Leitung ist anzunehmen, daß auch das laufende Jahr eine weitere Fortwärtsentwicklung bringen wird.

Ausland.

Aus Philadelphia berichtet „Wolffs Bureau“: Die Fabrikanten der Textilbranche lehnten die Forderung der Arbeiter nach einer Arbeitswoche von 55 Stunden ab. Infolgedessen erwartet man für Montag den Ausstoß von 100 000 Mann.

Achtung! Wähler des vierten Kreises. Achtung!

Heute, Donnerstag, den 28. Mai, abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

im Lokal „Zur Drachenburg“, vor dem Schleifischen Thor 1-2.

Tagesordnung: 1. Die Glenden und ihre Gegner bei den Reichstagswahlen. Referent Genosse Waldemar Manasse. 2. Disjunktion. Die Gegner sind hiermit freundlichst eingeladen.

Der Einberufer.

4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (S.-O.)

Sonntag, den 31. Mai (1. Pfingstfeiertag):

Grosses Früh-Konzert

arrangiert von den

Parteigenossen des 4. Wahlkreises (Süd-Ost)

in folgenden Lokalen in Treptow:

Karl Joel („Victoria-Garten“), Köpenicker Landstraße Nr. 21/22, Karl Ludwig („Park-Restaurant“), Köpenicker Landstraße 25/26.

Anfang 4 Uhr. — Eintrittspreis 20 Pf. — Kaffeekochen: 1 Liter 60 Pfennig, 1/2 Liter 35 Pfennig.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Komitee.

Restaurant Rieck-Werder

am Stakensee
Waltersdorfer Schleuse, Werderstr. 37,
empfiehlt sich Vereinen und Familien um angenehmen Aufenthalt.
Schöner schattiger Garten. Großer Tanzsaal.
Reichhaltige Speisekarte zu jeder Tageszeit. Civile Preise.
Gute Küche. Diverse Biere und Weine.
Große und kleine Sommerwohnungen zu vermieten.
16506
Gustav Rieck.

Wo machen wir unsern Ausflug hin?

E. Dörings Restaurant,
Joersfelde—Tegelort bei Tegel.

Direkt an der Havel und am Walde.
Circa 1000 Personen fassend. Den Berliner Parteigenossen und Ausflüglern bestens empfohlen.

Vereinen bei vorheriger Anmeldung Ermässigung der Preise.

Telephonanschluß Amt Tegel Nr. 21. 13155

Kasenheide. **NEUE WELT** Kasenheide.
Sonntag, den 31. Mai (1. Feiertag), im grossen neuerbauten Saale:
GROSSE MATINEE
ausgeführt von den Männer-Gesangvereinen 65/14
aus Dresden, M. d. A.-S.-B. Dresden u. Umg.
Dirigent: Tonkünstler Herr E. Kirsch. Gewähltes Programm!
„Siederhalle“ Dirigent: Herr Musik- Biletts a 25 Pf.
„Norddeutsche Schleife“, Direktor H. Bleil. Das Komitee.
Eröffnung vormittags 11 Uhr. Programme mit Liedertexten am Eingang.
Hierzu ladet freundlichst ein

Vornehme
Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
berühmt gegen Krankheit zu
billigen Prämien. Näheres
Müller, Friedrichstr. 207, III.
Vertreter gesucht. 14922*

Land 2 Mark, feldweiser
Berort. Wochen-
Abzahlung Par-
zelle 60 qm.
300 Mark, nur mündlich, verkauft
Hinsche, Wilhelmstr. 4. 10132*

Verfallene Pfänder! Zum Fest
Goldschmiede Brillanten jeder Art,
gold. u. silb. Uhren, Ketten, Ringe,
fauler u. schön, werb. spottig, verk. Alles
Gold, Silber u. gel. u. in zahl. gen. in
Pfandl. Geizgenstr. 28, I, Ecke Ritterstr.

Alle Wanzen

werden nicht durch mein Mittel
vollständig vertilgt. Al. 50 Pf. und
1 M. Ebenso Schaben, Ratten,
Franzosen, Blattläuse etc. Schachtel
30, 60 Pf. u. 1 M. Zahlreiche An-
erkennungen. 14642*

1000 Mark Belohnung
zahle demjenigen, der mir einen Nicht-
erfolg nachweist. Nur allein erst
bei Hugo Barth, Drogerie, jetzt
Brummenstr. 14, früher Nr. 18.

Achtung! Metallarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 28. Mai 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Vier öffentl. Metallarbeiter-Versammlungen

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15; Germania-festfale, Chausseest. 103;
Andreas-festfale, vormals Stechert, Andreasstr. 21; Arminius-Hallen, Bremerstr. 72/73.

Tages-Ordnung:

1. Der Streik bei der Firma Mehlisch und die Streikbrecher-Kolonnen der
Kirsch-Dunckerschen Gewerksvereine. 2. Disjunktion.

Referenten: A. Cohen, M. Behrend, P. Pawlowitsch, R. Wiefenthal.

Der Generalrat des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist brieflich zu diesen Versammlungen eingeladen,
um Rechenschaft abzulegen über den Verrat beim Streik bei der Firma Mehlisch. Die Mitglieder des Gewerksvereins werden ersucht, recht
zahlreich in diesen Versammlungen zu erscheinen, um ihr Urteil über die Handlungsweise ihres Generalrats abzugeben. Auch unsern
Mitgliedern rufen wir zu: „Auf zu den Versammlungen!“
117/8*

Der Einberufer. Karl Wienthal, Engel-Ufer 15.

Grosse Dampfer-Extra-Fahrten.

Am 1. Feiertag:
I. Promenadenfahrt nach dem Müggelsee. Abfahrt früh
5 1/2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 0,50 M.
II. Nach Neue Mühle und Waltersdorfer Schleuse. Ab-
fahrt 9 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 1,00 M.

Am 2. Feiertag:
I. Nach Teupitz. Abfahrt 7 Uhr. Fahrpreis hin und zurück
2,00 M.
II. Nach Neue Mühle und Waltersdorfer Schleuse. Ab-
fahrt 9 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 1,00 M.

Am 3. Feiertag:
I. Nach Waltersdorfer Schleuse. Abfahrt 9 Uhr.
II. Nach Neue Mühle und Waltersdorfer Schleuse. Ab-
fahrt 2 Uhr. Fahrpreis hin und zurück 0,50 M.

Abfahrt von der Stralauerbrücke an der Walsen-
brücke (Station „Kahnt & Hertzner“).
Hermann Hertzner, Schlesischestrasse 10. (Tel. Amt 4. 6718.)
Louis Kahnt, Stralau, Tunnelstrasse 34. (Tel. Amt 7. 5803.)

1. Wahlkreis.

Am 2. Pfingstfeiertag veranstalten die Genossen des ersten Wahlkreises
einen Dampfer-Ausflug nach dem „Sportshaus“ Ziegenhals.
Abfahrt 9 1/2 Uhr. Stralauer See 5 (Kahnt u. Hertzner). Biletts zum
Preis von 1 M. für Hin- und Rückfahrt sind beim Galant Georg
Weihnacht, Gräberstr. 21, Galant Karl Krause, Alexanderstr. 13,
in den bekannten Jubiläen sowie an Bord des Dampfers zu haben. 1305/3*

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste
Wort fett. Worte mit mehr als
15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Verschiedenes.

Vermietungen.

Restoration, alles Parterrelokal,
nach verkaufen. Wo? sagt Expedition
des Blattes, Salzweidenerstrasse 8.

Bauhand, schönste Lage, Quadrat-
meter 10 Mark. Galtmühl Gasse, Ost-
bahnhof Friedersdorf. 13488

Gardinenband Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 137*

Hochvernehme Herren-Anzüge,
Sommerpaletots aus feinsten Stoffen
herrlichend 18-38, Reinfelder
7-11 Mark. Verkauf Sonnabend,
Sonntag. Deutsches Versandhaus,
Nägerstrasse 63, 1. Treppen. 16045*

Es ist noch gar nicht lange her, da
konnte man Herrenanzüge überhaupt
nicht kaufen, ohne in der höchststen
Weise handeln und schauen zu
müssen, um dann zu entdecken, daß
man trotz allem Abhandeln doch
noch reingefallen ist. Das gleicht
nicht mehr, wenn man seine Anzüge
aus der Centrale für Herren- und
Knabenbekleidung, Turmstrasse 85,
entnimmt, dort wird nichts vor-
geschlagen, nichts abgelehnt, aber
sehr billig und recht verkauft. 16768*

Es ist doch ein Unterschied, ob man
seinen Anzug bei Schleiinger kauft
oder dort, wo es — — handelt wird.
Ich habe 2 Mark mehr bezahlt bei
Schleiinger als mein Vetter dort, wo
er 10 Mark abhandelte. Wenn ich
schon lange hin und mein Anzug trägt
ich brillant. 16781*

Die besten Damen bei Schleiinger
sind einfach großartig in dieser Saison,
sind schön und billig. Wo? Turm-
strasse 85. 1680K*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität,
Staat 95 Pfennig. Bessere Sachen
energie billig. Kaufhaus, Comptoir
Kaiserstrasse 25A, früher Barnim-
strasse 4 und 5, Sonntags geöffnet.*

Sommerpaletots, Anzüge, Re-
monturarbeiten, Uhrketten spottbillig.
Leihhaus Reanderstrasse 6. 4/19*

Betten, Steppdecken, Vorhieren
spottbillig. Wandliche Reanderstrasse 6.

Leppiche, Gardinen, Tischdecken,
Regulatoren, Möbel, Spiegel, Bilder
spottbillig. Leihhaus Reanderstrasse 6.
Teilzahlungen gestattet. 4/19*

Gelegenheitskäufe. Paletots,
Anzüge, Dolan, Betten, Koffer,
Doppeltüren, Kessel, Revolver,
Lehrlings, Goldschmied, Brillanten,
Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren,
Reiszeuge, Harmonika, Geigen,
Röhren spottbillig. Lude, Dramen-
strasse 131. 16075*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-
näher, ohne Anzahlung, Höhe 1,00,
gebrauchte 12,00. Köpferstrasse 60/61,
Brenzlauerstrasse 59/60 und Große
Frankfurterstrasse 43. 199*

Leppiche! (Sehlerballe) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes im
Leppichlager Brunn, Gabelsberger
Markt 4, Bahnhof Ecke. 90/19*

Steppdecken, spottbillig, Fabrik
Beinstraße 20. 199*

Steppdecken, imitierte Seide,
sehrer Gelegenheit, hat 6,50 jetzt
3,75, verkauft Julius Reumann, Belle-
Alliancestrasse 105. 16758*

Möbelangebot. Im Antiquar-
Wohlfühlgeschäft, Rödernstraße 25, Hoch-
bahn-Hallestraße Rödernstraße, sollen
verschiedene gebogene Ruhbaum-
möbel-Einrichtungen verkauft werden,
darunter hochfeine Salongarnituren,
Bancosofas, Ruhbaumplamps, Biblio-
theken, Anstehlschränke, Ruhbaum-
buffets, Schreibtische 20,00, kunst-
vollgezeichnete Nebelbetten mit prachtvollem
Dinambede 22,50, hochgelegener Säulen-
trumeau 30,00, prächtige Salom-
teppiche, schon 18,00, Zimmerleppiche
8,00, reichgelesene Liebergardinen,
Spiegelrahmen, Tischlampen, Stepp-
decken, Salombilder, Standuhren,
Blattschilde 8,00, verschiedene
Gelegenheiten spottbillig. Wibel,
Kuffenstraße 1. 16548*

Leppiche mit farbigen Leinwand-
niederlage Große Frankfurterstrasse 9,
parterre. 137*

Platinos, gut erhalten, sofort ver-
käuflich Ritterstrasse 120, I. 108/16*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125
Mark, Invalidenstrasse 148, Stahl-
strasse 40. 10018*

Steinseker, Kanarwerkzeuge
billig Kaiserstrasse 29, Schmiede.

Rahmmaschinen! Ringschiff, Adler,
Central-Bohlin, Octon (Rotations-
Bobbin), Besta, Lambourier, Elastic,
Sauten- und Viehen-Rahmmaschinen. Elegante
Ausstattung, billige Preise, bei
Abzahlung constanteste Bedingungen.
Bellmann, Gollnowstrasse 26, nahe
der Landsbergerstrasse. 15938*

Gasthofhaus! Einlogaslocher
1,00, Zweilogaslocher 3,00, Drei-
logaslocher, Waschtischen 7,00, Was-
sägelapparate, Gasplättchen, Gas-
lauer, Gasconen, spottbillig, Gas-
lauer, Wänertheaterstrasse 92. 13765

Wasserpumpen, Sauger, Röhren,
sehr billig. Schröder, Hohestrasse 43.

Vorjährige elegante Herrenhüten
aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark.
Aus Wägen täglich Verkauf.
Verkaufhaus Germania, Unter den
Linden 21, II. 15368*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell-
näher, ohne Anzahlung, Höhe 1,00,
gebrauchte 12,00. Köpferstrasse 60/61,
Brenzlauerstrasse 59/60 und Große
Frankfurterstrasse 43. 199*

Steppdecken, spottbillig, Fabrik
Frankfurterstrasse 9, parterre. 137*

Fahrrad billig, verlässig. Fähr-
bringstrasse 25, Blätterei. 14406

Geschäfts- und Handwagen zu
Kauf und Miete. Chausseest. 29,
Schmiede. 10456*

Kolonialwarengeschäft billig ver-
käuflich. Hering, Jungblutstrasse 14 E.

Herrenrad, Damenrad verkauft
billig Restaurant, Wallstrasse 57.

Sportwagen, fast neu, billig.
Gänther, Beuntenstrasse 96 III. 1104

Schwarzbrodel verkauft, Feinze,
Strehlstrasse 57. 1139

Restoration, Brotstühle, volle
Konzeption, 1000 Mark Bremerstraße.
Näheres bei Brauns, Reichenberger-
strasse 133, linker Seitenflügel III.

Rixdorf, Achtung! Zu Pfingsten.
Große Auswahl in Kinderwagen,
Mark 7,50 an, Sportwagen, Mark 4,50
an. Reparaturen, Ersatzteile, Gar-
nituren u. Organischen Katen-
zahlung. Fabrikniederlage Derrmann-
strasse 232. Neu eröffnet. 16546

Umzugshalber verkauft Dame so-
fort 2 Bettstellen, Blüschlofa 48 Mark,
Epinde, Kuchbett, alles noch neu,
Friedrichstrasse 131 d, vorn IV. links.

Rahmmaschinen! Zahle bis zehn
Mark, wer Teilzahlung Ab-
zahlung kauft oder nachweist. Alle
Systeme. Karte erbeten. Borchert,
Schreierstrasse 60, Ecke Samariter-
strasse. 122/16

Gobelbände, Küchenspinde um-
zugshalber billig. Dietrich, Köp-
ferstrasse 76. 16475

Gisblind, groß, fast neu, preis-
wert. Gahmann, Badstrasse 14. 16556

Spiegelbild, Sofa, Bettstelle und
Kaffe, Drehbank, selbst gemacht.
Neumann, Frankfurterstrasse 30. 16496

Ronarienmaschine. Schuhmacher,
Kandstrasse 10.

Panzerlofa, Blüschlofa, gebogene,
wegen Aufgabe für halben Preis ver-
kauft bis 1. Juni Invalidenstrasse 36,
Hof. 122/18

Defikation, keine, verkauft so-
fort wegen Krankheit Emil Drabich,
Petersburgerstrasse 2. 16546

Verschiedenes.

Die Deutschmädchenschule in Berlin
bietet Töchter in einem drei- auch
viermonatigen Lehrkursus zu besseren
Hausmädchen, Jungfern und Stützen
aus und befragt jeder Schülerin nach
beendigem Kursus Stellen in guten
Herrschschaftshäusern. Prospekt gratis.
Auch finden hiesigenlebende Frauen
und Mädchen durch unsern bewährten
Zielenmacher von 11-2 und 5-7
täglich Stellung als Kinderfräulein,
bessere Hausmädchen, Kinderfrauen,
Stützen, Köchinnen u. Frau Cuna
Gruenhorst, Vorleserin und Stellen-
vermittlerin für weibliches Personal.
Wilhelmstrasse 10. 16678*

Patentanwalt Dammann, In-
genieur, Oranienstrasse 57, Reichplatz.
Nur in Patentfällen bis abends neun.

Rechtsbureau, vormaliger Ge-
richtssekretär, Andreasstrasse 33.
Sonntagsdienst. 13585*

Rechtsbureau, Prozeßbestand,
Eingabengeld, Katerstellung, Kall,
Drummenstrasse vierzig. 16276

Rechtsbureau, langjährige Er-
folge! Fabrik, Grüner Weg 94
(Annenplatz), Gerichtsbestand, Ein-
gabengeld, Katerstellung. 16255*

Kunststofferei von Frau Rodolph,
Steinmetzstrasse 45, Quergebäude hoch-
parterre. 15396*

Jede Nähmaschine unter Garantie
repariert, leicht meist eine neue.
H. Raasche, Reparaturinstitut, Kom-
mandantenstrasse 41, Hof, Quer-
gebäude rechts. 15396*

Fahrräder, neue und gebrauchte,
sowie Reparaturen bei Karl Wiethe,
Große Frankfurterstrasse 123, Hof-
parterre. 16638*

Fahrradgesch. auch defekt, Kah-
lert, Schönhauler Allee 163a. 91/1*

Brochondlerlofen und alle andern
Bäder kauft, liefert Antiquariat
Kochstrasse 56, I. Amt VI, 3997. *

Zaal und Vereinszimmer, bis 300
Personen fassend, zu Verlesammeln
und Festlichkeiten frei. G. Jannasch,
Dankstrasse 10. 16338*

Vereinzimmer, großes frei,
Simeonstrasse 23, Alld. 16128*

Platinos, alles Gold, Fruchgold,
Silber, Gebilte, alte Uhren, Blatt-
gold, Rehring kauft hochhaltend
Groß, Brangelstrasse 4. 5/5

Rahmuhl, mittel, gebraucht, kauft
(bis 27 Mark). Offerten Post,
Dankstrasse 22. 1104

Vermietungen.

Zimmer.

Zweifelhaftees Blutzimmer, 1
oder 2 Herren, zum 1. Juni. Oster-
lein, Dramenstrasse 32. 16306

Wohnung, 2 Damen, Ritter-
strasse 110 I. rechts, Durchf. 16415

Zimmer zu vermieten Ausläu-
ferstrasse 20 vorn parterre rechts. 19

Parterrezimmer, gut möbliert,
1 oder 2 Herren, Böhm, Reitz-
strasse 62 vorn parterre, bei Baruther-
strasse. 1109

Schlafstellen.

Schlafstelle für Mädchen, Böhm,
Schleiermacherstr. 15, Quergebäude II.

Möblierte Schlafstelle für Herrn
Köllnerstrasse 8, 1. Treppe rechts.

Gute Schlafstelle Alld., Raum-
strasse 84, vorn parterre. 16526

Möblierte Schlafstelle, separat,
8 Mark, Reichenbergerstrasse 84 III.
links. 16385

Freundliche Schlafstelle zu ver-
mieten Lohringstrasse 11 bei Viehling.

Ausländiger Herr findet freund-
liche Schlafstelle. Ling, Oranien-
strasse 167. 19

Schlafstelle, Bismarckstrasse,
Friedenstrasse 106 (Brenzlauer Thor).
16568

Mietsgesuche.

Vorteilhaftes sucht sofort möb-
liertes Zimmer, allein, 15 Mark
inklusive, Nähe Bahnhof Gesund-
brunnen. Y. Z. Postamt 28. 1104

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Arbeitsburichen für Steinbruderei
sucht Friedewald u. Fried, Köpfer-
strasse 55. 16485

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Geschäftsführer

ge sucht. 16002*

Für das Volksblatt für Anhalt
in Dessau suchen wir zum
1. Oktober d. J. einen zuver-
lässigen Geschäftsführer. Derselbe
muss in der Buchführung sowie im
Buchdruckereibetrieb bewandert
sein. Anfangsgehalt 1800 Mk.
Reflexanten wollen ihre Offerte bis
15. Juni an H. Wannig,
Bernburg, Breitestr. 97, einreichen.

Achtung! Achtung!
Drechsler!

Zusatz nach der Werkstat
Voelckow, Ritterstrasse 15,
ist fernzuhalten. 82/2*

Holzbearbeitungsmaschinen- Arbeiter!

75/14*

Folgende Firmen sind gelistet:
H. Keller, Königsbergerstr. 4.
Ed. Koch, Andrastr. 32.
W. Kähler, Grüner Weg 25.
J. Felder u. Wälfen, Frankfurter
Allee 117.
Aug. Heintemann, Schulstr. 71.
Th. Becker, Oranienstr. 189.

Achtung!

Die Pianofabrik „Erolka“,
Köpenickerstr. 36, ist gelistet.
Zusatz streng fernzuhalten.
Fachverein 141/10*

Zusatz nach der Telefon-
Werkstatt Seib, Zengdorferstr. 7,
ist streng fernzuhalten von
Tischlern, Waldhauerarbeitern
und Möbelpolierern. 81/18*

Die Kommission aller Beteiligten.

Achtung Parkettbodenleger!

Folgende Bauten der Firma Mittag
sind gelistet: Goldbergerstr. 10
Königs- u. Köpenicker- u. Branden-
burgerstrassen 13. Ede, Baumfelder
Ecken. Die Ortsverwaltung. 82/2*

Prozess gegen die Pommerbank.

In den letzten Tagen haben die Verhandlungen keine besonderen Fortschritte gemacht. Am Montag wurde eine Reihe von Zeugen vernommen, welche von der Immobilien-Verkehrsbank Grundstücke erstanden hatten.

Zu den letzten Tagen haben die Verhandlungen keine besonderen Fortschritte gemacht. Am Montag wurde eine Reihe von Zeugen vernommen, welche von der Immobilien-Verkehrsbank Grundstücke erstanden hatten.

Zu der Dienstag-Sitzung wurde dieser Fall zunächst ausführlich erörtert. Die Zeugen Wisoky und Köhn legten einen Brief der Rheinischen Hypothekendarlei vor, worin unter Vereinbarung eines Grundstücks die Bedingungen festgelegt wurden.

Sodann wurden die Buch-Sachverständigen vernommen. Die Verhältnisse der Immobilien-Verkehrsbank waren nach dem Beschluss des Gerichtshofes, soweit der Bericht des Bacherrevisors Bachmann Beanstandungen enthielt, in den letzten drei Tagen durch die Bacherrevisoren Kruse, Guschke, Bergmann und Gorki einer Nachprüfung unterzogen worden.

Die Gutachten der vier Sachverständigen gegenüber dem Gutachten des Bacherrevisors Bachmann gab zu langen, sehr lebhaften Erörterungen Veranlassung, die sogar einen erregten Ton annahm.

Sachverständiger Bachmann verteidigte seine in seinem Gutachten ausgesprochenen Ansichten und die daran geknüpften Schlussfolgerungen, wobei er in mehreren Punkten koncedierte, dass seine Beanstandungen nicht einen strafrechtlichen Vorwurf gegen die Angeklagten darstellten, sondern nur zur Illustration für die Geschäftsführung überhaupt dienen sollten.

In der Mittwoch-Sitzung kam es nochmals zu einem Zusammenstoß zwischen der Verteidigung und dem Sachverständigen Geh. Hofrat Hecht.

Es wurde wiederum in eingehender Weise über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der von den Angekl. Hanel und Wohl abgegebenen Aussagen, die den Beleihungen der Pommerbank zu Grunde gelegt wurden, verhandelt. Angekl. Bauinspektor A. D. Hanel entwickelte in längerem, mit technischen Einzelheiten durchsetzten Vortrage nochmals die Methode, nach welcher er die Lagen des bebauten und unbebauten Terrains vorgenommen, und bleibt nach wie vor dabei, dass seine Lagemethode die einzig richtige sei und nicht nur dem allgemeinen bautechnischen usus, sondern auch den Tagvorschriften der Pommerbank entspreche.

Justizrat Dr. Sello glaubt feststellen zu können, dass bei den bebauten Grundstücken in der Mehrzahl der Fälle die Wohl und Hanel'schen Lagen erst abgegeben worden seien, nachdem das Beleihungsgeschäft abgeschlossen war, so dass es sich in wesentlichen um Revisions-Lagen handelte.

Angeklagter Schulz giebt dies nicht zu. Die Beleihungen seien abgeschlossen worden, nachdem in sorgfältigen Vorprüfungen und Schätzungen principiell die Beleihungsfähigkeit festgestellt war. Das Beleihungsgeschäft sei aber endgültig nur nach dem Vorliegen der Wohl und Hanel'schen Lagen zu stande gekommen.

Sachverständiger Prof. Dietrich: Er wünte bezüglich der Lagerung bebauter Grundstücke nur genau dasselbe wiederholen, was der Angeklagte Hanel gesagt hat. Er bestätigte die Lagemethode, die letzterer befolgt habe, als die allein richtige.

Hierauf gab der Sachverständige Geh. Hofrat Hecht ein umfangreiches Gutachten ab, welches er zum Teil verlas und welches theoretisch die Grundzüge entwickelte, die nach seiner Ansicht bei den Lagen namentlich für Hypothekendarlehen maßgebend sein müssen und dann auf eine für die Berliner Taxatoren im allgemeinen sehr ungünstige Kritik der bei der Pommerbank üblichen Lagen überging. Auf die Frage, ob die Kapitalisierung zu 4 Proz. oder 5 Proz. stattgefunden, lege er heute keinen Wert, da die Berechnung zu 5 Proz. nicht zu einer Anklage der Taxatoren führen könne und auch nicht zur Katastrophe der Bank geführt haben dürfte. Nach seiner Ansicht hätte die Bank nach ihrem damaligen Statut Terrains beleihungen überhaupt nicht vornehmen dürfen, weil solche Terrains keinen Ertrag hätten. Der Ertrag sei zu unberechenbar. Die Berliner Lagen seien überhaupt mit großer Vorsicht aufzunehmen. Die Frage nach der jederzeitigen Verantwortlichkeit müsse in erster Reihe stehen. Man müsse bei der Wertfeststellung den Blick auf die Vergangenheit und auf Zukunft richten, nicht aber auf die Zukunft, denn sonst läme man unbedingt zur Zukunftsmusik, da Lagen sich wie Gummistrippen dehnen lassen. In Berlin könne man jede Lage bekommen, die man haben wolle. Eine Reform des Lagenwesens sei ihm weniger wichtig als die Reform in der Auswahl der Taxatoren. Auf die Thatsache, dass jemand als gerichtlich vereideter Sachverständiger aufträte, lege er keinen Wert. Berlin sei so groß, dass ein Sachverständiger überhaupt kaum alle Teile von Berlin kennen kann.

Justizrat Dr. Sello: Das Gutachten, das er nur als ein fogenanntes Gutachten bezeichnen könne, sei trotz seiner kollegialen Breite so ungewöhnlich nicht nur im Inhalt und

in der Form, dass er um eine Pause bitte, damit die Verteidigung sich darüber verständigen könne, welche Anträge sie in Bezug auf die Zuziehung eines andern wirklichen Sachverständigen zu stellen habe. Er müsse unter allen Umständen darauf Wert legen, dass ein mit den Berliner Verhältnissen vertrauter Sachverständiger zugezogen wird, der es nicht für seine Aufgabe hält, mehr oder weniger die Tagvorsätze der Rheinischen Hypothekendarlei zu verteidigen.

Sachverständiger Geh. Hofrat Hecht: Die Art, wie in diesem Saale Sachverständige behandelt werden, ist in Süddeutschland nicht üblich. Vorsitzender Landgerichtsdirektor Heideich: Herr Geheimrat, ich muß eine Kritik aller Verhandlungsformen unter allen Umständen mir vorbehalten.

Der Vorsitzende verkündet eine Pause von 10 Minuten. Nach Wiederbeginn der Sitzung erklärt Justizrat Sello, dass er in seinem und im Namen des Justizrats Bronker und der Rechtsanwalte Leonh. Friedmann und Dr. Werthauer folgende Erklärung abgibt: „Das Gutachten des vernommenen Herrn Sachverständigen ist nach Inhalt und Form derart, dass wir keinen Anlaß haben, auf dasselbe eine Erklärung abzugeben oder zu irgend einem Punkte eine Frage im Anschluß an dasselbe zu stellen. Wir müssen auch im Laufe der Verhandlung dies uns verjagen. Dagegen werden wir zu den einzelnen berührten Punkten, sobald im Laufe der Verhandlung es darauf ankommt, bitten müssen, von uns zu benennende Sachverständige zu hören. An diesen Herrn Sachverständigen haben wir deshalb keinerlei Frage zu stellen.“

Hierauf wird über die Gesellschaft Schumacher u. Co. verhandelt und über die aus den Büchern sich ergebenden Verhältnisse dieser Gesellschaft der Sachverständige gerichtliche Bacherrevisor Ohme ausführlich vernommen.

Die Gesellschaft Schumacher u. Co. ist durch Vertrag vom 18. September 1894 als Gesellschaft m. b. H. mit 100 000 M. Stammkapital bei 25 Proz. Einzahlung von dem Kaufmann Willy Schumacher und dem Kaufmann Otto Khenwall mit gleichen Anteilen gegründet worden. Nach den Behauptungen der Anklage war Schumacher ein Schulfreund von Schulz, Khenwall früherer Direktor der Immobilien-Verkehrsbank. Das Geld zur Einzahlung mit je 12 500 M. habe Schumacher von Schulz, Khenwall von Romeid erhalten. Letztere haben ihre Ansprüche an Schumacher und Khenwall 1899 und 1900 an die Immobilien-Verkehrsbank abgetreten. Dabei soll Schulz sein Kapital mit 12 500 M. nebst 3750 M. Zinsen bar ausgezahlt erhalten haben, während Romeid nur das Kapital von 12 500 M. auf sein Konto gutgeschrieben wurde. Geschäftsführer der Gesellschaft war Willy Schumacher, der nach dem Zusammenbruch der Pommerbankgruppe aus Berlin verschwunden ist und mit dem städtischen Direktor Behner nach London gegangen sein soll. Auch Schumacher u. Co. sollen als Hilfsinstitut für die Pommerbank gegründet sein, um mehrere zweifelhafte Hypotheken auf ländlichen Grundstücken abzunehmen, welche die Immobilien-Verkehrsbank nicht haben wollte. Ueber die Terraingeschäfte, die sie gemacht, und die Grundstücke, die sie in der Subhastation gekauft und bei denen die Pommerbank oder die Immobilien-Verkehrsbank beteiligt waren, giebt Bacherrevisor Ohme die buchmäßigen Aufschlüsse.

Beim Schluß der Sitzung begannen die Erörterungen über die Redtenburg-Strelitz'sche Hypothekendarlei. Sie wurde am 22. April 1896 gegründet und zwar in Folge der neuen preussischen Normativ-Bestimmungen vom Jahre 1893. Als diese 1894 in Kraft traten, verlor die Pommerbank die ihr bis dahin zustehende Berechtigung, Pauschalhypotheken als Pfandbrief-Unterlagen zu benutzen, und sie schritt, nachdem eine Vorstellung bei der Regierung ohne Erfolg war, zur Gründung der Strelitzbank mit dem Sitz in Neustrelitz und einer Zweigniederlassung in Berlin. Die Strelitzbank sollte Baugelder geben und die Pommerbank die Hypotheken auf den fertig gestellten Grundstücken übernehmen. Das Grundkapital betrug 6 000 000 M. Als Gründer traten 18 Personen auf mit 6000 Aktien a 1000 M. Sie sollen aber sämtlich nichts gezahlt haben, vielmehr soll das ganze Gründungskapital von der Pommerbank hergegeben worden sein, welche die Gründer in ihrem Hypotheken-Lombardkonto entsprechend belastete und als Sicherheit außer den neuen Aktien der Strelitzbank noch über 5 Millionen Hypotheken erhalten haben soll. Der Geschäftsbetrieb der Strelitzbank, über deren innere Verhältnisse Bacherrevisor Reuter einige vorläufige Angaben macht, gestaltete sich so, daß in Neustrelitz hauptsächlich das Depositen- und Effekten-Kommissionsgeschäft, in Berlin aber das Hypothekengeschäft gepflegt wurde. Erste Direktoren waren die Angeklagten Schulz und Romeid. Gehalt und Tantieme bezogen sie nicht, sie blieben in ihrer Stellung nur 1 1/2 Jahr und legten schon 1897 ihr Amt nieder. Die Anklage behauptet bekanntlich, daß sie auch nach diesem Zeitpunkt noch die eigentlichen Leiter der Strelitzbank geblieben seien. Zwei über diesen Punkt vernommene ehemalige Angestellte bestritten, daß sie das Gefühl gehabt hätten, als ob die Angeklagten auch nach 1897 die Leiter gewesen seien. Sie konnten Thatsachen hierfür nicht vorbringen. Dagegen bestätigte Prokurist Horwege eine Frage des Staatsanwalts Veeck dahin, daß er auf Anordnung des Angeklagten Schulz einige Vorkäufe habe vornehmen müssen. Hierauf wurde die Sitzung auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute Donnerstag, im Lokal von Habel, Bergmannstr. 6-8, öffentliche Wählerberfamnung für den Südwesten. Referent: Richard Fischer. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Das Wahlkomitee.

Dritter Wahlkreis. Achtung, Parteigenossen! Donnerstag, den 28. Mai, abends 7 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden ersucht, sich rege daran zu beteiligen und an denselben Stellen einzufinden, an denen sie schon bei früheren Verbreitungen geholfen haben. Diejenigen, welche bisher noch nicht geholfen haben, mögen sich an den nachstehend verzeichneten Stellen einfinden: Schneiber, Admiralsstr. 21; Krüger, Raunstr. 54; Schäfer, Alte Jakobstr. 137; Jochanowski, Weandenburgstr. 49; Stramm, Ritterstr. 123; Wendi, Alexandrinenstr. 39; Schneider, Sebastianstr. 7 (Steller); Lenz, Alte Jakobstr. 69; Tausche, Brückenstr. 2; Peuckert, Reichsforst. 30; Ladewig, Kommandantenstr. 68. Das Wahlkomitee.

Viertes Kreis! Heute Donnerstag findet im Lokale „Zur Draehenburg“, vor dem Schlesischen Thor, eine öffentliche Wählerberfamnung statt. Genosse Walde Marasse spricht über: „Die Stenden und ihre Gegner bei den Reichstagswahlen“.

Da die Gegner hierzu mit eingeladen sind, erwarten wir von den Genossen, daß sie pünktlich und zahlreich erscheinen. Das Wahlkomitee.

Achtung! Fünfter Wahlkreis! Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Handwerkervereins, Sophienstraße 15, eine öffentliche Wählerberfamnung statt. Ueber „Die Reichstagswahlen“ werden der Genosse Paul Singer und der Kandidat des Kreises Robert Schmidt sprechen. Wähler aller Parteien sind eingeladen. Der Vorstand.

Verloren wurde die Sammelliste für die Reichstagswahl im sechsten Kreis Nr. 11 743. Gezeichnet sind darauf 1,20 M. Abzugeben bei Maschke, Müggenerstr. 24.

Rigdorf. Genossen, welche Radfahrer sind, im Bezirk 2 des Ganes 9 wohnen, am Tage der Wahl während des ganzen Tages im Kreise Teltow-Beeslow thätig sein wollen, werden gebeten, ihre Adresse beim Vertrauensmann Franz Galda, Rigdorf, Riesenstr. 27 vorn 3 Tr., anzugeben.

Lokales.

Fleisch aus der Abbederei

Sollte nach einer Mitteilung, die im Februar aus der „Allgemeinen Fleischer-Zeitung“ in die Tagespresse gelangt war, hinten herum als Nahrungsmittel für Menschen verwendet worden sein. Da es sich um Fleisch handeln sollte, das auf dem städtischen Schlachthof als ungenießbar verworfen, dort im Apparat gelöscht und dann als „Hundefutter“ der Abbederei überliefert worden war, so war von Stadtoberordneten eine bezügliche Anfrage an den Magistrat gerichtet worden. Der Magistrat hatte sich an das Polizeipräsidium gewandt und dieses hat dann eine Untersuchung anstellen lassen, deren Ergebnis nun dem Magistrat mitgeteilt worden ist.

Das Schreiben des Polizeipräsidiums bezeichnet es als ausgeschlossen, daß die Händler, die „Hundefutter“ aus der Abbederei kaufen, das betreffende Fleisch absichtlich und unter Verschweigung der Herkunft als Nahrungsmittel für Menschen weiter verkaufen. Es werde lediglich als „Hundefutter“ weiter verkauft und regelmäßig von den Händlern als solches bezeichnet. Auch lasse der Preis von nur 10 Pf. pro Pfund jeden erkennen, daß es sich um mindertwertiges Fleisch handle, und auch die Herkunft des Fleisches sei den Käufern „unzweifelhaft“ bekannt. Wenn es Leute gebe, die das Fleisch trotzdem essen, so sei „diesem ebensoviele zu helfen, wie denjenigen Menschen, welche sich absichtlich andre, womöglich noch elaterregendere Sachen zur Nahrung wählen“. Mit Rücksicht auf die bisherige Wertverwertung des fraglichen Fleisches zu verbieten, erscheine nicht geboten und sei wegen des bestehenden Vertrages mit dem Abbedereipächter (der, nebenbei bemerkt, früher den als nobler geltender Verkauf eines Neutrans hatte) auch nicht so rasch möglich. Uebrigens biete die Kochung „im allgemeinen ziemlich eine Sicherheit“, daß das Fleisch, wenn wirklich von Menschen gegessen, für deren Gesundheit „nicht absolut schädlich“ sei. Allerdings müsse nach dem Ergebnis der Ermittlungen die Möglichkeit zugegeben werden, daß einzelne Stücke des Hundefutters „ab und zu einmal in nicht ganz durchgeköchtem Zustande an die Käufer verabsolgt werden“, jedoch seien derartige Fälle „nur als Ausnahme anzusehen“. Sie seien darauf zurückzuführen, daß die Apparate „nicht immer ganz zuverlässig arbeiten“.

Diese Erklärungen sind so eigenmächtig veräußert und enthalten immer noch so viel des Eingeständnisses der Möglichkeit von Gesundheitschädigungen, daß man der „Allgem. Fleischer-Zeitung“ nicht unrecht geben kann, wenn sie nun erst recht ein völliges Verkaufsverbot fordert. Die Polizei zeigt sich eigentlich sonst viel mehr um die Gesundheit des Bürgers besorgt — wir erinnern nur an die davon Betroffenen Lieb ist; wir erinnern nur an die Sorge für die Sicherung der Versammlungsräume gegen Gefahren aller Art — und sie schreckt vor den rigorosesten Maßnahmen nicht zurück, wenn sie irgendwo die kleinste Unregelmäßigkeit entdeckt und in ihre eine noch so winzige Gefahr erblickt. Es ist nicht recht begreiflich, warum sie sich gerade in dieser Sache so wenig aufregt und die Anordnung, das Fleisch künftig in kleineren Stücken als bisher abzuziehen, für ausreichende Sicherung gegen Gesundheitschädigungen hält.

Die Wahlarbeiten der Freisinnigen

müssen, wie bekannt ist, ausschließlich von bezahlten Kräften geleistet werden. Die Anhänger des Freisinnigen können sich für ihre eigne Sache so wenig begeistern, daß sie gar nicht daran denken, für die Interessen ihrer Partei thätig zu sein. Ja, der Opfergeist des freisinnigen Bürgertums reicht nicht einmal soweit, daß die armen Kulis, welche für die Freisinnigen gegen Lohn arbeiten, menschenwürdig bezahlt werden. Am Montag voriger Woche engagierte der Stadtoberordnete Wittkowski für das Wahlbureau der freisinnigen Partei 10 Schreiber, welche täglich von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends bei einstufiger Mittagspause Adressen zu schreiben hatten. Für die neunstündige Arbeitszeit erhielten die Schreiber einen Lohn von 2,50 Mark. Dieser Hungerlohn hat aber, wie es scheint, die Kasse der Freisinnigen schon zu schwer belastet. Man übertrug die Adressenschreiberei der Firma Henning, deren Angestellte, wie unsere Leser wissen, die Firma für die Arbeiten der Freisinnigen zahlt, im günstigsten Falle 8-9 M. in der Woche verdienen. Obwohl den Schreibern des freisinnigen Wahlbureaus bei der Einstellung versprochen wurde, daß sie bis zur Wahl Beschäftigung haben würden, hat man sie am Dienstag dieser Woche einfach entlassen. Die zur Wahlagitiation der Freisinnigen Volkspartei erforderliche Adressenschreiberei wird also jetzt von Streikbrechern angefertigt, und diese Hungerlöhner verdienen dabei nicht so viel, daß sie sich ordentlich satt essen können.

Die Explosionsgefahr bei der städtischen Kanalisation. Die vor einiger Zeit vorgekommene Entzündung von gefährlichen Gasen in einem Schacht unserer städtischen Kanalisation, bei der ein Arbeiter ziemlich schmerzhaft Verletzungen davongetragen hat, hat naturgemäß in den Reihen der städtischen Arbeiter dieses Betriebes lebhaftes Unbehagen hervorgerufen. Diese äußerst schwere und ungesunde Arbeit wird dadurch geradezu lebensgefährlich, daß viele Betriebe und Privatpersonen in der Kanalisation chemische Substanzen, wie Benzin usw., abführen, die überaus feuergefährlich sind und sich leicht entzünden. Wemgleich nun aus die Vorschrift lautet, daß die Kanäle vor dem Betreten gelüftet werden sollen und daß eine Sicherheitslampe herabgelassen werden soll, um zu sehen, ob sich Gase angesammelt haben oder nicht, so ist dies theoretisch ganz schön, häufig aber praktisch ohne Wert. Denn haben die Arbeiter so einen Schacht betreten, so kam im Anfang alles gut geben; will es aber der Zufall, daß gerade während dieser Zeit aus einer Fabrik oder Grundstück sich derartige Stoffe in den Anlagen ergießen oder sie haben sich irgendwo festgesetzt, so ist die Folge eine Explosion, bei der häufig das Feuer meterhoch aus dem Schacht emporschlägt. Eine weitere Form der Explosion sind die sogenannten Gase, die beispielsweise in einem Kanal sehr wenig Gase, so wird der Wasserstrom durch die vielen Kurven gehemmt, der Zufluß an Wasser ist sehr gering, der Rot und andre schwerere Teile bleiben stehen, und in Gemeinschaft mit dem faulen Wasser geht nun diese Masse sehr leicht in Gärung über. Es bildet sich eine sog. Boete, die dampfentwickelnd im Sommer, wenn es sehr heiß ist, in Erscheinung tritt. Kommen nun die Arbeiter und zerleinern die häufig 10-20 Centimeter starke Schicht, so strömen die Gase hervor und entzünden sich. Es entzünden die bekannten Stichtammen, die äußerst gefährlich für Leben und Gesundheit der Beschäftigten sind. Daß nun die Arbeiter keine Lust verspüren, sich derartigen Gefahren auszusetzen, erscheint klar. Es wird wiederholter Hinweis bleibt alles beim alten. Eine uns übermittelte Beschwerde schließt mit den Worten: „Würden die Vorgesetzten selbst in die Kanäle hinunter müssen, wir glauben bestimmt, es würde rasch anders werden, indem man für

Abänderung Sorge tragen würde. Aber Arbeiter, die schon 20 Jahre diese Arbeit verrichten, verstehen das nicht und leider hält es die Direktion auch nicht für nötig, Arbeiter-Ausschüsse ins Leben zu rufen, welche die berechtigten Beschwerden der Arbeiter vorbringen könnten. Die Direktion glaubt mit einer Verfügung auszukommen, welche inhaltlich folgendes besagt: „Arbeiter, welche Angelegenheiten des Betriebes in die Öffentlichkeit bringen, werden wegen Verletzung des Betriebsgeheimnisses bestraft!“

Ein gefährlicher Kinderfreund ist gestern nachmittags auf frischer That abgefaßt und sofort nach dem königlichen Polizeipräsidium eingeliefert worden. Der Cigarrenhändler F. bemerkte, als er seine in der Alten Schönhauserstr. 43 belegene Wohnung verließ, auf der Treppe einen Mann mit einem Knaben in einer Stellung, die seinen Verdacht erregte. Der Cigarrenhändler benachrichtigte die Polizei und von dem nahen Revier, in der Alten Schönhauserstraße, wurden sofort Schutzleute abbeordert, denen es gelang, den Durchstreifer festzunehmen, bevor er die That zur Ausführung bringen konnte. Der Verhaftete ist ein Kellner, der sein Opfer, den achtjährigen Sohn eines in der Chorinerstraße wohnenden Gasanstalts-Arbeiters, von der Rosenhallerstraße aus verschleppt hatte. Der Verbrecher hatte schon versucht, in Häusern der Rosenhaller- und der Steinstraße die That auszuführen, wurde aber auch hier regelmäßig gestört. Dem zuständigen Kriminalwachmeister Bartels gelang es trotz des Zeugnis des Verhafteten, so viel Beweismaterial gegen ihn zusammenzubringen, daß noch vorgerichtet am Abend die Einlieferung des Durchstreifers erfolgte. Dieser steht im Verdacht, auch für andre in letzter Zeit in jener Gegend verübte gleichartige Verbrechen als Thäter in Betracht zu kommen.

Die Untersuchung gegen die Wirtschaftlerin Marie Gleditsch erstreckt sich nicht nur auf den gegen Major a. D. Reich verübten Mord, sondern richtet sich auch auf einen Mordversuch gegen die Wirtschaftlerin Fraulein Herhut, auf welche die Gleditsch zweifellos eifersüchtig gewesen ist. Bei den gestrigen auf dem Polizeipräsidium stattgehabten Vernehmungen gelangte auch ein von und bereits erwähneter Vorfall im Hause Frobenstr. 37 zur Verhandlung, wofür die G. Fraulein H. inhaltlich anzugreifen versuchte. Ob die Thäterin damals eine Waffe bei sich führte, konnte noch nicht festgestellt werden. Sie selbst bestritt es entschieden und behauptet auch, daß sie bei dem Ueberfall auf Reich weder gegen diesen, noch gegen Fraulein Herhut Vorbeugungen gehabt habe. Ihre Absicht sei nur gewesen, beide Personen zu erschrecken, die Dame, um sie von dem Major fernzuhalten, während sie den letzteren zur Nachgiebigkeit in der Übergabe von Geld zwingen wollte. Sie behauptet ferner, daß Reich sie angefaßt, und beim Ringen hätte sie dem Gegner den verhängnisvollen Messerstich gegen ihren Willen versetzt. Mit dieser Behauptung im Widerspruch steht jedoch die Thatfache, daß die G. den Versuch gemacht hat, den die Treppe herabkommenden Major zu erschicken. Der Befund der Patrone in dem im geladenen Zustande beschlagnahmten Revolver beweist, daß die Mörderin die Waffe zweimal abgedrückt, diese jedoch verfehlt hat. Ueber die That selbst dürfte wohl kaum eine genaue Aufklärung zu schaffen sein, da der verhängnisvolle Kampf auf dem Treppenaufgang nicht von Zeugen beobachtet worden ist.

Zu Tode gequält. Bei dem Oberstaatsmeister Grafen v. Bedel in der Breitenstraße Nr. 36 diente seit Oktober 1901 die 18 Jahre alte Luise Pölske, die Tochter eines Arbeiters aus Polzin im Kreise Belgard. Die Dienstherrschaft war mit dem netten und tüchtigen Mädchen sehr zufrieden und dieses ihrerseits lobte ihre Herrschaft, bei der sie es sehr gut habe. So äußerte sich das Mädchen stets, wenn es mit der Familie eines Daniels, des Wagenhändlers Krüger aus der Koloniestraße Nr. 150a, zusammenkam. Seit dem 1. Oktober v. J. aber war bei dem Grafen eine 34 Jahre alte Wirtschaftlerin Marie Jensee aus Hannover in Stellung. Diese machte dem Mädchen bei jeder Gelegenheit und bei allen Arbeiten die größten Schwierigkeiten und verleidete ihm die Stellung so sehr, daß es vor sechs Wochen zur Gräfin ging, um zu kündigen. Gräfin Bedel beruhigte sie und bemerkte ihr: Sie gehen nicht fort, Luise, ich werde die andre entlassen und Sie bekommen ihre Stelle. Diese Ankündigung erfuhr ohne Zutun des Mädchens auch die Jensee, wahrscheinlich durch einen Kammerdiener, der sie zufällig gehört hatte und weiter erzählte. Von jetzt an hatte das Mädchen keine ruhige Stunde mehr, seine Lage wurde aber noch schlimmer, als auch das bisher geheim gehaltene Liebesverhältnis zwischen der Wirtschaftlerin und einem Diener bekannt wurde. Die Jensee glaubte, das Mädchen und seine Tante Frau Krüger hätten ihr Geheimnis ausgeplaudert, um ihr zu schaden, und quälte nun die Verhaftete noch mehr, besonders nachdem sie am 15. d. Mts. zum 1. Juni die Kündigung erhalten hatte. Zum Unglück erkrankte die Gesellschaftsdame, an der die Gequälte sonst eine Stütze und Schutz gefunden hätte, während sich die Gräfin mit ihrer Familie in Kissingen befindet. So war die Kernaiste der Willkür der Wirtschaftlerin schutzlos preisgegeben. Ein Aufricht am Sonntagabend trieb das Mädchen zur Verzweiflung. Als es kurz nach 10 Uhr von einem Ausgang heimkehrte, drohte ihm die Jensee unter Schimpfworten und mit erhobener Faust mit einer Anzeige wegen Verleumdung, obwohl es über das Liebesverhältnis nicht gesprochen hatte. Am Montagmorgen wurde Luise Pölske vernicht. Man suchte sie überall, auch bei der Tante in der Koloniestraße, aber ohne Erfolg, bis ein Diener sie endlich auf dem Hausboden des Markstalls als Leiche wiederfand. Dort hatte sich die Unglückliche mit einer Schnur erhängt. Ein Arzt konnte nur noch feststellen, daß der Tod schon mehrere Stunden vorher eingetreten war. In der Leichentafel fand man später zwei Briefbogen mit Bleistiftaufzeichnungen. Die erste lautet: An die Wamsell. Was mich in den Tod getrieben, sind Ihre bitteren Vorwürfe von gestern. Ich konnte vor lauter Verzweiflung kein Wort finden. Aber es wird alles an Sie gerächt. Daß Sie meine Tante in die Sache mischen und machen mir Vorwürfe, das ist sehr schlecht. Es haben es mehrere gewußt, jetzt muß ich unschuldig büßen. Ich weiß noch mehr, aber ich habe immer so sorgenlos gelebt, jetzt muß es so kommen. Sie haben mich und meine Tante so runtergemacht, daß keine Vergeltung ist. So lange wie Sie hier sind, habe ich keine frohe Stunde gehabt, mein Leben haben Sie mir geraubt. Luise. — Der Schmerz, den Sie meinen Eltern gemacht, ist nicht zu vergelten. — Der zweite Bogen, auf dem auch einige Wirtschaftsnotizen stehen, enthält nur die Worte: „Würgen meine Eltern mir verzeihen. Die Wamsell ist an allem schuld.“ Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht, die Jensee verließ sofort ihre Stellung und kehrte nach Hannover zurück.

Der Selbstmord einer Erzieherin wird aus Moabit gemeldet. Bei dem Wirt des Hauses Altonaerstr. 34, Geh. Regierungsrat Keil, war seit dem 1. Mai die 21-jährige Französin Walesta Savoirc als Erzieherin der Kinder thätig. Die junge Dame, die von Dresden kam, zeigte von Anfang an ein schwermütiges Wesen. In der vergangenen Nacht tödete sie sich um 1 Uhr, indem sie sich auf dem Balkon ihrer Wohnung eine Revolverkugel in die rechte Schläfe schob. Ueber die Veranlassung zu ihrer Schwermut und dem Selbstmord hat sie weder Andeutungen gemacht noch Aufzeichnungen hinterlassen; man vermutet nur, daß es Liebesgram sei. Der Vater der Verstorbenen, die in Frankreich geboren wurde, ist Italiener, ihre Mutter Französin.

Seinen Verletzungen erlegen ist gestern der Pöker Emil Kaufmann, der am 23. d. M. auf einem Bau verunglückte.

Durch einen Auffschlag getötet wurde der 6 Jahre alte Sohn Ernst des Palettsfahrers Wolter aus der Voedtsstraße 49. Der Knabe spielte mit dem neunjährigen Richard Kruppel vor dem Postamt 59 in der Voedtsstraße 11. Als hier ein Hausdiener seinen leeren Handwagen einen Augenblick stehen ließ, setzte der ältere den jüngeren Knaben hinauf und fuhr ihn umher. Vor dem Hause Nr. 10 stieß der Handwagen das Pferd eines Wägenwagens, der ohne Aufsicht auf der Straße stand, an, das Tier schlug aus und erschmetterte dem kleinen Wolter den Hinterkopf. Der Verunglückte starb im Krankenhaus am Urban und die Staatsanwaltschaft ließ seine Leiche beschlagnahmen.

Aus dem Landwehrkanal gelaufen wurde die Leiche des kleinen Knaben Kurt Waldbaum, der vor einigen Tagen, wie berichtet wurde, vom Kottbuser Ufer beim Fischen ins Wasser fiel und ertrank, während sein Gespieler davonlief, ohne um Hilfe zu rufen.

Sein 50-jähriges Berufs-Jubiläum feiert am 31. Mai der Schriftsetzer Leonhard Schmitt, Mitglied des Buchdrucker-Verbandes und des Arbeiter-Bildungsvereins Friedrichshagen, daselbst Kurze-straße (Ede Friedrichstraße) wohnhaft. Genosse Schmitt, der sich noch der besten Gesundheit erfreut, hat seine Lehrzeit in Darmstadt absolviert und arbeitet jetzt seit zwölf Jahren in der Rauschen Buchdruckerei, Berlin S. 14, Stallchreiberstr. 5. Möge ihm noch ein recht langer und ungetrübter Lebensabend beschieden sein.

Aus den Nachbarorten.

Spandau. Bei der gestrigen Stadtverordneten-Ergebnisauswertung an Stelle des verzogenen Genossen Radke wurde der Genosse Köpfer Ling mit 503 Stimmen gegen den Milchmischkandidaten Döhning, der 189 Stimmen erhielt, gewählt.

Charlottenburg. Gestern abend tagte in den Hohenzollernsälen eine konterbative Wahlversammlung, in der der Kandidat, Wassermeister Hammer, sein von öbster Kangelei strotzendes Programm darlegte, das sich mit den belannten nationalen Phrasen gegen die Socialdemokratie wandte. Schlußworte für den Mittelstand verlangte und zu beweisen versuchte, daß der Sozialist das Brot nicht verteuere. In der Diskussion sprach der Exzentriker Jellisch, der u. a. feststellte, daß Deutschland in der Arbeitererzeugung nun genug gethan und mit neuen Schutzzöllen warten müsse, bis die andern Länder die gleiche „Höhe“ wie Deutschland in der socialen Befehdung erlangt haben. Nachdem dann noch der „nationale“ Dr. Friedrich Lange den Nationalliberalen und Freisinnigen vorgehalten, daß sie in der Stichwahl für den Ordnungskandidaten einzutreten hätten, wurde die Beschränkung der Redezeit auf zehn Minuten beschlossen. Genosse Dr. Albert wandte sich hierauf gegen die Referenten, indem er zunächst die schon hundertmal widerlegten albernen Vorwürfe der Antinationalität, des Terrorismus der „jüdischen Internationalen“, der Arbeiterfeindschaft u. dergleichen, seine Ausführungen über die Stellung der Socialdemokratie zur Monarchie und zum Mittelstand wurden besonders von lärmenden Juxen unterbrochen. Als mehrere der nachfolgenden Redner behaupteten, die Socialdemokraten gewählten in ihren Versammlungen keine Redefreiheit, lud Genosse Albert die Herren zur Versammlung im Volkshaus am nächsten Dienstag ein, wo Genosse Kayenstein referieren wird. Zwei der Herren sagten ihr Erscheinen zu.

Aus Schöneberg. Eine recht interessante Debatte hatte in der letzten öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung der Stadt v. Lohausen anlässlich einer Berichterstattung über die Geschäftslieferant des Elektrizitätswerkes „Südwest“ pro 1902 angehängt. Es hatte den Anschein, als ob seine ihm zu Ohren gekommenen Mitteilungen über das Geschäftsgeheißener genannter Gesellschaft, die er der Versammlung in anerkenntniswerter Weise zur Kenntnis brachte, doch nicht ohne positive Unterlagen sind. Danach soll bei der Gesellschaft der erzielte Gewinn trotz des gesteigerten Umsatzes an elektrischer Energie nicht im Einklang stehen mit den gemachten Aufwendungen für das Werk. Bekanntlich geht nach einer gewissen Reihe von Jahren dasselbe in den Besitz der Stadt über und mit Recht befürchtet Stadt v. Lohausen durch eine unüberhältnismäßige Ausdehnung des Werkes einen Nachteil für die Stadt, da die gesamten Anlagen verhältnismäßig zum Nennwert übernommen werden müssen. Er stellte daher den Antrag, „den Magistrat zu ersuchen, daß bei neuen Anlagen des Elektrizitätswerkes dafür gesorgt werde, daß dieselben nicht unnötig verteuert werden“. Sogar der Magistratsvertreter, Stadtrat Leibig, stellte sich zur allgemeinen Verwunderung auf denselben Standpunkt, und nun konnten die weisen Stadtväter doch nichts anders, als dem Antrage, der mangels recht ungelogen gekommen sein mag, zustimmen. Müht er nichts, so schadet er jedenfalls auch nichts, aber interessant sind die Mitteilungen doch und die Kommune hat umso mehr die Pflicht, der Gesellschaft auf die Finger zu legen.

Poliklinik Schöneberg. Eine unentgeltliche Sprechstunde für unentgeltliche Haut-, Horn- und Geschlechtskrankheiten, die von Dr. Lippmann abgehalten wird, findet an Wochentagen von 9—10 Uhr Barbarossastraße 77, Ede Volkstraße.

Friedrichshagen. Aus der am Dienstag, den 26. d. M., stattgefundenen Gemeindevertreter-Sitzung ist folgendes zu berichten: Für die beiden bis zum Herbst fertigzustellenden Turnhallen, eine in Karlsdorf und eine hier, soll ein Darlehen von 60 000 M. bei der Kreis Sparkasse zu 4 Proz. aufgenommen werden. Vermangelt wurde die Höhe der Zinsen. Für die Ausarbeitung eines Projekts für eine Kanalisation nebst Kläranlage nach biologischem System wurden 4500 M. bewilligt und damit die Firma Bruch u. Schlee beauftragt. Als Muster soll die Anlage in Wildau bei Königs-Wusterhausen genommen werden. Endlich ist nun der Anfang gemacht. — Der vierte und vielversprechende Punkt der Tagesordnung: Bewilligung von Geldern zur Durchführung einer sanitären Maßregel gegen die Kindersterblichkeit scharfzumutet arg zusammen. Der Gemeindevorsteher Röderer empfahl die Anschaffung einer Prophylaxe: „Die Gesundheitspflege des Kindes im Säuglingsalter“. 500 Exemplare kosten 75,00 M. und sollten dieselben bei Geburtsanmeldungen den betreffenden Müttern gratis verabfolgt werden. Fast alle Redner sprachen dagegen, so auch der Apotheker Herr Roth. Die guten Leute fürchten offenbar, daß bei der Verteilung dieses Büchleins mancher Mutter die Erkenntnis kommt, daß noch so vieles zu einem menschenwürdigen Dasein der Arbeiterfamilie fehlt. Da die Abstimmung zweifelhaft war, zog der Gemeindevorsteher, um einer sicheren Ablehnung vorzubeugen, seinen Antrag zurück. Kleinere Mitteilungen beendeten die Sitzung.

Aus Friedrichshagen wird uns geschrieben: Seit mehreren Monaten befindet sich ein Teil unrer Mitbürger in fieberhafter Thätigkeit. Dieser Eifer gilt aber nicht etwa den kommenden Reichstagswahlen, beileide nicht, dazu haben die „besseren Schichten“ unserer Bevölkerung keine Zeit und wohl auch keine Neigung. Denn ernste politische Betätigung erfordert Ideale und Begeisterung, sie regt auf und fördert die Verbannung. Darum gingen auch seiner Zeit die Proteste der hiesigen Arbeiterschaft gegen das Umsturzgesetz, die Justizhausvorlage, gegen die lex Heinze, die Wohnungsnot, gegen den Brot- und Fleischmangel, gegen den Posttarif an unren biederer Mitbürgern spurlos vorüber. Aber jetzt harren ihrer große Dinge. Da nach geschichtlicher Ueberlieferung Friedrich II. vor 1750 Jahren, am 31. Mai 1753, Friedrichshagen „gegründet“ haben soll, ist es auch eine Pflicht der Pietät, diesen Tag würdig zu feiern. Unter der Bezeichnung: „Friedrichshagener Woche“ nimmt die Jubelfeier am Pfingstsonntag ihren Anfang und endet am darauffolgenden Sonnabend. Ein reichhaltiges Programm wird den Festteilnehmern geboten: Zapfenstreich, Herren-Kommers, Konzert, Festbude, Choralspielen vom Kirchturn, Rebeile, Festzug durch die reichgeschmückten Straßen, Festgottesdienst, Grundsteinlegung zum Denkmal Friedrich II., gemeinsames Frühstück, Auführung eines historischen Festspiels: „Am Müggelstrand“, großes Turnfest, Frühstücken, großes Sängerfest, wassersportliche Veranstaltungen, Flaggen-Parade, großes Wasser-Feuertest, großes Kinderfest, interne Vereinsfeiern und andres mehr. Außer dem offiziellen Programm wird noch durch Säulenanstand ein großes Volksfest, eine Löwen-Ausstellung und großer Klabim angehängt. Haben sich aber die Festteilnehmer nach Beendigung der Festwoche von ihren Strapazen etwas erholt, müssen sie schon wieder antreten. Am 15. Juni — einen Tag vor der Wahlklausur — soll die Einweihung der neuen Kirche (die der armen politischen Gemeinde ca. 220 000 M. kostet) stattfinden. Die Ankunft hoher und allerhöchster Herrschaften wird bestimmt erwartet. — Und wie steht die hiesige Arbeiterschaft diesen Veranstaltungen gegenüber? Gewiß würde die Beteiligung des „Bruder Arbeiter“ an den Festlichkeiten mit Freuden begrüßt werden. Aber die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter lehnen ihre Teilnahme entschieden ab. Weit wichtigere Fragen und höhere kulturelle Aufgaben

siehe für sie auf der Tagesordnung. Die bevorstehende Reichstagswahl nimmt die Kräfte der Arbeiter voll und ganz in Anspruch. Nach der Reichstagswahl folgt unmittelbar eine ernigige Agitation zu den Landtagswahlen. Wenn der kurze Festschmaus der „Friedrichshagener Woche“ längst vorüber und vergesslich ist, wird das Wachstum und das siegreiche Vordringen der Socialdemokratie selbst die Verwunderung unrer Gegner hervorrufen.

In der humanitären Gemeinde, Niedervallstr. 12, in der Aula der Friedrich-Werderschen Ober-Realschule, hält am Sonntagvormittag 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rudolf Venzig einen Vortrag über: „Nüderits Weisheit des Brahmanen. Aufrecht und Aufrichtig.“ — Damen und Herren haben freien Zutritt.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (E. H. R. 3, Hamburg.) Die Mitglieder der Ortsverwaltung versammeln sich am Freitag, den 29. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 7.

Gerichts-Zeitung.

Pflicht der Städte zur Erhaltung von Baudenkmalern. Das mehrere hundert Jahre alte Nordthor in Hensburg droht arg in Verfall zu geraten. Obwohl der Regierungspräsident Reparaturen für dringend notwendig erklärte, unterliegen die städtischen Behörden den geforderten Schritte zur Abhilfe, so daß der Regierungspräsident zur Zwangsstatifizierung schritt, indem er anordnete, daß in den Etat für 1902 die Summe von 2400 M. zur Vornahme baulicher Reparaturen am Nordthor einzustellen sei. Vorher hatte der amtlich gehörschrotungs- und Konservator gutachtlich erklärt, die Erhaltung des Nordthores wäre wünschenswert, weil es sich um ein Kunstdenkmal von historischem Werte handele. — Die Stadtverordneten-Versammlung verwarf den Regierungspräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht und verlangte die Aufhebung der Zwangsstatifizierung. Ihr Vertreter sand das Nordthor häßlich und betonte vor allem, daß es ein Verkehrshindernis geworden sei.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies die Klage ab. Es ging davon aus, daß es sich hier um ein Kunstdenkmal von historischem Wert handele und führte weiter an: Soweit öffentlich rechtliche Korporationen ihre Sachen nicht eigenmächtig veräußern oder wesentlich verändern dürfen, seien sie zur Erhaltung dieser Sachen verpflichtet. Dazu gehörten nach den (hierin übereinstimmenden) Vorschriften der in Preußen geltenden Städte-Ordnungen Sachen, welche einen besonders wissenschaftlichen, historischen oder künstlerischen Wert haben. Ihre Veräußerung oder wesentliche Veränderung sei von einer Genehmigung des Regierungspräsidenten abhängig. Wäre hiernach die Stadt zur Erhaltung des alten Thores verpflichtet, so könnte sie auch von der Regierung dazu angehalten werden.

Vermischtes.

Ein Nachspiel zu den Königer Prozessen bildet das rechtskräftig gewordene Erkenntnis des ärztlichen Ehrengerichts für die Provinz Westpreußen gegen Dr. Arthur Müller in Königs. Das Verfahren gegen Dr. Müller war auf Grund der Verordnungen des Ersten Staatsanwalts Schweigger aus Königs im Prozeß wider Bruhn und Genossen eingeleitet worden. Dr. Arthur Müller hatte aus Alters, die seinem Vater, der als Kreisarzt mit der Begutachtung der Winterschen Todesursache betraut war, amtlich zugestellt worden waren, heimlich Abschriften genommen und dem antisemitischen Berichterhalter Werner gegeben. Als die Indiskretion rufbar wurde, kam es zur Einleitung einer Disziplinar-Untersuchung gegen Beamte der königl. Staatsanwaltschaft, bis durch Zufall die Thätigkeit Dr. Müllers offenbar wurde, obwohl er seine Aussage verweigerte. Das Erkenntnis lautet: „In dem nicht förmlichen ehrengerichtlichen Verfahren gegen den Arzt Dr. Arthur Müller in Königs hat das ärztliche Ehrengericht für die Provinz Westpreußen, unter Vorsitz des Dr. Liebin, nach mündlicher Anhörung des Angekuldigten beschlossen: Der Angekuldigte Dr. Arthur Müller in Königs ist der Verletzung der ihm als Arzt obliegenden Pflichten (§ 3 des Gesetzes vom 25. November 1899) schuldig und wird deshalb zu einem Verweise und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.“

Schiffskatastrophe. Antwerpen, 27. Mai. Der englische Dampfer „Huddersfield“, Kapitän Deals, der gestern abend von hier nach Grimby in See gegangen war, stieß in der Nähe von Voge 48 bei Esdingen mit dem norwegischen Dampfer „Mio“, der von Rotterdam kam, zusammen. „Huddersfield“ sank. Die Besatzung wurde gerettet; die Passagiere, ungefähr 15 bis 20 Personen, ertranken. Der norwegische Dampfer wurde am Bug beschädigt. Die Ertrunkenen sind zum größten Teil Seeleute, die nach England zurückfahren, um ihre Löhne in Empfang zu nehmen.

Briefkasten der Redaktion.

B. 0000. Durch Verordnung des Bundesrats sind seit dem 1. April Lohnbücher für die Arbeiter- und Bäcker-Konfession eingeführt. Eine Damen-Konfession, die nicht für ein Konfessionsgeschäft, sondern nur für ihre Kunden bestellte Arbeit anfertigt, wird von der Verordnung nicht betroffen.

J. B. 2000. Unterrichten Sie sich 1. im Böcknerhainheim, früher am Urban, 2. im Verein zur Unterweisung armer Böcknerinnen, Frau Hochbad, Kurfürstenstr. 56, 3. im Berliner Kinderkrippenverein, Wilhelmsstr. 81.

P. 188. Fragen Sie selbst an. Bedenken Sie sich deshalb an das Bankgeschäft Werner u. Co., Friedrichstr. 198/199. — G. 19. Fragen Sie danach im Bureau des Metallarbeiter-Verbandes, Engel-Ufer 15, den Bibliothekar. Er kann Ihnen beste Auskunft erteilen.

G. 68. Wird erscheinen. — Oberberg i. M. Der Kandidat des Wahlkreises, Parteigenosse Bels, wird Ihnen Auskunft erteilen. — N. 44 b. Ja. — Streiterei. 1. Nach der Zahlung von 1900: 705 738 Gm.; nähere Angaben können Sie vielleicht erhalten durch das Gomburger „Echo“, Redaktionsstr. 11. 2. Ein St. S. I. M. Gehalt zwischen 2400 bis 4200 M., II. St. 1800 bis 3000 M. Wohnungsgeld-Zuschuß bei beiden Klassen zwischen 180 und 540 M. 3. Unter Umständen ja; näheres können Sie bei uns in der juristischen Sprechstunde erfahren.

Juristische Sprechstunde.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 Hm.

Rummel. 1. 200 2. Er stellt den Antrag unter Darlegung, daß er erwerbsunfähig ist, Beispiele finden Sie im Arbeiterrecht. — Adolf Pölske, A. Schön, G. W. Rein. — W. M. 26. Sie haben das Recht, Ihre Kinder zu ziehen, und sind zur Alimentierung Ihrer Frau nicht verpflichtet, wenn diese sich wider Ihren Willen von Ihnen getrennt hält. Auch auf Herausgabe der Bekleidung können Sie klagen. — R. 2. 21. Ja. — S. 03. Sind Sie Handlungsgehilfe, so steht Ihnen mangels entgegenstehender Vereinbarung eine sechsmonatliche Kündigungsfrist zum Curialabschluss (also 1. Oktober) zu. Ihr Gehalt kann nicht einseitig herabgesetzt werden. Zweckmäßig ist aber ein Protest gegen solchen Versuch. Teilen Sie also der Firma mündlich oder schriftlich mit: Mit der Herabsetzung des vereinbarten Gehalts von ... bin ich nicht einverstanden. — Weihenice 100. Sie sind zum Erbschaft verpflichtet. — W. S. 79. 1. Rein. 2. Unlösbar sind die unentbehrlichen Gegenstände: eine Urkundeausfertigung enthält das Gesetz nicht. — S. 17. Wegen Gebrauchtschuldene — der Inhalt des Urteils ist dafür maßgebend, ob Gebrauch angenommen ist — dürfen nur dann den Teil, mit dem Gebrauch getrieben sein soll, beiraten, wenn ihnen Dispens erteilt wird. Ueber ein dahin gerichtetes Gesuch hat der Justizminister zu entscheiden, zu richten ist das Gesuch an das Landgericht. — G. 3. 25. Die Armenverwaltung hätte wie jeder andre Gläubiger zu klagen. Nach wiederholter diesbezüglicher Aufforderung ist sie abzumachen, falls nicht etwa Anerkennung oder dergleichen stattgefunden hat. — C. Ja.

Witterungsübersicht vom 27. Mai 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrisches Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Temperatur	Stationen	Barometrisches Luftdruck	Windrichtung	Windstärke	Temperatur
Swinemünde	768 RD	5bedeckt	11	Daparanda	774 SB	2hellbd	11		
Hamburg	767 RD	2bedekt	11	Berzelsburg	769 RD	1Regen	13		
Berlin	767 RD	2Regen	12	Cott	769 D	3heiter	17		
Kranf. a. M.	763 RD	2wolllig	15	Aberdeen	RD	—	—		
München	763 D	2wolllig	12	Paris	762 RD	—	—		
Wien	763 R	2heiter	14						

Wetterprognose für Donnerstag, den 28. Mai 1903.

Einwas wärmer, veränderlich, vorherrschend wolllig bei mäßigen östlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.